D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

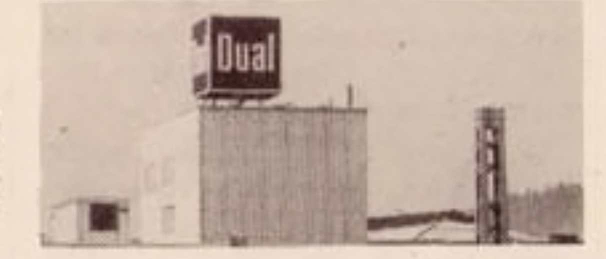
Kommunistische Volkszeitung

Nr. 3
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

22. Januar 1982
Preis 1,80 DM

Wer sein Schäfchen ins Trockene bringt
Die Dual-Pleite, wie der Kapitalist fein raus ist, wie die Arbeitslosigkeit nach oben schnellt, was die Gewerkschaft macht und was nicht .... S. 13



„Ökologie ist mehr als nur Umweltschutz"
Vertreter des Landesvorstandes der Grünen in Hessen erläutern ihre Position vor den Landtagswahlen. Im März wird ein Programm beschlossen . S. 4

Ein Volk wird gequält, die „Öffentlichkeit" schweigt
Auf Haiti wird gefoltert, werden die Bauern wie Sklaven gehalten. Nur weil die USA hinter ihm stehen, kann sich der Henker Duvalier halten ...... S. 7

Kommunistische Bewegung und Feminismus
Die Thesen des Frauenarbeitskreises der Sozialistischen Studiengruppen zur Frauenfrage und eine Auseinandersetzung mit ihrem Familienbild . S. 14/15

Investitionen und Lohnverzicht?

Von Gerd Heinemann

In dieser Woche ist die Bonner ‚Ablehnungsfront' gegen ein Beschäftigungsprogramm brüchig geworden. Das FDP-Präsidium will sich nicht mehr einem solchen verschließen. Die Bundesregierung hat durchblicken lassen, daß sie ein solches „Beschäftigungspaket" mit einem Umfang von 6-7 Mrd. DM plane. Ist dies ein Erfolg des DGB? H.O. Vetter hat dazu erklärt: „Es ist besser als gar nichts. Aber wenn dies an den Punkten eingesetzt wird, wie wir sie vorgeschlagen haben, dann bin ich überzeugt, daß damit wenigstens ein Beginn geschaffen wird, damit man beweisbar und erkennbar sehen kann, die ganze Richtung ist richtig. Und darauf kommt es an, daß die Menschen wieder Zutrauen zur Politik fassen." Aber es ist ja die Frage, ob dies Regierungsprogramm an den richtigen Punkten ansetzt.

Der Sozialexperte der SPD, Glombig, hatte eine beschäftigungspolitische Offensive angekündigt, die die Verbesserung der Struktur der mittleren und kleinen Unternehmungen zum Ziel haben müsse, wie auch die Förderung energiesparender Maßnahmen, ein Sonderprogramm für Sozialwohnungen, Unterstützung von innerbetrieblichen Qualifikationen der Arbeitskraft und eine Beschränkung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch ausländische Arbeiter. Das FDP-Präsidium will „Anreize für private Investitionen in Form von Investitionszulagen". Sie soll für alle ‚Mehrinvestitionen' – das sollen alle Investitionen sein, die den Durchschnitt der Investitionen der letzten 3 Jahre überschreiten – in Höhe von 10% gezahlt werden. Im Beschäftigungspaket der Re-

mit einem Umfang von 6-7 Mrd. DM plane. Ist dies ein Erfolg des DGB? H.O. Vetter hat dazu erklärt: „Es ist besser als gar nichts. Aber wenn dies an den Punkten eingesetzt wird, wie wir sie vorgeschlagen haben, dann bin ich überzeugt, daß damit wenigstens ein Beginn geschaffen wird, damit man beweisbar und erkennbar sehen kann, die ganze Richtung ist richtig. Und darauf kommt es an, daß die Menschen wieder Zutrauen zur Politik fassen." Aber es ist ja die Frage, ob dies Regierungsprogramm an den richtigen Punkten ansetzt.

Der Sozialexperte der SPD, Glombig, hatte eine beschäftigungspolitische Offensive angekündigt, die die Verbesserung der Struktur der mittleren und kleinen Unternehmungen zum Ziel haben müsse, wie auch die Förderung energiesparender Maßnahmen, ein Sonderprogramm für Sozialwohnungen, Unterstützung von innerbetrieblichen Qualifikationen der Arbeitskraft und eine Beschränkung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch ausländische Arbeiter. Das FDP-Präsidium will „Anreize für private Investitionen in Form von Investitionszulagen". Sie soll für alle ‚Mehrinvestitionen' – das sollen alle Investitionen sein, die den Durchschnitt der Investitionen der letzten 3 Jahre überschreiten – in Höhe von 10% gezahlt werden. Im Beschäftigungspaket der Re-

gierung soll die Hälfte darauf entfallen, der Rest soll für die Bundesbahn und den Straßenbau ausgegeben werden.

Ob dies die Vetterschen Punkte sind? Gerade der DGB hatte ja eine allgemeine Investitionszulage für die Kapitalisten abgelehnt. Weil der DGB in der vergangenen Zeit nicht die Auseinandersetzung um den Inhalt eines solchen ‚beschäftigungspolitischen Programms' betrieben hat, ist es jetzt einfach, ihm ein ‚Investitionsprogramm' als die Erfüllung seiner Forderungen nach einer beschäftigungspolitischen Initiative unterzuschieben. Noch nach dem DGB-Gespräch mit der Bundesregierung hatte A. Pfeiffer, designierter Nachfolger des DGB-Vorsitzenden, in Übereinstimmung mit den Zielen der Bundesregierung erklärt: „Wir brauchen eine mittelfristig angelegte Strategie, sowohl aus Beschäftigungsgründen als auch zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit." H. Schmidt echote im Bundestag, er sei sich mit dem DGB einig gewesen, daß wir kein Strohfeuer brauchen. Bittere Ironie ist es, wenn der DGB mit der Aufgabe der Forderung nach stofflich qualifizierten Investitionen im Bereich Ausbildung, Umwelt, Energie gerade den Teil aufgibt, der auch „beschäftigungspolitisch" besonders wirksam gewesen wäre.

Und stimmt die Richtung der Finanzierung dieses Programms? Der DGB hatte hierfür bislang Streichungen von Subventionen, Erhebung einer Ergänzungsabgabe auf die höheren Einkommen und eine Arbeitsmarktabgabe gefordert. Matthöfer hat eine höhere Besteuerung von Heizöl, Benzin und Erdgas vorgeschlagen. Dies sah A. Pfeiffer für „diskussionswürdig" an. Lambsdorff hat in seinem Modell, das das FDP-Präsidium übernommen hat, eine Finanzierung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf 14% ab Mitte 1983 für ein Jahr vorgesehen. Als Ausgleich soll dafür die Einkommensteuer ab 1984 gesenkt werden. Von einem solchen Tausch profitieren immer die höchsten Einkommen. Sicher ist, daß die Mehrwertsteuer dann nicht wieder unter 14% sinkt. Man erinnere sich bloß etwa an die leeren Versprechungen bei der Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenkasse 1975. Das war auch als „vorübergehend" angekündigt. Belastete der DGB-Vorschlag die Kapitalisten und die Empfänger höherer Einkommen stärker, so sollen sie jetzt die Gaben empfangen – zahlen soll – ob Lambsdorff- oder Matthöfer-Modell – die Masse der kleinen Leute über die indirekte Steuer.

Für die CDU erklärte Kohl im Bundestag: „Wir kommen aus den Schwierigkeiten nur wieder heraus, wenn die Investitionen, die öffentlichen wie vor allem die privaten, verstärkt werden. Das geht nicht ohne die notwendigen Voraussetzungen". Eine sei die zumindest teilweise Zurückhaltung beim Lohn der ‚Arbeitsplatzbesitzer' zugunsten der ‚Nichtbesitzer'.

Im Sinne eines solchen „Paktes der Vernunft": Lohnverzicht und Investitionsprogramm, kam auch nach den 5stündigen Verhandlungen über die Kürzungen der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst zwischen der ÖTV und Bundesinnenminister Baum kein Ergebnis zustande. Am 28.1. soll ein

Jahr vorgesehen. Als Ausgleich soll dafür die Einkommensteuer ab 1984 gesenkt werden. Von einem solchen Tausch profitieren immer die höchsten Einkommen. Sicher ist, daß die Mehrwertsteuer dann nicht wieder unter 14% sinkt. Man erinnere sich bloß etwa an die leeren Versprechungen bei der Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenkasse 1975. Das war auch als „vorübergehend" angekündigt. Belastete der DGB-Vorschlag die Kapitalisten und die Empfänger höherer Einkommen stärker, so sollen sie jetzt die Gaben empfangen – zahlen soll – ob Lambsdorff- oder Matthöfer-Modell – die Masse der kleinen Leute über die indirekte Steuer.

Für die CDU erklärte Kohl im Bundestag: „Wir kommen aus den Schwierigkeiten nur wieder heraus, wenn die Investitionen, die öffentlichen wie vor allem die privaten, verstärkt werden. Das geht nicht ohne die notwendigen Voraussetzungen". Eine sei die zumindest teilweise Zurückhaltung beim Lohn der ‚Arbeitsplatzbesitzer' zugunsten der ‚Nichtbesitzer'.

Im Sinne eines solchen „Paktes der Vernunft": Lohnverzicht und Investitionsprogramm, kam auch nach den 5stündigen Verhandlungen über die Kürzungen der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst zwischen der ÖTV und Bundesinnenminister Baum kein Ergebnis zustande. Am 28.1. soll ein

letztes Gespräch stattfinden. Bund und Länder wollen auf jeden Fall ein Opfer der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erzwingen. Die Gemeinden scheinen bereit zu sein, die Kürzung mit der späteren Tariferhöhung zu verrechnen. Weil es auch hier in der Sache eine Kürzung per „ordre de mufti", d.h. auf Befehl von oben bleibt, kann auch dies keine Kompromißlinie sein, die die ÖTV akzeptieren könnte.

In der ersten Verhandlung der Metallindustrie forderten die Kapitalisten einen Abschluß deutlich unterhalb des letzten.

Die Furcht vor den politischen Auswirkungen der weiter zunehmenden Zahl der Arbeitslosen, im Januar werden 1,9 Mio. erwartet, sowie die Forderungen des DGB haben das Beschäftigungsprogramm in Bonn auf die Tagesordnung gebracht. Daß die Regierung und die Parteien soviel Spielraum haben und jetzt ein Investitionsprogramm zum überwiegenden Nutzen der Kapitalisten Kontur gewinnt, liegt auch daran, daß der DGB keine Politik der Demonstrationen und Aktionen gemacht hat. Ohnehin will sich die Regierung nicht auf ein konkretes Programm festlegen, sondern in den Anfang Februar vorzulegenden „Jahreswirtschaftsbericht '82" soll eine mehr vage Absichtserklärung aufgenommen werden. So soll es schlecht angreifbar sein und dämpfend auf die dann beginnenden Tarifkämpfe wirken. Eine weitere Auseinandersetzung um die Art der stofflich-qualifizierten Investitionen und die Finanzierung ist notwendig und nützlich, auch für den Lohnkampf.



Neun Mitglieder der Leitungen Gdańsk und Stettin der „Solidarność", die seit dem 13.12. nicht nach Polen zurückkehren konnten, sprachen auf einer Veranstaltung der IGM bei VW Wolfsburg. 250 Arbeiter erschienen. Die IGM VW Wolfsburg übernimmt eine Patenschaft mit inhaftierten Gewerkschaftern bei FSO Warschau, dem größten PKW-Werk Polens.

Mit Desinformation und pedantischer Unterdrückung wird „normalisiert"

Von Gerd Koenen

Die polnische Militärregierung spricht jetzt davon, sie habe einen „modus vivendi" mit den Gewerkschaften gefunden, und deutet an, Gewerkschaftsführer Walesa sei in die Verhandlungen einbezogen gewesen. Der Londoner Botschafter lanciert gar die Presse-

standes geben die Maßnahmen des Regimes selbst Auskunft, die selbst dazu beitragen, daß die Produktion weitgehend lahmliegt, und jeden Anschein einer wirklichen Normalisierung der Lage sabotieren.

Dennoch, wenn nach wie vor die Militärregierung in einer denkbar schwierigen Lage ist – und das kommende



Neun Mitglieder der Leitungen Gdańsk und Stettin der „Solidarność", die seit dem 13.12. nicht nach Polen zurückkehren konnten, sprachen auf einer Veranstaltung der IGM bei VW Wolfsburg. 250 Arbeiter erschienen. Die IGM VW Wolfsburg übernimmt eine Patenschaft mit inhaftierten Gewerkschaftern bei FSO Warschau, dem größten PKW-Werk Polens.

Mit Desinformation und pedantischer Unterdrückung wird „normalisiert"

Von Gerd Koenen

Die polnische Militärregierung spricht jetzt davon, sie habe einen „modus vivendi" mit den Gewerkschaften gefunden, und deutet an, Gewerkschaftsführer Walesa sei in die Verhandlungen einbezogen gewesen. Der Londoner Botschafter lanciert gar die Presse-

schlagzeile, Walesa solle „in Bälde" freigelassen werden; aber einen Tag später schon ist keine Rede davon. Mit einer beachtlichen Virtuosität spielt das Regime das westliche Presseklavier hinauf und hinunter und betreibt eine Politik der Desinformation.

Dann kann es Pannen geben, wie beim ersten, natürlich vom staatlichen Presseamt organisierten Besuch westlicher Journalisten außerhalb Warschaus, in Poznań. Da steckten sich die Arbeiter in einer Fabrik demonstrativ „Solidarność"-Plaketten an. Und der örtliche Gewerkschaftsvorsitzende, der zu der Handvoll prominenter Überläufer gezählt hatte, widerrief seine erpreßte Loyalitäts-Erklärung für das Regime.

Auch sonst ist natürlich der Firnis einer künstlichen, gewaltsam hergestellten „Normalisierung" allzu dünn. Tatsache ist, daß allerorten die „Solidarität" eine Politik des systematischen Wiederaufbaus der Organisation und der Widerstandsfront betreibt. Auf einem Flugblatt Nr. 11 der Region Masowsze rief der Warschauer Vorsitzende Bujak, sein Stellvertreter Kulerski, sowie der Vorsitzende des Gewerkschaftskomitees bei Ursus zur Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes auf. Die Liste der Gewerkschaftsführer, die die Arbeit ihrer Organisation aus dem Untergrund leiten, ist denn doch sehr viel eindrucksvoller als die der Handvoll Überläufer. Es gehören dazu der niederschlesische Vorsitzende Frasyniuk und die Danziger Streikführer Bogdan Lis, Bogdan Borusewicz und Alina Pienkowska.

Über die Wirksamkeit dieses Wider-

standes geben die Maßnahmen des Regimes selbst Auskunft, die selbst dazu beitragen, daß die Produktion weitgehend lahmliegt, und jeden Anschein einer wirklichen Normalisierung der Lage sabotieren.

Dennoch, wenn nach wie vor die Militärregierung in einer denkbar schwierigen Lage ist – und das kommende

ZK-Plenum wird erweisen, ob sich hinter den verschiedenen Formeln für die „Säuberung" bzw. „moralische Erneuerung" nicht letztlich ganz unterschiedliche Konzeptionen verbergen, die in einem Fraktionskampf noch entschieden werden müssen –; die Lage der Gewerkschaft im Untergrund ist noch schwieriger. Mit einer unglaublichen bürokratischen Pedanterie werden zehntausende von betrieblichen Vertretern, Verwaltungskader oder Intellektuelle, vor allem in den Massenmedien, einem Wechselbad von Einschüchterungen, erpreßten Loyalitätsbekundungen und kleinen Lockungen unterzogen. Die einen, soweit sie nicht inhaftiert oder interniert sind, werden fristlos hinausgeworfen – und ohne jedes soziale Netz! Für Speichellecker dagegen gibt es jetzt neue Karrieremöglichkeiten.

In dieser plump mechanischen Dialektik sind jene „Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung", genauer gesagt: der „Bruderparteien" seit 1956 in Ungarn oder 1968 in Prag aufgehoben, die jetzt in der polnischen Regimepresse verstärkt hervorgehoben werden. Bei allen politischen Wendungen, die es noch geben mag, drängt sich eine Schlußfolgerung beherrschend auf: es scheint, daß der geringen sozialen Stabilität des „realen Sozialismus" in Polen auf der Gegenseite gerade eine sehr viel robustere Staatsmaschine *entspricht*, die mit allen Wassern gewaschen, von allen gesellschaftlichen Einflüssen abgeschirmt geblieben ist und so selbst den Ansturm der Massenbewegung der letzten beiden Jahre überstanden hat.

Trotz Gericht – wir sind im Wald

bl. Am Dienstag ist der Antrag auf Volksbegehren gegen den Bau der Startbahn West ohne mündliche Verhandlung abgelehnt worden. Noch am selben Abend versammelten sich in Walldorf viele zu einem Fackelzug. Am Mittwoch sind Demonstrationen in zahlreichen Städten durchgeführt worden. Börner verlangt, daß man sich dieser Entscheidung beugen müsse.

Der Staatsgerichtshof hat über die Zulassung des Antrages auf Durchführung eines Volksbegehrens befunden. Über die Berechtigung der betroffenen Bevölkerung, gegen die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensbedingungen Widerstand zu leisten, hat er nicht entschieden. Weder die Gerichtsentscheidungen der letzten zehn Jahre noch die Einheitsfront aller Parteien im Landtag *für* den Bau der Startbahn haben bis jetzt etwas genutzt. Sollte ein Gericht, das aus genau denselben Parteien ausgewählt wurde, etwas an der Entscheidung der gegen dieses Projekt kämpfenden Bevölkerung ändern? Sollten Richter wie die Sturm-Wittrock, die als Richterin am Verwaltungsgerichtshof für den zügigen Bau der Startbahn West im Interesse des Unternehmens (FAG) eingetreten ist, und Richter wie Karl-Heinz Nieders, höchster Richter am hessischen Verwaltungsgerichtshof, wo alle 104 Klagen gegen das Startbahnprojekt abgewiesen wurden, als Mitglieder des Staatsgerichtshofes plötzlich im Recht sein? Kann ein Staatsgerichtshof endlich Einsicht wecken, der mit Richtern besetzt ist, die selbst jahrelang als Startbahnbefürworter hervorgetreten sind und beispielsweise als Rechtsanwalt für den hessischen Wirtschaftsminister in den Startbahnprozessen tätig waren, wie der Staatsgerichtshofrichter

Zulassung des Antrages auf Durchführung eines Volksbegehrens befunden. Über die Berechtigung der betroffenen Bevölkerung, gegen die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensbedingungen Widerstand zu leisten, hat er nicht entschieden. Weder die Gerichtsentscheidungen der letzten zehn Jahre noch die Einheitsfront aller Parteien im Landtag *für* den Bau der Startbahn haben bis jetzt etwas genutzt. Sollte ein Gericht, das aus genau denselben Parteien ausgewählt wurde, etwas an der Entscheidung der gegen dieses Projekt kämpfenden Bevölkerung ändern? Sollten Richter wie die Sturm-Wittrock, die als Richterin am Verwaltungsgerichtshof für den zügigen Bau der Startbahn West im Interesse des Unternehmens (FAG) eingetreten ist, und Richter wie Karl-Heinz Nieders, höchster Richter am hessischen Verwaltungsgerichtshof, wo alle 104 Klagen gegen das Startbahnprojekt abgewiesen wurden, als Mitglieder des Staatsgerichtshofes plötzlich im Recht sein? Kann ein Staatsgerichtshof endlich Einsicht wecken, der mit Richtern besetzt ist, die selbst jahrelang als Startbahnbefürworter hervorgetreten sind und beispielsweise als Rechtsanwalt für den hessischen Wirtschaftsminister in den Startbahnprozessen tätig waren, wie der Staatsgerichtshofrichter

Virgilio Rolleri.

In seinem Beschluß führt der Staatsgerichtshof aus, es sei entscheidend, auf welcher Ebene des Staatsvolkes eine demokratisch legitime und verfassungsmäßige Entscheidung zustandekomme; die Bundestreue habe die Landesregierung zur Zurückweisung des Antrages auf Volksbegehren verpflichtet. Dabei schreibt das Bundesministerium selbst, Flughäfen würden von *den Ländern* geplant und genehmigt – der Bund habe unmittelbar nicht dreinzureden.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes wirft ganz andere Fragen als die der Einsicht oder der Wahrung des Rechtsfriedens auf: Brauchen die Gemeinden nicht Vetorechte gegenüber solchen Projekten? Müssen nicht Gesetze durchgesetzt werden, die Entscheidungen durch die betroffene Bevölkerung unmittelbar zulassen? Wenn sich die Bürgerinitiativen entschließen, eine autonome Volksbefragung durchzuführen, müßten solche Alternativen mitentwickelt und zur Abstimmung gestellt werden, denn der Startbahnbau ist nur *ein* Projekt. Die FAG hat unmittelbar nach dem Beschluß die Fortsetzung der Rodungsarbeiten angekündigt und wartet nur noch auf den Polizeischutz. Wir werden im Wald sein und Widerstand leisten. Es wird Großalarm geben, sobald mit dem zweiten Bauabschnitt begonnen wird. Für Samstag rufen die Bürgerinitiativen zu einer regionalen Demonstration im Wald auf.

Der Innenminister „Störer-Datei"

Von Günther Kruse

Die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten mutet wie eine Sisyphusarbeit an. Wenn er seine Berichte schreibt, sind sie von der Wirklichkeit längst überholt. Nachdem es Skandal um Skandal über die bei BKA, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz bestehenden Dateien und deren Austausch gegeben hat, nachdem die vom vormaligen Präsidenten des BKA so hoch favorisierte Rasterfahndung erstmals nicht in dem zunächst beabsichtigten Umfang durchgeführt werden durfte, nimmt der Datenschutzbeauftragte nun im neuen Datenschutzbericht wiederum gerade das BKA aufs Korn.

In „PIOS-Terrorismus", so stellt er fest, seien z.B. Daten gespeichert von Personen, bei denen eine Verbindung zu Terroristen zwar vermutet werde, aber noch lange kein konkreter Verdacht, irgendwie belegbar, bestehe. Das ist beileibe nicht der einzige Vorwurf, den er besonders den Staatsorganen macht, aber doch ein exemplarischer. Und während Baum, ganz liberaler Innenminister, auf volle Rechtsstaatlichkeit bedacht, noch erste Verbesserungen bei PIOS (Auskunftsystem über Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) versprochen hat, wird die nächste Datei schon ausgekocht, oder besser gesagt sanktioniert, die „Störer-Datei". Aufgenommen werden sollen alle gewalttätigen Störer. Wer gehört dazu? Was geschieht mit den Angaben und vor allem mit den so Erfaßten? Das war bei dem für Polizeifragen zuständigen Arbeitskreis 2 der Innenministerkonferenz, über dessen Vorschlag die Bundes- und Landesinnenminister am Donnerstag vergangener Woche berieten, nicht klargelegt. Es war ein Grund für die vorläufige Ablehnung des Plans durch die Innenminister von NRW (Schnoor) und von Hamburg (Pawelcyk).

Tatsächlich ist der Vorschlag so neu nicht: Schon 1977, nach den Demonstrationen von Brokdorf, Grohnde und Kalkar, wurde bei PIOS im BKA eine entsprechende zentrale Datei angelegt, die, zumindest offiziell, bald wieder eingestellt werden mußte. Und für das Vorgehen gegen so Erfaßte bietet sich auch ein Präzedenzfall: Anfang 1968 wurde Rudi Dutschke auf dem Flughafen Frankfurt festgenommen mit der Behauptung, seine Teilnahme (die natürlich nur vermutet werden konnte) an einer gerade laufenden Vietnam-Demonstration gefährde die öffentliche Sicherheit. Das Bundesverwaltungsgericht billigte in einem Urteil 1974 dieses Vorgehen der Polizei. Und sind nicht vor eineinhalb Wochen in Westberlin schon Menschen festgenommen worden, weil sie „vermummt" waren und vermutet wurde, daß sie an einer Demonstration teilnehmen wollten, auf der „Vermummung" verboten ist?

Was wollen die Innenminister mit einer solchen Datei erreichen? Können sie im Ernst hoffen, den Widerstand gegen Kernkraftwerke, Wiederaufarbeitungsanlagen, gegen den Bau der Startbahn West oder gegen den NATO-Doppelbeschluß so unter Kontrolle zu halten? Zugegeben, die Möglichkeiten der Datenverarbeitung, der fast unbeschränkt erscheinenden Speicherkapazitäten muß etwas Faszinierendes haben für diejenigen, die Kontrolle ausüben wollen, aber sie können damit natürlich nicht *alle* kontrollieren. Die Vorstellung der Minister geht immer noch vom Bild des auf allen Demonstrationen anwesenden Gewalttäters aus, zu großen Teilen verantwortlich für diese Demonstrationen. Das aber ist sicherlich nicht richtig. Wer bei den Demonstrationen gegen die Startbahn West, bei der Räumung des Hüttendorfs dabei war, der weiß, daß sich in dieser Datei bald viele Lohnabhängige, Handwerker, Hausfrauen etc. finden werden.

Schon jetzt, ohne offiziellen Beschluß, gibt es beim BKA eine „Störer-Datei", in der 6000 Personen gespeichert sind. Schnoor und Pawelcyk wollen die Effizienz dieser Datei erst geklärt wissen, bevor sie einer Ausweitung zustimmen. Nein, gefährlich ist nicht, daß tatsächlich diejenigen erfaßt und damit ausgesiebt werden könnten, die zu dem oft nötigen gewaltsamen Widerstand gegen Maßnahmen des Staates aufrufen, gefährlich ist die Beliebigkeit, mit der dann jemand festgenommen werden kann, mit all den Folgen, die das für den persönlichen Bereich bis hin zum Arbeitsplatz des Betroffenen hat. So herum, mögen sich manche Minister ausrechnen, könnte auch eine zersetzende Wirkung von einer solchen Datei ausgehen.

Weder Geld noch Arbeit

15000 bis 20000 vom Putsch überraschte Polen leben derzeit in Westberlin

nia/cob. Viele Polen hatten die politischen Freiheiten des vergangenen Jahres genutzt, um ins westliche Ausland zu fahren, ein erheblicher Teil davon nach Westdeutschland und Westberlin. Mit dem Touristenvisum, das sie dazu beantragten, bekamen sie eine drei Monate geltende Aufenthaltserlaubnis. Einige Wenige nutzten jeweils die Gelegenheit, um Asyl zu beantragen: in Westberlin z.B. waren es im Oktober 81 142 und im November 151; genausoviel beantragten jeweils eine Duldungserlaubnis.

Als dann am 13. Dezember in Polen das Kriegsrecht verhängt wurde, hielten sich allein in Westberlin ca. 15000 bis 20000 polnische Touristen auf. Der größte Teil von ihnen wollte möglichst erstmal hier bleiben und die weitere Entwicklung abwarten. In erster Linie, weil sie fürchteten, nach der Rückkehr nach Polen in die Armee gezwungen zu werden.

Der Westberliner Senat versicherte ihnen schnelle und unbürokratische Hilfe. Senatssprecher Ade erklärte vor Weihnachten, Asylanträge würden beschleunigt bearbeitet werden. Daneben könnten die Polen, wenn sie erklärten, nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren zu wollen, eine sog. „Duldungserlaubnis für 6 Monate" erhalten. Aber für die meisten würde wohl das auf drei Monate befristete Besuchervisum erst einmal ausreichen, um hier zu überwintern. In jedem Fall erhebt sich dabei aber die Frage, wovon die Polen leben sollen, da beim Touristenvisum keine Arbeitserlaubnis erteilt wird, und auch in den anderen beiden Fällen sie nicht automatisch erteilt wird. Also erklärte er großzügig, sollten Polen neben der ihnen „zustehenden Sozialhilfe" noch etwas durch Schwarzarbeit hinzuverdienen wollen, würde dann schon mal das Auge des Gesetzes zugedrückt werden. In der Frage der Unterbringung setze er in erster Linie auf die Caritas und die Arbeiterwohlfahrt.

In der Realität bedeutet das, daß die Polen, die in Westberlin geblieben sind, in einer völlig desolaten Lage sind! Das vom Senatssprecher angesprochene Touristenvisum ist in den meisten Fällen Ende des Jahres ausgelaufen, weil sie ihre Reise so geplant hatten, daß sie Weihnachten wieder zu Hause sind. Das bedeutet, daß sie Unterbringung und Lebensunterhalt auch nur bis zu diesem Zeitpunkt geregelt hatten, und ab da praktisch auf der Straße standen. Z.T. leben ganze Familien bei Bekannten, oder gar bei zufälligen Bekannten, ohne irgendwelche Absicherung, in Unsicherheit, wie es weitergehen soll, berichtete ein Sprecher der Westberliner Solidarność-Gruppe der taz. Auch die Unterbringungsmöglichkeiten bei Caritas und AWO sind beschränkt; z.T. haben Polen daher auf Campingplätzen übernachten müssen.

Asylantrag zu stellen, oder Antrag auf Duldung, wie der Senat vorschlägt, bedeutet, daß sie erklären müssen, nicht mehr in ihre Heimat zurückzukönnen oder zu wollen. Das ist aber in der Regel nicht der Fall; vielmehr würde ihnen eine solche Erklärung gerade die spätere Rückkehr erschweren, da sie dann in Polen u.U. Schwierigkeiten bekommen. Außerdem wird auch dann eine Arbeitserlaubnis nur erteilt, wenn – wie das Arbeitsamt erklärte – „die Lage und Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt" dies zulasse. Bei der hohen Arbeitslosigkeit seien die Möglichkeiten der Behörden nach den geltenden Grundsätzen stark eingeschränkt. Damit werden die Versprechungen des Senats zu einer Farce. Wieweit die einzelnen Polen Hilfe und Unterstützung erhalten, ist völlig beliebig. Von Bezirk zu Bezirk ist es völlig unterschiedlich, ob z.B. die Anträge auf Sozialhilfe beschleunigt bearbeitet werden, wie die Frage der Aufenthaltserlaubnis gehandhabt wird. Die Polizei will offensichtlich, daß sie entweder Asyl beantragen, oder heimfahren. Z.T. wird die Duldungserlaubnis nur mit anwaltlicher Hilfe rausgerückt. Die Westberliner Solidarność-Gruppe fordert daher vom Senat eine Sonderregelung, bei der die Polen mit Touristenvisum hierbleiben können und für mindestens 2 bis 3 Monate eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Die Solidarność-Gruppe hat sich an den DGB gewandt, und um Unterstützung gebeten. Aber von dieser Seite ist die Unterstützung bisher auch nicht viel besser: Nicht einmal das zugesagte Büro haben sie inzwischen erhalten. Erst die Basisgruppen an der TU haben ihnen einen Raum für die dringend benötigte Koordinationsstelle zur Verfügung gestellt. Die Gruppe hat jetzt angefangen, in Selbsthilfe zu organisieren, was an Unterstützung für die Hiergebliebenen nötig ist. Sie versuchen, Deutschunterricht zu organisieren, damit sie sich den Behörden gegenüber besser durchsetzen können. Sie planen, ein Informationsbulletin in polnischer Sprache herauszugeben. Zum anderen versuchen sie auch, Geld und Lebensmittel zu sammeln, und sie nach Polen zu schicken.

„Der Handel funktioniert, die Solidarität stockt"; mit dieser Überschrift beschrieb die taz im Dezember treffend die Tatsache, daß die praktische Solidarität mit den polnischen Arbeitern – auch von seiten der Linken in der Stadt – nur gering ist, der Handel aber weiter läuft: Polen ist nach der DDR Westberlins wichtigster Handelspartner im Osten. Auf dem Rücken der hiergebliebenen Polen betreibt der Senat daher seine Politik.

Der Big Boss Karnevals Blues



aus: Metall 2/82

dacht, noch erste Verbesserungen bei PIOS (Auskunftsystem über Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) versprochen hat, wird die nächste Datei schon ausgekocht, oder besser gesagt sanktioniert, die „Störer-Datei". Aufgenommen werden sollen alle gewalttätigen Störer. Wer gehört dazu? Was geschieht mit den Angaben und vor allem mit den so Erfaßten? Das war bei dem für Polizeifragen zuständigen Arbeitskreis 2 der Innenministerkonferenz, über dessen Vorschlag die Bundes- und Landesinnenminister am Donnerstag vergangener Woche berieten, nicht klargelegt. Es war ein Grund für die vorläufige Ablehnung des Plans durch die Innenminister von NRW (Schnoor) und von Hamburg (Pawelcyk).

Tatsächlich ist der Vorschlag so neu nicht: Schon 1977, nach den Demonstrationen von Brokdorf, Grohnde und Kalkar, wurde bei PIOS im BKA eine entsprechende zentrale Datei angelegt, die, zumindest offiziell, bald wieder eingestellt werden mußte. Und für das Vorgehen gegen so Erfaßte bietet sich auch ein Präzedenzfall: Anfang 1968 wurde Rudi Dutschke auf dem Flugha-

vom Bild des auf allen Demonstrationen anwesenden Gewalttäters aus, zu großen Teilen verantwortlich für diese Demonstrationen. Das aber ist sicherlich nicht richtig. Wer bei den Demonstrationen gegen die Startbahn West, bei der Räumung des Hüttendorfs dabei war, der weiß, daß sich in dieser Datei bald viele Lohnabhängige, Handwerker, Hausfrauen etc. finden werden.

Schon jetzt, ohne offiziellen Beschluß, gibt es beim BKA eine „Störer-Datei", in der 6000 Personen gespeichert sind. Schnoor und Pawelcyk wollen die Effizienz dieser Datei erst geklärt wissen, bevor sie einer Ausweitung zustimmen. Nein, gefährlich ist nicht, daß tatsächlich diejenigen erfaßt und damit ausgesiebt werden könnten, die zu dem oft nötigen gewaltsamen Widerstand gegen Maßnahmen des Staates aufrufen, gefährlich ist die Beliebigkeit, mit der dann jemand festgenommen werden kann, mit all den Folgen, die das für den persönlichen Bereich bis hin zum Arbeitsplatz des Betroffenen hat. So herum, mögen sich manche Minister ausrechnen, könnte auch eine zersetzende Wirkung von einer solchen Datei ausgehen.

ren zu wollen, eine sog. „Duldungserlaubnis für 6 Monate" erhalten. Aber für die meisten würde wohl das auf drei Monate befristete Besuchervisum erst einmal ausreichen, um hier zu überwintern. In jedem Fall erhebt sich dabei aber die Frage, wovon die Polen leben sollen, da beim Touristenvisum keine Arbeitserlaubnis erteilt wird, und auch in den anderen beiden Fällen sie nicht automatisch erteilt wird. Also erklärte er großzügig, sollten Polen neben der ihnen „zustehenden Sozialhilfe" noch etwas durch Schwarzarbeit hinzuverdienen wollen, würde dann schon mal das Auge des Gesetzes zugedrückt werden. In der Frage der Unterbringung setze er in erster Linie auf die Caritas und die Arbeiterwohlfahrt.

In der Realität bedeutet das, daß die Polen, die in Westberlin geblieben sind, in einer völlig desolaten Lage sind! Das vom Senatssprecher angesprochene Touristenvisum ist in den meisten Fällen Ende des Jahres ausgelaufen, weil sie ihre Reise so geplant hatten, daß sie Weihnachten wieder zu Hause sind. Das bedeutet, daß sie Unterbringung und Lebensunterhalt auch nur bis zu diesem Zeitpunkt geregelt hatten, und ab da praktisch auf der Straße standen. Z.T. leben ganze Familien bei Bekannten, oder gar bei zufälligen Bekannten, ohne irgendwelche Absicherung, in Unsicherheit, wie es

werden, wie die Frage der Aufenthaltserlaubnis gehandhabt wird. Die Polizei will offensichtlich, daß sie entweder Asyl beantragen, oder heimfahren. Z.T. wird die Duldungserlaubnis nur mit anwaltlicher Hilfe rausgerückt. Die Westberliner Solidarność-Gruppe for-

– auch von seiten der Linken in der Stadt – nur gering ist, der Handel aber weiter läuft: Polen ist nach der DDR Westberlins wichtigster Handelspartner im Osten. Auf dem Rücken der hiergebliebenen Polen betreibt der Senat daher seine Politik.

Der Big Boss Karnevals Blues



aus: Metall 2/82

10000 demonstrierten in Lingen für Solidarität mit Polen

tro.Lingen. Ca. 10000 Teilnehmer aus dem Emsland und der Grafschaft Bentheim nahmen am 17.1. an einer Solidaritätsdemonstration für Polen in Lingen teil, zu der die katholischen und evangelischen Kirchen aufgerufen hatten. Die Kundgebungsrede hielt Kultusminister Remmers, CDU. Der DGB-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen begrüßte die Aktionen in einer Grußadresse, in der es unter anderem hieß: „Unsere Sympathie gilt dem polnischen Volk, seinem Freiheitswillen und insbesondere seiner durch das Kriegsrecht verbotenen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarität." Auf der Demonstration wurden auch Transparente mitgetragen, die sich gegen die Unterdrückung der Menschenrechte in Ost und West wandten, wie „Freiheit für Polen, Türkei, El Salvador und Südafrika". Nicht alle waren also in einer Front mit den „Polen-Freunden" der CDU. Auf Initiative des SPD-Ortsvereins hat sich in Lingen ein Aktionskreis „Solidarität mit Solidarność" gebildet. Der Aktionskreis verteilte auf der Demonstration ein Flugblatt mit der Forderung nach einem unabhängigen, demokratischen und sozialistischen Polen.

Demonstrationen gegen Vermummungsverbot

nia.Westberlin. Gegen die Rodungen in Tegel und das vom Polizeipräsidenten in diesem Zusammenhang erlassene Verbot, sich zu vermummen oder passiv zu bewaffnen (Helm), demonstrierten am Freitagabend ca. 1200 durch den Klausenerplatz-Kiez in Charlottenburg. Die Demonstranten, die einem Aufruf der „Autonomen Waldschützer Tegel" gefolgt waren, waren vermummt und maskiert bis zum Geht-nicht-mehr. Für dieses Mal hatte der Polizeipräsident die Vermummung nicht verboten, da er der Auffassung war, daß sie diesmal nur dazu dienen sollte, sich vor „angeblichen staatlichen Repressionen" zu schützen, und nicht, „um Straftaten zu begehen". Die Polizei hielt sich bewußt im Hintergrund, und bis auf ein paar Scherben im Sanierungsbüro der Neuen Heimat gab es daher auch keine größeren Zwischenfälle. Für Donnerstagnachmittag ruft eine Aktionseinheit, bestehend aus Alternativer Liste, Falken, Judos und Jusos auf, gegen „Autobahnbau und Kriminalisierung" in der City zu demonstrieren.

Wiederaufarbeitungsanlage – auf der Flucht durch Hessen

red.Korbach. Nachdem die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe (DWK) sich im Volkmarsen und Wethen politisch nicht durchsetzen konnte, entwickelt sich auch in den neubenannten Standorten Wangershausen (Kreis Waldeck/Frankenberg) und Merenberg (Kreis Limburg/Weilburg) der Widerstand. Der Merenberger Bürgermeister hat sich gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) ausgesprochen. Ebenso 145 von 163 wahlberechtigten Bürgern im Frankenberger Stadtteil Wangershausen. Bisher haben über 2000 Menschen in 18 Ortschaften an Veranstaltungen der Frankenberger Bürgerinitiative teilgenommen. Oft wurden auf diesen Veranstaltungen neue Bürgerinitiativen gegründet. Der Stadtrat von Hallenberg hat sich einstimmig gegen die WAA ausgesprochen und will „mit einem fünf Meter breiten Transparent, getragen von Vertretern aus allen drei Fraktionen", an der diesen Samstag in Frankenberg stattfindenden Demonstration teilnehmen.

Iran-Demonstration geplant

kvz. Die Moslemische Studenten-Vereinigung, Sympathisanten der iranischen Volksmoudjahedin, haben „alle demokratischen und freiheitsliebenden Kräfte" zur Aktionseinheit für eine Großdemonstration zum 3. Jahrestag des Sieges der iranischen Revolution aufgerufen, um international gegen das Terror-Regime Khomeinys zu protestieren und die Verminderung der Folter und Hinrichtungen in den iranischen Gefängnissen zu bewirken.

Anschlag auf jüdisches Lokal

nia. Immer noch nicht klar ist, aus welcher Richtung der am letzten Freitag stattgefundene Bombenanschlag auf ein jüdisches Lokal in Westberlin gekommen ist. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft „nach allen Seiten". Die ersten Reaktionen dagegen waren Durchsuchungen bei Arabern gewesen. Die Alternative Liste hat in einer Erklärung gegen den Anschlag kritisiert, daß der Staatsschutz einseitig verdächtigend ermittelt und zielgerichtet, aber ohne Beweise, den Verdacht auf palästinensische Gruppen richtet, statt auch die Möglichkeit einer neofaschistischen Aktion in Betracht zu ziehen. – Für Mittwoch hat die Aktion Sühnezeichen zu einer Demonstration gegen den Anschlag aufgerufen. Die AL unterstützt die Demonstration; auch bei der Demonstration gegen die Rodungen am Donnerstag wird voraussichtlich in einem Redebeitrag darauf eingegangen werden.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Januar

23. **Berlin.** Folgetreffen des Medizinischen Kongresses zur Verhinderung des Atomkrieges (bis 24.1.)
Frankfurt. Zentrales Polen-Seminar des Koordinationsausschusses „Solidarität mit Solidarność" (bis 24.1.)

24. **Finnland.** Wahl des finnischen Staatspräsidenten durch Wahlmännergremium

26. **Brüssel.** EG-Außenminister beraten u.a. Welttextilabkommen.

27. Vor 15 Jahren ratifizierten die Großmächte einen Vertrag über friedliche Zusammenarbeit im Weltraum.

28. **Bonn.** Nächste Verhandlung im öffentlichen Dienst

29. **Offenburg.** Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg
Dortmund. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen
Bonn. 10 Jahre Berufsverbote

30. **Londonderry, Nordirland.** Vor 10 Jahren wurden am „Blutsonntag" 12 Zivilisten von britischen Soldaten erschossen, Anlaß zur Ausweitung des Befreiungskampfes
Köln. Treffen der Unterstützer der Kampagne für ein atomwaffenfreies Europa (bis 31.1.)
Saarbrücken. Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Saar
BRD. „Tag der Solidarität", Aufruf von Funktionären der „Solidarität". Auch der DGB ruft zu diesem Tag zu Aktionen auf

Februar

2. **Grönland.** Volksabstimmung über den Austritt aus der EG

6. **o.O.** Landesbezirkskonferenz des DGB-Landesbezirks Hessen (bis 7.2.)
Frankfurt. Landesversammlung der Grünen, Hessen (bis 7.2.)
Bonn. Aktionskonferenz gegen Atomwaffen in Europa, auf Einladung der Aktion Sühnezeichen / Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (bis 7.2.)

Für eine neue Ausländerpolitik

Zur Konzeption der Alternativen Liste

wos. Westberlin. Vorgestern hat die CDU/CSU ihren Entschließungsantrag zur Ausländerpolitik für die Bundestagsdebatte Anfang Februar vorgelegt. Darin behauptet sie, daß die Bundesrepublik (Westberlin ist hier eingeschlossen) aufgrund ihrer Geschichte und ihres Selbstverständnisses „kein Einwanderungsland sein oder werden" könne. Ihr Beitrag: es müßten Rückkehrprogramme her. Dies angesichts von knapp 4,7 Mio. Ausländern, von denen die Masse bereits jahrelang hier lebt und arbeitet und sich, Untersuchungen zufolge, „unbegrenzt" aufhalten will. Das Wort „Vielvölkerstaat" – für die Konservativen ist darin ihre Horrorvision ausgedrückt – wurde zwar aus dem Antrag wegen interner Kritik herausgenommen. CSU-Zimmermann benutzte es aber erneut, indem er erklärte, die BRD könne nicht Zufluchtsstätte für Millionen Menschen *aus anderen Kontinenten* sein. Die asiatischen Türken, Araber usw. usw. sollen also verschwinden, die Bundesrepublik sei jetzt „an die Grenze der Belastbarkeit" durch den Schadstoff Ausländer gelangt. – Gegenkonzepte sind also erforderlich, ebenso die praktische Unterstützung der um ihre Rechte kämpfenden Ausländer hier.

Nicht erst seit dem Ausländererlaß des Innensenators und Möchtegerns Lummer (CDU) vom 20.11.1981, sondern lange vorher schon hat sich in der Alternativen Liste der sogenannte Ausländerbereich gebildet. U.a. wegen der Vorarbeit in diesem Bereich ist es möglich geworden, daß die AL als einzige der hiesigen Parlamentsparteien den Ausländererlaß konsequent zurückgewiesen hat, wie sie auch als einzige deutsche Organisation maßgeblichen Anteil an Vorbereitung und Durchführung der großen Demonstration gegen den Ausländererlaß von mehr als 15000 am 28. November hatte. Ich will in diesem Artikel auf einige der Positionen eingehen, die in der AL zur Ausländerfrage diskutiert werden, wobei davon auszugehen ist, daß eine geschlossene Konzeption noch nicht vorliegt. Diese Positionen dürften unter Beteiligung der im Ausländerbereich mitarbeitenden ausländischen Genossen zustandegekommen sein.

Gleich nach dem 20. November hat die AL eine Erklärung unter dem Titel „Für eine menschliche Ausländerpolitik" herausgegeben, in der es heißt: „Kernpunkt des neuen Ausländererlasses ist die Begrenzung und die Verringerung der Zahl der Ausländer, ins-

genkonzepte sind also erforderlich, ebenso die praktische Unterstützung der um ihre Rechte kämpfenden Ausländer hier.

Nicht erst seit dem Ausländererlaß des Innensenators und Möchtegerns Lummer (CDU) vom 20.11.1981, sondern lange vorher schon hat sich in der Alternativen Liste der sogenannte Ausländerbereich gebildet. U.a. wegen der Vorarbeit in diesem Bereich ist es möglich geworden, daß die AL als einzige der hiesigen Parlamentsparteien den Ausländererlaß konsequent zurückgewiesen hat, wie sie auch als einzige deutsche Organisation maßgeblichen Anteil an Vorbereitung und Durchführung der großen Demonstration gegen den Ausländererlaß von mehr als 15000 am 28. November hatte. Ich will in diesem Artikel auf einige der Positionen eingehen, die in der AL zur Ausländerfrage diskutiert werden, wobei davon auszugehen ist, daß eine geschlossene Konzeption noch nicht vorliegt. Diese Positionen dürften unter Beteiligung der im Ausländerbereich mitarbeitenden ausländischen Genossen zustandegekommen sein.

Gleich nach dem 20. November hat die AL eine Erklärung unter dem Titel „Für eine menschliche Ausländerpolitik" herausgegeben, in der es heißt: „Kernpunkt des neuen Ausländererlasses ist die Begrenzung und die Verringerung der Zahl der Ausländer, ins-

besondere der der Türken. Darüber hinaus wird die Bundesregierung von dem Berliner Innensenator aufgefordert, ‚die Ausweisungstatbestände' der Ausländer oder die Zahl der Angehörigen einer bestimmten Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) als ‚Beeinträchtigung der Belange der Bundesrepublik' anzusehen." Nachdem die Folgen des Erlasses für Familie und Ehe aufgezeigt und der Widerspruch zu Art. 6 GG hervorgehoben wird, fährt die Erklärung fort: „Noch wichtiger als dieser Erlaß sind die Äußerungen der Berliner und Bonner Regierenden, die den Zusammenhang zwischen dieser genau vorgeplanten Aktion und der Wirtschaftskrise verdeutlichen. In Deutschland ist es kein neues Phänomen, daß in Zeiten einer Wirtschaftskrise von tatsächlichen Ursachen abgelenkt und ein Pseudofeind geschaffen wird – zunächst werden die Fremden zum Sündenbock gemacht. Diesmal macht direkt die Regierung mit ihrer Hetze die Betreibung der Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus zu ihrer Politik."

Die AL sieht im folgenden den demagogischen Angriff auf die Minderheiten erst der Hausbesetzer, jetzt der Ausländer als Maßnahme zur Schaffung einer öffentlichen Stimmung gegen diese Gruppen, als Schaffung von Ablenkungsventilen, ohne die der Senat seine Politik nicht durchkriegen würde. Sie kann auf eine in der Tat verblüffende Parallele zu Punkten des NSDAP-Programms vom 24.2.1920 hinweisen und spricht sich anschließend für entschiedenen Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit aus (den gerade auch „die Politiker" selbst zu führen hätten). Weiter heißt es:

„Diese inkraftgetretenen inhumanen Maßnahmen beabsichtigen, die seit Jahren vernachlässigten gesellschaftlichen Probleme nach dem bekannten Motto zu lösen: ‚Je weniger Ausländer, desto geringer die Probleme.' Das ist die Bankrotterklärung der bisher unterlassenen politischen und sozialen Maßnahmen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in dieser Stadt. Ausländer müssen jetzt angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten herhalten für eine total verfehlte oder folgenschwere Unterlassung einer umfassenden Migrantenpolitik, die bis jetzt nur nach ökonomischen Gesichtspunkten ausgerichtet war. Solange die Rassendiskriminierung ‚per Staatsräson' bis zu gefährlichen Grenzen getrieben wird, solange werden die Konflikte verschärft und nicht beseitigt. (...) Wir fordern, entsprechend der vollzogenen Einwanderung der ausländischen Arbeiterfamilien, neue Wege und Ansätze für eine neue umfassende ausländerpolitische Konzeption einzuleiten.

Diese neue ausländerpolitische Konzeption setzt für eine eigenbestimmte Integration und eine gesellschaftspolitische Beteiligung der ausländischen Bevölkerung vorerst eine Rechtssicherheit voraus. Die in diesem Rahmen aufgegriffenen Lösungswege sind:
– eine verstärkte Einbürgerungspolitik, – die Einführung eines Niederlassungsrechts und – die Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit."

Dabei geht die AL davon aus, daß Lösungsweg A, obgleich notwendig, nur von einem geringen Teil der ausländischen Arbeitsimmigranten wahrgenommen werden wird. Deshalb soll er mit den beiden anderen *kombiniert* werden. Die Arbeitsimmigranten aus Anwerbeländern stellten eine Ausnahme vom völkerrechtlichen „Normalfall" nur *einer* Staatsangehörigkeit dar, dem müsse z.B. durch bilaterale Verträge Rechnung getragen werden. Sowohl die Arbeitsimmigranten wie auch die Herkunftsländer würden dies eher akzeptieren als nur eine verstärkte Einbürgerungspolitik. Um die Zeit bis zum Abschluß derartiger Verträge zu überbrücken, ist ein *Niederlassungsrecht* notwendig, das „die Ablösung des derzeit geltenden Ausländergesetzes beinhaltet." Für diese Phase fordert die AL die aufenthalts- und arbeitsrechtliche Gleichstellung sowie die

ausländerpolitische Konzeption einzuleiten.

Diese neue ausländerpolitische Konzeption setzt für eine eigenbestimmte Integration und eine gesellschaftspolitische Beteiligung der ausländischen Bevölkerung vorerst eine Rechtssicherheit voraus. Die in diesem Rahmen aufgegriffenen Lösungswege sind:
– eine verstärkte Einbürgerungspolitik, – die Einführung eines Niederlassungsrechts und – die Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit."

Dabei geht die AL davon aus, daß Lösungsweg A, obgleich notwendig, nur von einem geringen Teil der ausländischen Arbeitsimmigranten wahrgenommen werden wird. Deshalb soll er mit den beiden anderen *kombiniert* werden. Die Arbeitsimmigranten aus Anwerbeländern stellten eine Ausnahme vom völkerrechtlichen „Normalfall" nur *einer* Staatsangehörigkeit dar, dem müsse z.B. durch bilaterale Verträge Rechnung getragen werden. Sowohl die Arbeitsimmigranten wie auch die Herkunftsländer würden dies eher akzeptieren als nur eine verstärkte Einbürgerungspolitik. Um die Zeit bis zum Abschluß derartiger Verträge zu überbrücken, ist ein *Niederlassungsrecht* notwendig, das „die Ablösung des derzeit geltenden Ausländergesetzes beinhaltet." Für diese Phase fordert die AL die aufenthalts- und arbeitsrechtliche Gleichstellung sowie die

politische „unterhalb der Schwelle des allgemeinen Wahlrechts", also inklusive des kommunalen Wahlrechts für Ausländer.

In der Wirklichkeit sind unter dem Stichwort „Ausländerfrage" die juristische, soziale und politische Diskriminierung der Arbeitsimmigranten und der Asylbewerber vielfach verknüpft. Wer kann z.B. schon erkennen, ob es sich bei dem türkischen Mann im Hauptbahnhof um jenen handelt, der schon 15 Jahre lang Facharbeiter ist, oder um einen „herumlungernden", weil mit Arbeitsverbot belegten Asylsuchenden? Trotzdem müssen wir hier wegen des tatsächlichen Unterschieds rechtlicherseits auch für die Entwicklung einer Ausländerpolitik eine Begrenzung vornehmen. Daher stehen die Arbeitsimmigranten im Mittelpunkt.

Vergleichen wir dies mit der früheren Forderung des KBW nach „kostenloser und obligatorischer Einbürgerung der Ausländer, nachdem sie 3 Monate in der Bundesrepublik verbracht haben ...". Denn daß das KBW-Programm außer Kraft gesetzt wurde, heißt noch nicht, daß wir jeder seiner Forderungen einer ausführlichen Kritik unterzogen hätten.

Bei dieser Forderung stellt sich, wie immer, nicht allein die Frage ihrer Durchsetzbarkeit, sondern auch die ihrer Richtigkeit. Deshalb kann man den Unterschied zwischen den AL-Forderungen und der obigen auch nicht flugs auf den zwischen reformistisch, schrittweise und revolutionär reduzieren. Über die Durchsetzbarkeit der obligatorischen Einbürgerung brauchen wir nicht zu spekulieren, nur sollten wir festhalten, daß sie ohne die Beteiligung seitens der Betroffenen bestimmt nicht erreicht werden kann.



Kritik an dieser Forderung ist vielfach geäußert worden, u.a. in Kommunismus und Klassenkampf 4/1981. Mir scheinen hier folgende Punkte wichtig zu sein:
– Der Forderung zufolge müssen die Arbeitsimmigranten eingebürgert werden; sie können nicht freiwillig entscheiden. Dieser Zwang eben nicht allein gegenüber dem Staat, sondern auch umgekehrt gegenüber den Betroffenen macht die Sache von Anbeginn fragwürdig, weil das Prinzip der Eigenbestimmtheit dieses Bevölkerungsteils verletzt wird.
– Die Arbeitsimmigranten und ihre Familienangehörigen verlieren ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft und damit alle politischen Rechte in ihrem Heimatland. Dies würde nur denkbar sein, wenn sie die Entscheidung für Einwanderung in die BRD oder Westberlin endgültig getroffen hätten. Für die Immigranten besteht jedoch solange keine Perspektive, wie sie nicht *über die Rechtssicherheit hinaus* in der Bundesrepublik als nationale Minderheit mit gleichen Rechten akzeptiert sind. Dies würde keine exklusiven Sonderrechte beinhalten, wohl aber zusätzliche Rechte. Solange dies nicht verwirklicht ist, leben sie unter ständigem, nicht nur ausländergesetzlichem Druck und müssen mit Diskriminierung rechnen. Sie hätten keinen abgesicherten Raum, in dem sie neben der sich ohnehin vollziehenden Anpassung an die hiesige Gesellschaft *zugleich* ihre nationale Identität erhalten, entwickeln und dann umformen könnten. M.E. betrifft dieses Problem der Entwicklungsmöglichkeiten einer kulturellen Identität – und dann einer bikulturellen Identität – sowohl jene, die „auf Zeit" hier sind, als auch die „Einwanderer".

Bei der KBW-Forderung sind wir von der Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie ausgegangen und haben zum Zweck der proletarischen Revolution die rechtlichen Voraussetzungen (und daraus folgend auch bildungsmäßige, sprachliche etc.) für diese Einheit dem bürgerlichen Staat abtrotzen wollen. Die ausländischen Beschäftigten und ihre Familien haben wir als Teil der hiesigen Arbeiterklasse betrachtet, was sie objektiv auch sind, und diese *objektive* Stellung sollte im gemeinsamen Kampf durchgesetzt werden. Aber daß wir merkwürdig wenig gemeinsame Kämpfe mit den Ausländern um *diese* Forderung geführt haben, lag sicher nicht nur daran, daß „manche ausländische Organisationen die Forderungen nach obligatorischer Einbürgerung als eine Zumutung an die Ausländer statt als eine an den bürgerlichen Staat" begriffen (vgl. Kommunismus und Klassenkampf 8/1981, S. 1) haben, sondern auch viele Arbeitsimmigranten selber.

Auch bei der AL ist die Vorstellung: Rechtssicherheit als Voraussetzung – aber als Voraussetzung für eine „eigenbestimmte Integration und eine gesellschaftspolitische Beteiligung der ausländischen Bevölkerung". Die Differenz liegt nach meiner Meinung darin, daß in der alten KBW-Forderung die Ausländerfrage *nur* als Aufgabe der Klasseneinheit betrachtet wurde, wir aber übersehen haben, daß sie in der Tat zugleich ein Nationalitätenproblem in sich birgt. Da so die kulturell-nationale Differenz ausgeblendet wurde, wurde umgekehrt nicht gesehen, daß tatsächlich *Integration* nötig ist, um diese kulturelle Differenz bewußt zu akzeptieren und dann zu überbrücken, was für beide Seiten gilt. Ausländerfeindlichkeit, von oben geschürt, aber durchaus bisweilen unten auf fruchtbaren Boden fallend, kann nicht allein mit dem Hinweis auf gemeinsame Klasseninteressen bekämpft werden. Das genügt nicht, auch wenn es richtig ist.

Nachzugsbeschränkungen verletzen Grundrechte
Demonstrationen gegen Ausländererlasse geplant
vip. Am vergangenen Samstag hat in Frankfurt auf Einladung der IAF-Interessengemeinschaft der mit Auslän-
zu sein:
– Der Forderung zufolge müssen die Arbeitsimmigranten eingebürgert werden; sie können nicht freiwillig entscheiden. Dieser Zwang eben nicht allein gegenüber dem Staat, sondern auch umgekehrt gegenüber den Betroffenen macht die Sache von Anbeginn fragwürdig, weil das Prinzip der Eigenbestimmtheit dieses Bevölkerungsteils verletzt wird.
– Die Arbeitsimmigranten und ihre Familienangehörigen verlieren ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft und damit alle politischen Rechte in ihrem Heimatland. Dies würde nur denkbar sein, wenn sie die Entscheidung für Einwanderung in die BRD oder Westberlin endgültig getroffen hätten. Für die Immigranten besteht jedoch solange keine Perspektive, wie sie nicht *über die Rechtssicherheit hinaus* in der Bundesrepublik als nationale Minderheit mit gleichen Rechten akzeptiert sind. Dies würde keine exklusiven Sonderrechte beinhalten, wohl aber zusätzli-
ner Zahl von ca. 4,5 Mio. Ausländern ... die Aufnahmemöglichkeiten *erschöpft* sind (4,6 Mio. sind da, vip) ...
nale Identität erhalten, entwickeln und dann umformen könnten. M.E. betrifft dieses Problem der Entwicklungsmöglichkeiten einer kulturellen Identität – und dann einer bikulturellen Identität – sowohl jene, die „auf Zeit" hier sind, als auch die „Einwanderer".
Bei der KBW-Forderung sind wir von der Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie ausgegangen und haben zum Zweck der proletarischen Revolution die rechtlichen Voraussetzungen (und daraus folgend auch bildungsmäßige, sprachliche etc.) für diese Einheit dem bürgerlichen Staat abtrotzen wollen. Die ausländischen Beschäftigten und ihre Familien haben wir als Teil der hiesigen Arbeiterklasse betrachtet, was sie objektiv auch sind, und diese *objektive* Stellung sollte im gemeinsamen Kampf durchgesetzt werden. Aber daß wir merkwürdig wenig gemeinsame Kämpfe mit den Ausländern um *diese* Forderung geführt haben, lag sicher nicht nur dar-
(FR 25.4.1981) Was wird Karl Schwab jetzt zu verkünden haben?
Noch sind die von den Nachzugsbe-
Auch bei der AL ist die Vorstellung: Rechtssicherheit als Voraussetzung – aber als Voraussetzung für eine „eigenbestimmte Integration und eine gesellschaftspolitische Beteiligung der ausländischen Bevölkerung". Die Differenz liegt nach meiner Meinung darin, daß in der alten KBW-Forderung die Ausländerfrage *nur* als Aufgabe der Klasseneinheit betrachtet wurde, wir aber übersehen haben, daß sie in der Tat zugleich ein Nationalitätenproblem in sich birgt. Da so die kulturell-nationale Differenz ausgeblendet wurde, wurde umgekehrt nicht gesehen, daß tatsächlich *Integration* nötig ist, um diese kulturelle Differenz bewußt zu akzeptieren und dann zu überbrücken, was für beide Seiten gilt. Ausländerfeindlichkeit, von oben geschürt, aber durchaus bisweilen unten auf fruchtbaren Boden fallend, kann nicht allein mit dem Hinweis auf gemeinsame Klasseninteressen bekämpft werden. Das genügt nicht, auch wenn es richtig ist.

Nachzugsbeschränkungen verletzen Grundrechte

Demonstrationen gegen Ausländererlasse geplant

vip. Am vergangenen Samstag hat in Frankfurt auf Einladung der IAF-Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen – ein Treffen stattgefunden, das eine Initiative für eine bundesweite Front gegen die neuen Ausländererlasse, insbesondere die Beschränkungen beim Familiennachzug, sein sollte. Einhundert Personen und Vertreter von mit Ausländerarbeit befaßten Organisationen waren anwesend. Man einigte sich darauf, die IAF zunächst als Koordinationsstelle für die weitere Arbeit einzurichten. Es wurde eine Plattform verabschiedet und die Bundesregierung zur Rücknahme ihres Beschlusses vom 2.12.1981 aufgefordert.

Während sich auf der einen Seite der Widerstand gegen die Politik der Regierungen auf der Ebene von Bund und Ländern verbreitert und festigt, werden in den Regierungskanzleien, insbesondere der CDU/CSU-regierten Ländern, die nächsten Schritte vorbereitet.

Am 14. Januar haben die Innenminister in Bonn konferiert. Auf der Tagesordnung standen Fragen der inneren Sicherheit (Einrichtungen eines Meldedienstes für gewalttätige Störer) und die „Vereinheitlichung der Erlasse über die Regelung des Familiennachzugs". Zum Ergebnis hat sich die Presse – was die Ausländer angeht – ausgeschwiegen. Es kann aber mit Sicherheit angenommen werden, daß die CDU/CSU-Innenminister, die die Mehrheit in dieser Runde stellen, auf die „Unzulänglichkeit" der bisherigen Beschränkungen und den Entschließungsantrag hingewiesen haben, den die Fraktion der CDU/CSU unter dem Datum 25.11.1981 vorgelegt hat.

Kernsätze aus diesem Antrag lauten: „Der Bundestag stellt fest, daß bei einer Zahl von ca. 4,5 Mio. Ausländern ... die Aufnahmemöglichkeiten *erschöpft* sind (4,6 Mio. sind da, vip) ... umgehend wirksame und *umfassende* ausländer*politische* Maßnahmen getroffen werden (müssen) ... der Anwerbestopp ist beizubehalten. Er darf weder aus branchenspezifischen Aspekten noch unter dem Gesichtspunkt der Familienzusammenführung umgangen werden ... die Rückkehrfähigkeit der Ausländer muß erhalten, die Rückkehrbereitschaft gestärkt werden ... In Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern sind Programme zu entwickeln und durchzusetzen, um Ausländern die Rückkehr in ihre Heimatländer zu erleichtern ... Straffällig gewordene Ausländer ... müssen unverzüglich ausgewiesen werden." Hessen hat seinen Erlaß übrigens erst gar nicht veröffentlicht, weil, wie es aus dem Innenministerium heißt, noch „Härteregelungen" eingefügt werden müßten.

Am 26. Januar unterhält sich beim „18. Cappenberger Gespräch" der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft in Köln ein erlauchter Kreis über das Thema „Vier Millionen Ausländer". Hauptreferent ist der Drahtzieher der Ausländergesetzgebung im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Dr. Schiffer, und eingeleitet wird die Runde von Hans-Günther Sohl, dem ehemaligen Präsidenten des BDI. Zur Diskussionsrunde gehört auch Karl Schwab vom Bundesvorstand des DGB. Karl Schwab und der ehemalige SPD-Innensenator in Berlin, Dahrendorf, waren diejenigen, die im April 1981 bei einem Gespräch den entscheidenden Anstoß für die jetzt existierenden Ausländererlasse gegeben haben. (FR 25.4.1981) Was wird Karl Schwab jetzt zu verkünden haben?

Noch sind die von den Nachzugsbeschränkungen betroffenen Ausländer nicht bei der Justiz angekommen. Bald werden aber Gerichte darüber zu befinden haben, ob es mit Artikel 6 Grundgesetz (Schutz von Ehe und Familie – gilt auch für Ausländer) zu vereinbaren ist, minderjährigen Kindern und Ehegatten von hier seßhaft gewordenen Ausländern den Nachzug zu beschneiden. Noch kürzlich haben Verwaltungsgerichte (Berlin und Freiburg) entschieden, daß die Gemeinschaft von Eltern mit minderjährigen Kindern *unantastbar* geschützt ist. Den Nachzugsbeschränkungen steht auch Artikel 19 der Europäischen Sozialcharta vom 18.10.1961 entgegen, den die Bundesregierung als bindend ansieht (Bekanntmachung vom 9.8.1965 – BGBl II, 1122).

Die IAF-Initiative ist nicht die einzige. Am 23. Januar werden auf einem Treffen des „Initiativausschusses ‚Ausländische Mitbürger in Hessen'" im Familienzentrum, Falkstraße 50, in Frankfurt (10 Uhr) hessenweite Aktionen, u.a. Demonstrationen in Frankfurt, Kassel, Wiesbaden und Darmstadt beraten, deren Ziel es sein soll, die neuen Ausländererlasse zu Fall zu bringen. Am 30. Januar findet in Bonn das nächste bundesweite Treffen statt, diesmal auf Einladung des VIA, Verbandes der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (Anschrift Theaterstraße 10, 5300 Bonn).

Vielleicht entscheidend ist, daß sich in den unteren DGB-Einzelgewerkschaftsgliederungen jetzt der Widerstand gegen die Vorstandspolitik zu regen beginnt.

Im Juni letzten Jahres haben die hessischen Grünen beschlossen, mit eigener Liste – offen auch für Nicht-Mitglieder, sofern sie keiner anderen Partei angehören – für den hessischen Landtag zu kandidieren und sofort mit der Wahlvorbereitung begonnen. 18 landesweite Arbeitsgruppen erstellten Teile eines Programmentwurfs, der Anfang Januar von der Landesprogrammkommission in Klausur

„Ökologie ist mehr als Naturschutz" – die hessischen Grünen zur Landtagswahl

zu einer Beschlußvorlage für die nächste Landesversammlung am 6./7. Februar in Frankfurt verarbeitet wurde. Auf einer weiteren Landesversammlung im März soll das Wahlprogramm verabschiedet werden. Die endgültige Kandidatenaufstellung wird am 17./18. April in Kassel erfolgen; bis dahin werden die Vorschläge der Kreis- und Ortsverbände bekanntgegeben und diskutiert.

Über mögliche Bündnisse, das Wahlziel, das Verhältnis zur Arbeiterbewegung und zum Frieden sprachen Anette Mönich und Bernhard Peters für die KVZ mit zwei Mitgliedern des 7köpfigen Landesvorstands, Frank Schwalba-Hoth aus Marburg und Dirk Treber aus Mörfelden. In Hessen sind an die 2500 Grüne in 26 Kreisverbänden organisiert.

Warum eigenständige Kandidatur der Grünen, wenn auch mit der Möglichkeit von parteilosen Kandidaturen? Warum nicht ein Wahlbündnis zusammen mit anderen Organisationen?

F.: Was von dem bisherigen Beschluß ausgeschlossen worden ist, ist ein Zusammenschluß mit anderen Parteien, wobei bisher ja hauptsächlich die DKP und die USD ein Bündnisangebot gemacht haben. Was nicht ausschließt, daß z.B. Mitglieder aus Bürgerinitiativen oder Naturschutzverbänden als Kandidaten auf den Listen sowohl als Direktkandidaten oder auf der Landesliste kandidieren können. Das ist nach der derzeitigen Beschlußfassung möglich. Ein Zusammengehen mit anderen Parteien würde zum einen eine Änderung dieses Beschlusses erfordern, zum anderen müßten wichtige Gründe dafür vorliegen. D.h. ein solches Bündnis würde meiner Ansicht nach nicht geschlossen, weil dadurch vielleicht eher die Chancen gegeben sind, daß man die 5%-Hürde überspringt, sondern ein solches Bündnis wäre nur möglich auf der Grundlage, daß es wichtige inhaltliche Gemeinsamkeiten gäbe z.B. mit der USD oder der DKP. Das zeichnet sich momentan eigentlich nicht ab, für mich oder auch für die Grünen insgesamt.

M.E. gibt es im Augenblick keine Gruppierung außerhalb der Grünen, die sich anbieten würde als Partner für eine alternative Liste, weil wir es hier nicht mit einem Bundesland wie Hamburg oder Berlin zu tun haben, die eine eigenständige Initiativkultur aufweisen, sondern wir es hier mit einem Flächenstaat zu tun haben, in dem es zwar Bürgerinitiativen gibt, aber keine, das ganze Land übergreifende, eigene Initiativbewegung.

Was heißt, das ganze Land übergreifend? Die Bürgerinitiativen gibt es ja im ganzen Land. Es gibt verschiedene politische Strömungen, Richtungen und Organisationen – nicht überall im Land, aber verstreut übers Land.

F.: Zu den Bürgerinitiativen eins: Wir sind nicht dazu da, die Arbeit der Bürgerinitiativen zu ersetzen, dies einerseits. Andererseits haben wir auch nicht einen Alleinvertretungsanspruch als parlamentarische Vertretung, sondern wir sind der gegenwärtige parlamentarische Ausdruck einer Protestbewegung gegen die gegenwärtige Politik. Ich persönlich halte es für falsch, wenn eine Bürgerinitiative geschlossen in die Grünen eintritt und dort mitarbeitet, weil das die Arbeit der Bürgerinitiativen lähmen würde. Die Bürgerinitiativen haben ihr eigenes Arbeitsfeld.

Worum es geht, ist ob es für Euch prinzipielle Gründe gegen eine solche Lösung gibt oder ob Euch Gründe der politischen Beurteilung der Lage in Hessen und der Kräfte, die es dort gibt, dazu bewogen haben, davon Abstand

eigenständige Initiativkultur aufweisen, sondern wir es hier mit einem Flächenstaat zu tun haben, in dem es zwar Bürgerinitiativen gibt, aber keine, das ganze Land übergreifende, eigene Initiativbewegung.

Was heißt, das ganze Land übergreifend? Die Bürgerinitiativen gibt es ja im ganzen Land. Es gibt verschiedene politische Strömungen, Richtungen und Organisationen – nicht überall im Land, aber verstreut übers Land.

F.: Zu den Bürgerinitiativen eins: Wir sind nicht dazu da, die Arbeit der Bürgerinitiativen zu ersetzen, dies einerseits. Andererseits haben wir auch nicht einen Alleinvertretungsanspruch als parlamentarische Vertretung, sondern wir sind der gegenwärtige parlamentarische Ausdruck einer Protestbewegung gegen die gegenwärtige Politik. Ich persönlich halte es für falsch, wenn eine Bürgerinitiative geschlossen in die Grünen eintritt und dort mitarbeitet, weil das die Arbeit der Bürgerinitiativen lähmen würde. Die Bürgerinitiativen haben ihr eigenes Arbeitsfeld.

Worum es geht, ist ob es für Euch prinzipielle Gründe gegen eine solche Lösung gibt oder ob Euch Gründe der politischen Beurteilung der Lage in Hessen und der Kräfte, die es dort gibt, dazu bewogen haben, davon Abstand

zu nehmen.

D.: Es wäre denkbar, auf einer inhaltlichen Übereinstimmung in einer ganzen Menge von Punkten. Nur hätte dann meiner Ansicht nach diese ganze Diskussion schon viel früher beginnen müssen, denn jetzt ist es eigentlich schon etwas zu spät. Deswegen besteht jetzt nur noch die Möglichkeit, daß wir auf Grundlage dessen, was wir erarbeitet haben, die Auseinandersetzung mit diesen Gruppen führen oder auch mit Einzelpersonen, die sich dann in irgendeiner Weise zu diesem Programmvorschlag von uns verhalten. Dabei wird es auch möglich sein, daß zumindest auf der Landesliste oder in einzelnen Wahlkreisen Leute kandidieren, die nicht den Grünen angehören. Was also nicht zustandekommen wird, ist ein buntes oder alternatives Bündnis, das die Grünen, die USD, die DKP, was weiß ich, KBW und andere Gruppen umfaßt, denn da gibt es vermutlich doch an zu vielen Punkten Differenzen, die auch damit zu tun haben, daß es schwierig sein wird, diese Gruppen auch nur auf ein Wahlprogramm für Hessen festzulegen, wo es an anderen Punkten, die darüber hinausgehen, eben Differenzen gibt. Also, das klassische Beispiel – ich kann das anführen, weil das bei uns (Mörfelden) ziemlich vehement diskutiert wird – ist, daß es Grüne gibt oder auch Sympathisanten, die sagen, die Situation in Polen erfordert von uns, daß wir selbst in einer Frage, wie gemeinsame Aktionen für den Frieden, nicht mehr mit der DKP zusammenarbeiten können, weil wir uns da als Grüne politisch unglaubwürdig machen. Ich teile diesen Standpunkt zwar in dieser Radikalität nicht, weil es mir ein bißchen zu dogmatisch vorkommt, aber diese Positionen werden vertreten. Und wenn ich mir dann jetzt vorstelle, man würde versuchen, an den Punkten, wo das möglich ist, das unter einen Hut zu bringen, dann würden an den Punkten, die ich eben genannt habe, ständig Differenzen auftreten und die würden dazu führen, daß die eigentliche politische Arbeit gelähmt wird. Deshalb ist es sinnvoller, wie es die Grünen letztendlich beschlossen haben, allein zu kandidieren, aber sich halt so weit zu öffnen, daß jeder, der mit uns übereinstimmt, gemeinsam an dem Programmentwurf mitdiskutiert und eben auch der eine oder andere unabhängige Kandidat auf unseren Listen kandidieren kann.

Uns scheint, daß die Politik der Grünen etwas der Gefahr unterliegt, allzusehr zu dem zu werden, war Ihr „parlamentarischer Arm der Bewegung" genannt habt.

D.: Ich meine, wenn die Grünen sich nur unter der Prämisse an den Wahlen beteiligen würden, weil sie dann auch ein Stück von dem Kuchen bekommen würden, dann wäre ich in der Partei fehl am Platze. Denn das Ziel der Grünen muß es ja eigentlich sein, über dieses eine Mittel des Parlamentarismus mit dazu beizutragen, langfristig gesehen, eine Veränderung der Gesellschaft zu erreichen, und das bedingt auch eine Bewußtseinsveränderung in den Köpfen der Leute. Ich meine, diese ständige Wechselwirkung, um das zu erreichen, die kann meiner Ansicht nach nur gewährleistet sein dadurch,

das unter einen Hut zu bringen, dann würden an den Punkten, die ich eben genannt habe, ständig Differenzen auftreten und die würden dazu führen, daß die eigentliche politische Arbeit gelähmt wird. Deshalb ist es sinnvoller, wie es die Grünen letztendlich beschlossen haben, allein zu kandidieren, aber sich halt so weit zu öffnen, daß jeder, der mit uns übereinstimmt, gemeinsam an dem Programmentwurf mitdiskutiert und eben auch der eine oder andere unabhängige Kandidat auf unseren Listen kandidieren kann.

Uns scheint, daß die Politik der Grünen etwas der Gefahr unterliegt, allzusehr zu dem zu werden, war Ihr „parlamentarischer Arm der Bewegung" genannt habt.

D.: Ich meine, wenn die Grünen sich nur unter der Prämisse an den Wahlen beteiligen würden, weil sie dann auch ein Stück von dem Kuchen bekommen würden, dann wäre ich in der Partei fehl am Platze. Denn das Ziel der Grünen muß es ja eigentlich sein, über dieses eine Mittel des Parlamentarismus mit dazu beizutragen, langfristig gesehen, eine Veränderung der Gesellschaft zu erreichen, und das bedingt auch eine Bewußtseinsveränderung in den Köpfen der Leute. Ich meine, diese ständige Wechselwirkung, um das zu erreichen, die kann meiner Ansicht nach nur gewährleistet sein dadurch,

daß die Grünen sich eben *nicht* von dieser Basis verselbständigen, sondern daß wir ständig auch mit einem Bein in den außerparlamentarischen Auseinandersetzungen drinstehen oder z.B. – das haben wir bei uns auch so diskutiert, daß wir in einem viel größeren Maße, als das die drei anderen Parteien, speziell die SPD, machen – wenn die ÖTV Streikmaßnahmen durchführen würde, um eine einprozentige Lohnkürzung zu verhindern, daß es dann eben die Aufgabe der Grünen wäre, an der Seite der Gewerkschaften zu stehen und diese Forderungen zu unterstützen. Dies nicht nur im Parlament, sondern ich könnte mir z.B. vorstellen, daß ein grüner Parlamentarier auch als Streikposten mit vorm Betrieb steht. Das wäre eine Sache, wo die Politik der Grünen sich auch unterscheiden würde von der traditionellen Politik, wie sie bisher betrieben wird. Oder man sieht das Beispiel ja jetzt schon, daß grüne Parlamentarier bei den Auseinandersetzungen gegen die Startbahn West mit in den vordersten Reihen stehen, draußen im Wald oder bei Demonstrationen hier in Frankfurt, um auch dort zu dokumentieren: Wir sind dagegen und setzen uns sowohl in den Parlamenten als auch draußen vor Ort gegen dieses Projekt ein.

F.: Du sprachst von einer Fixierung der Grünen auf's Parlament. Von dieser Fixierung kann keine Rede sein. Bei den hessischen Grünen ist nämlich eins klar, daß wir Berufspolitiker auf keinen Fall wollen. Deshalb eben auch die gegenwärtige Diskussion über das Rotationsprinzip.

Was uns interessiert, ist vor allem, wie Ihr zu der Gefahr steht, daß in dieser Landtagswahl große Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die es ja auch gibt, eben gar nicht wählen, selbst wenn es eine grüne Kandidatur gibt. Bekanntlich ist einer unserer Vorbehalte gegenüber den Grünen, daß sie jedenfalls in ihrer bisherigen Geschichte zu diesen Problemen, die von der Gewerkschaftsbewegung aufgegriffen werden und die traditionellerweise von der SPD verarbeitet werden, so viel nicht zu sagen hatten.

F.: Zur Frage der Wählbarkeit der Grünen durch der Gewerkschaft nahestehende Gruppen und Personen läßt sich sagen, daß wir dieses Problem selbst lösen müssen, nämlich durch unseren Landtagswahlkampf, wie wir nämlich die Demagogie, und mehr ist es nicht als Demagogie, der Sozialdemokratie und großer Teile der bürgerlichen Presse durchbrechen können, wir würden nur stur fixiert sein auf Fragen, die den Naturschutz betreffen. Wer unseren Programmentwurf gelesen hat und dann unser Landtagswahlprogramm sehen wird, dem wird deutlich, daß das Schwergewicht im Landtagswahlprogramm auf wirtschaftlichen Fragen liegt. Und es geht eben darum, das auch deutlich zu machen und nach außen dringen zu lassen, auch Fragen, die die Arbeitswelt betreffen, auch Fragen des Verhältnisses zwischen Grünen und Gewerkschaften und auch Fragen der Arbeitsmarktpolitik. Das zeigt sich nicht nur im Entwurf „Wirtschaft", sondern auch im Teil Energie, wo wir als Forderung stehen haben: Entprivatisierung der Elektroversorgungsunternehmen.

Wir sind mit diesem Programm wählbar für jeden Gewerkschaftler, der sich nicht mehr durch die SPD vertreten fühlt. Und das ist eine Frage, die wir nach außen hin verbreiten können. Programmatisch läßt sich gegen die Grünen auch mit dem jetzt vorliegenden Entwurf in Sachen Wirtschaft und Arbeitswelt nicht mehr argumentieren, wir wären entweder arbeitnehmerfeindlich bzw. hätten zu gewerkschaftlichen Fragen und Fragen der Arbeitswelt keine Stellung bezogen.

Ich möchte noch mal nachfragen zu der Passage in dem ersten Entwurf, in der es hieß: „Die heute in Hessen real existierenden Bewegungen ... (machen) die Einkreisungsstrategie von CDU, SPD, FDP, Gewerkschaften und Arbeitgebern zunichte ..."

F.: Du hast jetzt zitiert aus dem ursprünglichen Programmentwurf nicht zu Wirtschaft, sondern zu „Demokratie und Recht", und wenn dort Gewerkschaft vorkommt, meinen wir damit nicht die Gewerkschaft als Ganzes, sondern Teile der Gewerkschaften, entweder Gewerkschaftsspitze, wie Ihr das glaub' ich ausdrückt, oder Repräsentanten der Gewerkschaft. Wir haben keineswegs ein ablehnendes Verhältnis gegenüber *der* Gewerkschaft. Wir unterstützen all diejenigen, die auch innerhalb der Gewerkschaften gegen die Sozialpartnerschaft agieren, und wir werden alle Initiativen, die aus dem Gewerkschaftsbereich kommen und sich gegen Sozialpartnerschaft, auch gegen Lohnkürzungen und Rationalisierungen wenden, natürlich unterstützen, denn das sind ja ökologische, grüne Forderungen.

behalte gegenüber den Grünen, daß sie jedenfalls in ihrer bisherigen Geschichte zu diesen Problemen, die von der Gewerkschaftsbewegung aufgegriffen werden und die traditionellerweise von der SPD verarbeitet werden, so viel nicht zu sagen hatten.

F.: Zur Frage der Wählbarkeit der Grünen durch der Gewerkschaft nahestehende Gruppen und Personen läßt sich sagen, daß wir dieses Problem selbst lösen müssen, nämlich durch unseren Landtagswahlkampf, wie wir nämlich die Demagogie, und mehr ist es nicht als Demagogie, der Sozialdemokratie und großer Teile der bürgerlichen Presse durchbrechen können, wir würden nur stur fixiert sein auf Fragen, die den Naturschutz betreffen. Wer unseren Programmentwurf gelesen hat und dann unser Landtagswahlprogramm sehen wird, dem wird deutlich, daß das Schwergewicht im Landtagswahlprogramm auf wirtschaftlichen Fragen liegt. Und es geht eben darum, das auch deutlich zu machen und nach außen dringen zu lassen, auch Fragen, die die Arbeitswelt betreffen, auch Fragen des Verhältnisses zwischen Grünen und Gewerkschaften

wählbar für jeden Gewerkschaftler, der sich nicht mehr durch die SPD vertreten fühlt. Und das ist eine Frage, die wir nach außen hin verbreiten können. Programmatisch läßt sich gegen die Grünen auch mit dem jetzt vorliegenden Entwurf in Sachen Wirtschaft und Arbeitswelt nicht mehr argumentieren, wir wären entweder arbeitnehmerfeindlich bzw. hätten zu gewerkschaftlichen Fragen und Fragen der Arbeitswelt keine Stellung bezogen.

Ich möchte noch mal nachfragen zu der Passage in dem ersten Entwurf, in der es hieß: „Die heute in Hessen real existierenden Bewegungen ... (machen) die Einkreisungsstrategie von CDU, SPD, FDP, Gewerkschaften und Arbeitgebern zunichte ..."

F.: Du hast jetzt zitiert aus dem ursprünglichen Programmentwurf nicht zu Wirtschaft, sondern zu „Demokratie und Recht", und wenn dort Gewerkschaft vorkommt, meinen wir damit nicht die Gewerkschaft als Ganzes, sondern Teile der Gewerkschaften, entweder Gewerkschaftsspitze, wie Ihr das glaub' ich ausdrückt, oder Repräsentanten der Gewerkschaft. Wir haben keineswegs ein ablehnendes Ver-

Zwei konkrete Fragen dazu: Einmal gibt es ja die Diskussion innerhalb der Gewerkschaften über die Frage des Beschäftigungsprogramms. Die zweite bezieht sich aktuell sowohl auf Euer Verhalten in den Kommunalparlamenten wie überhaupt in der Öffentlichkeit, wo angesichts der Mobilisierung der ÖTV zum Streik eine Initiative einen relativen Nutzen hätte, wenn dort die grüne Fraktion in möglichst vielen Stadtparlamenten beantragen würde, daß diese Stadtverordnetenversammlungen sich gegen diese Kürzungen aussprechen und die Gemeinden solche Positionen in den Verhandlungen mit der ÖTV vertreten.

D.: Zum ersten Punkt: Bei uns (Mörfelden) ist das ganz konkret so diskutiert und praktisch auch verabschiedet worden in der Programmdiskussion, wie Du das gesagt hast, nämlich daß wir diese Forderungen aus dem beschäftigungspolitischen Programm vom DGB als Punkt ergänzen wollten zu unserem Teil Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, weil das wichtig ist, daß man so etwas aufgreift und auch positiv wendet und natürlich auch darüber hinausgehende Forderungen erhebt.

Wenn der Heinz Wolf (ÖTV-Vorsitzender Hessen) in irgendwelchen Papieren gegen die Grünen Stimmung macht, kann mich das zunächst mal gar nicht erschüttern, denn die Position, die der hat als Mitglied des Aufsichtsrats der FAG, die trägt ja gerade nicht dazu bei, daß er für die Kollegen im öffentlichen Dienst neue Arbeitsplätze schafft, sondern er macht ja eigentlich mit der Politik, die er in Sachen Startbahn West vertritt, genau das Gegenteil. Der Bau der Startbahn West wird dazu beitragen, daß noch mehr rationalisiert wird und daß Arbeitsplätze verloren gehen. Von daher kann ich mich auf so einen Repräsentanten der Gewerkschaft nicht im positiven Sinne beziehen. Im übrigen – ich bin selber Mitglied der Gewerkschaft und ich finde auch, es sollten mehr Grüne Mitglied der Gewerkschaft sein und dort auch an der Basis eine Arbeit leisten in dem Sinne, daß in den Gewerkschaften auch eine Front aufgebaut wird gegen alle diese Funktionäre oder Gewerkschaftsführer, die überhaupt keine Politik im Interesse der Arbeiter machen, sondern das Gegenteil davon.

F.: Es wird auch weiterhin dieses Argument gegen die Grünen ins Feld geführt werden. Das weißt Du genauso-

positiv wendet und natürlich auch darüber hinausgehende Forderungen erhebt.

Wenn der Heinz Wolf (ÖTV-Vorsitzender Hessen) in irgendwelchen Papieren gegen die Grünen Stimmung macht, kann mich das zunächst mal gar nicht erschüttern, denn die Position, die der hat als Mitglied des Aufsichtsrats der FAG, die trägt ja gerade nicht dazu bei, daß er für die Kollegen im öffentlichen Dienst neue Arbeitsplätze schafft, sondern er macht ja eigentlich mit der Politik, die er in Sachen Startbahn West vertritt, genau das Gegenteil. Der Bau der Startbahn West wird dazu beitragen, daß noch mehr rationalisiert wird und daß Arbeitsplätze verloren gehen. Von daher kann ich mich auf so einen Repräsentanten der Gewerkschaft nicht im positiven Sinne beziehen. Im übrigen – ich bin selber Mitglied der Gewerkschaft und ich finde auch, es sollten mehr Grüne Mitglied der Gewerkschaft sein und dort auch an der Basis eine Arbeit leisten in dem Sinne, daß in den Gewerkschaften auch eine Front aufgebaut wird gegen alle diese Funktionäre oder Gewerkschaftsführer, die überhaupt keine Politik im Interesse der Arbeiter machen, sondern das Gegenteil davon.

F.: Es wird auch weiterhin dieses Argument gegen die Grünen ins Feld geführt werden. Das weißt Du genauso-

gut wie ich. Wer sich aber die Beschlußvorlage der hessischen Grünen für die beiden nächsten Programm-Landesversammlungen ansieht, wird dort sehen, daß der Tenor des Wirtschaftsteils – übrigens der umfangreichste der ganzen elf Teile – etwa ist: Schaffung gesellschaftlich nützlicher Arbeitsplätze, um eben der Arbeitslosigkeit in irgendeiner Weise Herr zu werden.

Zu dieser Sache mit Initiativen der Grünen für oder gegen diese einprozentige Kürzung im öffentlichen Dienst: Dagegen wird jetzt auf dem nächsten Landeshauptausschuß – das ist einer der Punkte, die ich dort einbringen werde – die Diskussion anstehen. Den grünen Fraktionen soll nahegelegt werden, in ihren örtlichen Parlamenten dagegen aktiv zu werden. Das sind Sachen, die bei den Grünen da sind, die da auch laufen.

Aber ist es nicht so, daß es einen Lernprozeß gibt bei den Grünen, das ist ja keine Schande, also auch Veränderungen der Position? Du sagst, in Eurer Beschlußvorlage ist der Wirtschaftsteil der ausführlichste, in dem Saarbrückener Programm ist er ja durchaus nicht der stärkste, sondern eher der kleinste, jedenfalls ein relativ wenig ausgeführter. Ähnliches gilt, wenn auch nicht im selben Umfang, für die Friedenspolitik.

F.: Meiner Meinung nach sind die beiden Punkte, die im Augenblick am stärksten bei den Grünen diskutiert werden und die auch im Landtagswahl-

Fortsetzung Seite 6

Wie Fortschritt in Friedensbewegung erreichen?

Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen (BAF) vom 19. bis 21. März in Osnabrück

sgü. Vom 16. bis 17. Januar fand in Osnabrück das letzte Vorbereitungstreffen für den Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF) statt. Anwesend waren um die hundert Teilnehmer, darunter allerdings die Vertreter aus verschiedenen Friedensinitiativen in der Minderheit. Vertreter von Organisationen wie Grüne, KB, KBW, ESG, SOdZDL, MG, Alternative Listen aus Hamburg und Göttingen, Gewaltfreie Aktion, Freie Arbeiterunion, Fight Back, christliche Gruppen waren gemeinsam mit Ökologie-, Anti-AKW-, autonomen und antiimperialistischen Gruppen in der Mehrheit. Diese recht zufällige Zusammensetzung, die keineswegs das gesamte Spektrum der Friedenskräfte repräsentierte, entwickelte sich dann auch zu einem Problem bei der Kongreßvorbereitung.

Koordination der Friedenskräfte oder der Antiimperialisten?

Unausgesprochen stand diese Frage hinter vielen Streitpunkten über Inhalt und Form des Kongresses. Gleich zu Beginn wurde der schon beschlossene Aufruf praktisch in Frage gestellt von Autonomen aus Wuppertal und antiimperialistischen Gruppen aus Norddeutschland. Sie versuchten, ihre – zwar berechtigten, aber dennoch sehr speziellen – Vorstellungen und Probleme zum Maß der Dinge zu machen. Z.B. gibt es jetzt neben einer Arbeitsgruppe zur Friedensbewegung und zum Internationalismus noch eine, die sich mit der Solidarität mit den bewaffneten Befreiungsbewegungen, v.a. in Westeuropa befaßt (gemeint waren hier INLA, ETA, Rote Brigaden bis hin zur RAF). Neben einer AG zur Rolle der BRD gibt es noch eine, die sich extra mit ökonomischen innerimperialistischen Widersprüchen zwischen BRD, Westeuropa und USA beschäftigt. Frei nach dem Motto: Jeder Gruppe mindestens eine Arbeitsgruppe auf dem Kongreß! Dies ist sicherlich nicht sehr förderlich für eine zielgerichtete Diskussion, und viele örtliche Gruppen werden wohl in den AG's mehr unter sich bleiben. Eine Ausrichtung des Kongresses an den tatsächlich breit vertretenen Diskussionsthemen in der Friedensbewegung und die Einladung von sachkundigen, evtl. prominenten Referenten wurde abgelehnt.

Hinter der ganzen, zeitweise kurz vor der Spaltung stehenden Auseinandersetzung standen m.E. zwei verschiedene Vorstellungen vom Kongreß. Manche bleiben lieber im linken Ghetto und bezeichnen nur diejenigen als Friedenskräfte, die den bewußten Kampf gegen den Weltimperialismus aufgenommen haben. Andere wollen v.a. die Vielzahl der neuen Friedensinitiativen ansprechen und eine Koordination möglich machen, gerade weil das Spektrum sehr breit ist.

27 Arbeitsgruppen – welche werden interessant?

Insgesamt wurden 27 Arbeitsgruppen eingerichtet:

1. Perspektiven der Friedensbewegung
2. Blockfreiheit, Neutralität
3. Atomwaffenfreie Zone
4. Einseitige Abrüstung, Entmilitarisierung
5. Innerimperialistische Gegensätze
6. Imperialistische Rolle der BRD (Schwerpunkt Mittelost)
7. SPD und Friedensbewegung
8. Gesundheitssicherstellungsgesetz
9. Frauen und Militarismus
10. Verweigerungskampagne, Ziviler Ungehorsam
11. Internationalismus der Friedensbewegung
12. Polen
13. Antiimperialistischer Kampf und Friedensbewegung, wie geht's weiter?
14. Soziale Verteidigung, Alternative Verteidigungskonzepte
15. Frieden schaffen ohne Waffen?
16. Infrastruktur der NATO und regionaler Widerstand
17. Anti-AKW- und Friedensbewegung
18. Krieg nach innen (Counterstrategy)
19. Strategie bis 1983
20. Friedenspädagogik

AG's zu Aktionen: 1. Startbahn West, 2. NATO-Herbstmanöver, 3. IDEE (Waffenelektronikmesse Hannover), 4. Garlstedt, 5. Reagan-Besuch, 6. Aktionstag im Herbst, 7. SPD-Parteitag.

Empfehlen will ich vor allem die AG's 2, 3, 4, 11, 12, 14 und 15. Diese beschäftigen sich einmal mit relevanten Strategien bzw. Problemen der Friedensbewegung, und zum anderen ist dort eine Auseinandersetzung auf hohem Niveau bei gründlicher Vorbereitung eher wahrscheinlich, denn es liegt in der Hand der verantwortlichen Gruppen, ob sie Referenten zu den Themen einladen. Die praktischen AG's, unter die ich auch die AG's 8, 10, 16, 19 und 20 rechne, weil sie dort ihren Schwerpunkt legen, sind sicherlich interessant. Bei dieser Fülle jedoch wird kaum eine Vereinheitlichung herauskommen, sondern eher Zersplitterung. Außerdem hat die Friedensbewegung sicherlich Anlässe genug, um aktiv zu werden. Das Problem liegt mehr auf dem Gebiet der Perspektiven. Dort sollen sich die ,,Autonomen'' von SPD- und DKP-Kräften unterscheiden, nicht am Ort der Demonstration.

Praktische Hinweise

Der Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen soll vom 19. bis 21. März in Osnabrück stattfinden. Vorbereitungsgruppe ist die Osnabrücker Friedensinitiative. Kontaktadresse für Anmeldung und Fragen: Gaby Nickstadt, Dielingerstr. 43, 4500 Osnabrück. Bis 13. Februar können zu den AG's maximal 3seitige Thesenpapiere erstellt werden. Am 13.2. findet in Osnabrück die Redaktion des Readers statt, der bis Anfang März verschickt wird. Auf Spenden bzw. Beiträge zur Finanzierung des Kongresses ist die Osnabrücker Friedensinitiative dringend angewiesen. Kennwort Spendenkonto Friedenskongreß, Detlef Schmidt, Stadtsparkasse Osnabrück, BLZ 3 207 255, Konto 265 500 01. Anmeldung ist erforderlich.

München. Das Aktionseinheitstreffen für eine Demonstration zum SPD-Parteitag am 17.4., an dem ca. 150 teilnahmen, vertagte sich auf das Treffen, zu dem von der Aktion Sühnezeichen zum 6.2.1982 eingeladen worden ist. Die Absicht der Jungsozialisten, ihren Aufruf als Grundlage den anderen Teilnehmern an der Demonstration aufzuzwingen, konnte vorläufig nicht durchgesetzt werden.

Am *30./31. Januar* findet in Köln ein bundesweites Treffen der Unterstützer der Kampagne für ein atomwaffenfreies Europa statt. Es sollen die Aktivitäten im laufenden Jahr besprochen werden (besonders die Stellung zum ,,Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen'' und das Treffen am 6./7. Februar), die Entwicklung in Polen und die Bedeutung für die Friedensbewegung sowie die zukünftige Koordinierungsform.

Für den *6./7. Februar* haben die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. zu einer Aktionskonferenz gegen Atomwaffen in Europa, insbesondere gegen neue Mittelstreckenraketen, eingeladen.



Auf der Demonstration am 10. Oktober in Bonn

Aussonderung iranischer, türkischer Studenten

Aktionen gegen den Ausländererlaß der Kultusministerkonferenz

jöf.Köln. Getrennte Eingänge an der Mensa für ,,Ausländer'' und ,,Deutsche'', Beauftragte des ,,Akademischen Ausländerüberwachungsamtes'' führen Kontrollen durch, über Lautsprecher wird bekanntgegeben, daß ,,um bedauerlichen Mißverständnissen vorzubeugen, die Studenten ständig ihren Studentenausweis mit ihrem amtli-

aus diesen Ländern, die die ,,liberale Politik der Förderung des Studiums für Ausländer'' gefährde, weil dadurch Studienbewerber aus anderen Ländern verdrängt würden. Tatsächlich aber beträgt der Anteil von ausländischen Studenten in der BRD nur 5,5%, während die gesetzlich vorgesehene Quote bei 8% liegt. Von ,,Verdrängung''

gungen nach Afrika getragen oder an der Ausbreitung des Kommunismus in Asien maßgeblich mitgewirkt haben ... Gerade in der BRD hat die Gruppe der iranischen Auslandsstudenten eine große Rolle bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung über ihr Heimatland gespielt.''

Viele ASten haben – ähnlich wie an

Veranstaltungen

Frankfurt
Veranstaltung des Arbeitskreises Dritte Welt über Uganda. Es spricht Dan Vadette Nobudere, Prof. der Ökonomie, mehrmals Minister, jetzt im Exil. Brotfabrik, Frankfurt-Hausen, Bachmannstr. 2–4
Samstag, 30.1.1982, 20.00 Uhr

Gelsenkirchen
Friedensforum: Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Lage in Polen. Es spricht: Gerd Koenen, Mitautor des Buches ,,Freiheit, Unabhängigkeit und Brot''. Gaststätte Schützenhaus, Hohenzollernstr. 32
Donnerstag, 28.1.1982, 19.30 Uhr

Gießen
Filmvorführung ,,Der Mann aus Marmor''. Von Andrzej Wajda, Polen 1976. Veranstaltung des Komitees ,,Solidarität mit Solidarność'' Gießen. Uni-Philosophikum, Hörsaal 1
Montag, 25.1.1982, 20.30 Uhr

Podiumsdiskussion über Solidarność und den Militärputsch. Veranstaltung des Komitees ,,Solidarität mit Solidarność'' Gießen. Uni-Hauptgebäude, Ludwigstraße
Donnerstag, 28.1.1982, 20.00 Uhr

Diavorführung mit Reisebericht über Zimbabwe im Herbst 1981. VfKK, Alicenstr. 4
Montag, 25.1.1982, 20.00 Uhr

Kiel

Vertreter des DGB. ESG-Mensa, Breul 43
Donnerstag, 28.1.1982, 19.30 Uhr

Offenburg
Bürgerinitiative Offenburg: Startbahn West, mit Film. Volkshochschule
Montag, 25.1.1982, 20.00 Uhr

Westberlin
Wohnungspolitische Tage, veranstaltet vom Berliner Mieterverein, der Berliner Mietergemeinschaft, Netzwerk und dem Evangelischen Bildungswerk. Fachhochschule für Wirtschaft, Badensche Str.
Freitag, 22.1., bis Sonntag, 24.1.1982

Protest- und Informationsveranstaltung gegen den Ausländererlaß, veranstaltet von der Aktionseinheit, mit Rednern von MBSE, GEW, einem Rechtsanwalt und Kulturprogramm. Technische Universität, Audi-Max
Freitag, 29.1.1982, 18.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe ,,Gesundheitspolitik''
Beginn: Samstag, 23.1.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24.1.1982, ca. 16.00 Uhr

Arbeitsgruppe I ,,Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus''
Behandelt wird auf dem Treffen das Sachverständigengutachten, der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und das Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik 1981.
Beginn: Samstag, 6.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 7.2.1982

speziellen – Vorstellungen und Probleme zum Maß der Dinge zu machen. Z.B. gibt es jetzt neben einer Arbeitsgruppe zur Friedensbewegung und zum Internationalismus noch eine, die sich mit der Solidarität mit den bewaffneten Befreiungsbewegungen, v.a. in Westeuropa befaßt (gemeint waren hier INLA, ETA, Rote Brigaden bis hin zur RAF). Neben einer AG zur Rolle der BRD gibt es noch eine, die sich extra mit ökonomischen innerimperialistischen Widersprüchen zwischen BRD, Westeuropa und USA beschäftigt. Frei nach dem Motto: Jeder Gruppe mindestens eine Arbeitsgruppe auf dem Kongreß! Dies ist sicherlich nicht sehr förderlich für eine zielgerichtete Diskussion, und viele örtliche Gruppen werden wohl in den AG's



Auf der Demonstration am 10. Oktober in Bonn

Aussonderung iranischer, türkischer Studenten

Aktionen gegen den Ausländererlaß der Kultusministerkonferenz

jöf.Köln. Getrennte Eingänge an der Mensa für ,,Ausländer'' und ,,Deutsche'', Beauftragte des ,,Akademischen Ausländerüberwachungsamtes'' führen Kontrollen durch, über Lautsprecher wird bekanntgegeben, daß ,,um bedauerlichen Mißverständnissen vorzubeugen, die Studenten ständig ihren Studentenausweis mit ihrem amtlichen Lichtbild mitführen sollten, um gegebenenfalls ihre deutsche Nationalität nachweisen zu können''. Diese gespenstische Szene spielte sich Anfang Dezember an der Mensa der TH Aachen ab. Der Vorfall war fingiert, nämlich eine Aktion des AStA gegen den Beschluß der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 20.3.81 über ,,Maßnahmen zur Verbesserung der Auswahl von ausländischen Studienbewerbern an Studienkollegs''. Dieser besagt, daß Studienbewerber aus den Ländern Iran, Türkei und Indonesien einen Studienplatz in ihrem Heimatland nachweisen müssen, um an einer westdeutschen Hochschule aufgenommen werden zu können. Zudem müssen die Indonesier ,,Unbedenklichkeitserklärungen'' ihrer Regierung vorweisen. Für Griechen, für die zunächst dasselbe galt, wurde der Beschluß abgemildert. Zudem ist eine Umwandlung von Touristenvisa in Visa zu Studienzwecken nicht mehr möglich. Dieser Beschluß ist reaktionär und zynisch zugleich. Die aus den betroffenen Ländern kommenden Studienbewerber werden selten einen Studienplatz im Heimatland vorweisen können. Im Iran sind die Hochschulen seit über einem Jahr geschlossen. Ansonsten besteht laut KMK sowieso ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der jährlichen Abiturienten und der Zahl der in diesen Ländern zur Verfügung stehenden Studienplätze, nämlich für den Iran 18 : 1, die Türkei 7 : 1, und Griechenland 5 : 1.

Die Kultusminister begründen ihre Maßnahme mit einem ,,außerordentlichen Andrang von Studienbewerbern'' aus diesen Ländern, die die ,,liberale Politik der Förderung des Studiums für Ausländer'' gefährde, weil dadurch Studienbewerber aus anderen Ländern verdrängt würden. Tatsächlich aber beträgt der Anteil von ausländischen Studenten in der BRD nur 5,5%, während die gesetzlich vorgesehene Quote bei 8% liegt. Von ,,Verdrängung'' kann also keine Rede sein (wobei es zudem ein qualitativer Unterschied ist, ob dies Bewerber aus den USA oder aus einem Entwicklungsland trifft, die einen nötigeren Bedarf an auszubildenden Wissenschaftlern haben und nicht quantitativ mit den USA gleichgesetzt werden können).

Offensichtlich geht es um etwas anderes: Denn in der Regel hat das BRD-Kapital ein höchst eigennütziges Interesse an der Ausbildung von Studenten aus der Dritten Welt, wie dies die FH-Rektoren in ihrer Erklärung feststellen: ,,Die BRD ist ein stark exportorientiertes Land ... Die deutsche Exportindustrie hat seit jeher einen zwar quantitativ schwer faßbaren, aber ohne Zweifel existierenden Vorteil daraus gezogen, wenn in den entsprechenden Heimatländern Verantwortliche mit deutscher Hochschulbildung wirtschaftliche und technische Entscheidungen zu treffen hatten ...'' Nun trifft die KMK-Maßnahme ganz bestimmte Länder, den Iran, die Türkei und Indonesien. Länder mit despotischen Regimes, in denen aber andererseits ein langandauernder Kampf für die Unabhängigkeit geführt wird, an dem sich große Teile der Intelligenz beteiligen. Daran hat die Regierung kein Interesse, deshalb die gezielte Aussonderung von Ausländern gerade aus diesen Ländern. Nicht von ungefähr bemerkt die ,,Deutsche Universitätszeitung'': ,,Welche Bedeutung hatte das Auslandsstudium für Ho Tschih Minh, Mao Tsetung, Nehru, Nkrumah und Sekou Toure? Ihre Namen stehen für zehntausende von Auslandsstudenten, die später die Unabhängigkeitsbewegungen nach Afrika getragen oder an der Ausbreitung des Kommunismus in Asien maßgeblich mitgewirkt haben ... Gerade in der BRD hat die Gruppe der iranischen Auslandsstudenten eine große Rolle bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung über ihr Heimatland gespielt.''

Viele ASten haben – ähnlich wie an der TH Aachen – Aktionen und Unterschriftensammlungen dagegen durchgeführt. Zu Recht bekämpfen die Studentenschaften den KMK-Beschluß *auch* deshalb, weil er latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit fördert, indem die nationale Herkunft zum Kriterium für den Hochschulzugang genommen wird, und weil es ein fortschrittliches Interesse ist, daß Ausländer aus der Dritten Welt hier studieren können, ,,um der Entwicklung ihres Landes zu nützen''. Die Uni Oldenburg und TU Berlin haben die Anwendung verweigert, die FH-Rektorenkonferenz hat die Rücknahme gefordert, Teile der Professorenschaft, wie in Aachen oder Bochum, wenden sich ebenfalls dagegen. Ansonsten verhalten sich die Rektoren eher zwiespältig, wie Ipsen (RUB Bochum) und Urban (TH Aachen), die verbal dagegen auftreten, den Beschluß aber teils verschärft umsetzen. Inzwischen sind in Umsetzung des KMK-Beschlusses der Wegfall aller Beihilfen und Abschlußstipendien nicht nur für Ausländer aus dem Iran oder der Türkei, sowie die Streichung der Sonderzuweisungen an die Studienkollegs beschlossen worden.

Behördliche Repressalien gegen Ausländer aus der Dritten Welt nehmen zu. Am 26.1. rufen die ASten der Uni und FH Köln, der Uni Bonn, Uni Düsseldorf, RUB Bochum und GHS Duisburg zu einer demonstrativen Aktion gegen KMK-Erlaß und Ausländerfeindlichkeit vor dem Düsseldorfer Kultusministerium auf. Weiter schlagen sie landesweite Demonstrationen für Mai, organisiert durch ASten und vds, vor.

Veranstaltungen

Frankfurt
Veranstaltung des Arbeitskreises Dritte Welt über Uganda. Es spricht Dan Vadette Nobudere, Prof. der Ökonomie, mehrmals Minister, jetzt im Exil. Brotfabrik, Frankfurt-Hausen, Bachmannstr. 2–4
Samstag, 30.1.1982, 20.00 Uhr

Gelsenkirchen
Friedensforum: Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Lage in Polen. Es spricht: Gerd Koenen, Mitautor des Buches ,,Freiheit, Unabhängigkeit und Brot''. Gaststätte Schützenhaus, Hohenzollernstr. 32
Donnerstag, 28.1.1982, 19.30 Uhr

Gießen
Filmvorführung ,,Der Mann aus Marmor''. Von Andrzej Wajda, Polen 1976. Veranstaltung des Komitees ,,Solidarität mit Solidarność'' Gießen. Uni-Philosophikum, Hörsaal 1
Montag, 25.1.1982, 20.30 Uhr

Podiumsdiskussion über Solidarność und den Militärputsch. Veranstaltung des Komitees ,,Solidarität mit Solidarność'' Gießen. Uni-Hauptgebäude, Ludwigstraße
Donnerstag, 28.1.1982, 20.00 Uhr

Diavorführung mit Reisebericht über Zimbabwe im Herbst 1981. VfKK, Alicenstr. 4
Montag, 25.1.1982, 20.00 Uhr

Kiel
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW: Diskussion über die Resolution des KBW zu den Wahlen, und: Kommunalwahlen März 1982. Gaststätte zum Fürsten, Wilhelmsplatz
Samstag, 30.1.1982, 15.00 Uhr

Köln
,,Afghanischer Abend'' des ,,Solidaritätskomitees für das afghanische Volk'', mit Filmvorführung und Diskussion. ESG, Bachemerstr. 27, Köln 41
Donnerstag, 28.1.1982, 19.30 Uhr

Münster
Solidaritäts- und Informationsveranstaltung zu Polen mit einem Vertreter von Solidarność, mit Heinz Brandt oder J. Moneta (ehem. Chefredakteur der Zeitung der IG-Metall, Mitbegründer der Initiative ,,Solidarität mit Solidarność''), Hans-Hermann Hücking (Pax Christi, Sozialistisches Osteuropa-Komitee), Reinhard Kössler (Institut für Soziologie, Münster) und mit einem Vertreter des DGB. ESG-Mensa, Breul 43
Donnerstag, 28.1.1982, 19.30 Uhr

Offenburg
Bürgerinitiative Offenburg: Startbahn West, mit Film. Volkshochschule
Montag, 25.1.1982, 20.00 Uhr

Westberlin
Wohnungspolitische Tage, veranstaltet vom Berliner Mieterverein, der Berliner Mietergemeinschaft, Netzwerk und dem Evangelischen Bildungswerk. Fachhochschule für Wirtschaft, Badensche Str.
Freitag, 22.1., bis Sonntag, 24.1.1982

Protest- und Informationsveranstaltung gegen den Ausländererlaß, veranstaltet von der Aktionseinheit, mit Rednern von MBSE, GEW, einem Rechtsanwalt und Kulturprogramm. Technische Universität, Audi-Max
Freitag, 29.1.1982, 18.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe **,,Gesundheitspolitik''**
Beginn: Samstag, 23.1.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24.1.1982, ca. 16.00 Uhr

Arbeitsgruppe I **,,Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus''**
Behandelt wird auf dem Treffen das Sachverständigengutachten, der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und das Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik 1981.
Beginn: Samstag, 6.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 7.2.1982

Arbeitsgruppe **,,Fragen der Friedensbewegung''**
Praktisch wird sich die bisherige Arbeitsgruppe ,,Krieg und Frieden'' neu konstituieren müssen. Auf dem Treffen soll das Buch ,,Frieden mit anderen Waffen'' (rororo aktuell 4939, 7,80 DM), das von jedem gelesen sein sollte, als Grundlage der Diskussion dienen. Daneben wird es notwendig sein, sich über die aktuelle Lage der Friedensbewegung, was einerseits die Bedeutung von Polen betrifft und andererseits die Vorbereitung verschiedener Aktivitäten für das Jahr 1982, zu verständigen.
Beginn: Samstag, 20.2., 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982

Die Arbeitsgruppen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstr. 147, Tel. 0611 / 730231. Dort ist in jedem Fall eine Anmeldung bis spätestens eine Woche vorher notwendig, da sonst nicht für Essen und Unterkunft gesorgt werden kann. Weitere Informationen sind dort ebenfalls zu erhalten.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)



Fortsetzung von Seite 4

Ökologie ist mehr ...

programm sich wie ein roter Faden durch die gesamte Beschlußvorlage ziehen, die Fragen Frieden und „In-den-Griff-Bekommen“ der Wirtschaftskrise.

D.: Wobei man noch dazusagen müß, daß diese Schwerpunktbildung beim Thema Frieden und Wirtschaft nicht nur in Hessen so ist, sondern daß bei den Grünen insgesamt dieses kommende Jahr unter dem Schwerpunkt der Wirtschaftsproblematik steht und daß dazu im Frühsommer ein Kongreß in Essen stattfinden wird, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, und auch die Bundesversammlung im Oktober hat das zum Schwerpunkt. Und das kann oder wird bedeuten, daß zum Beispiel über das hinaus, was im Bundesprogramm steht, Dinge dazu erarbeitet werden, oder daß das ausführlicher dargesellt wird.

Insgesamt meine ich zur Frage der Perspektive: Zum einen gibt es noch andere Bereiche, um die sich die Grünen intensiver kümmern müssen oder wo sie noch an sich arbeiten müssen. Ein Bereich z.B., wo meiner Ansicht nach die Grünen mehr aussagen müssen, ist der ganze Bildungs- und Kulturbereich. Da haben wir, meine ich, noch einige Defizite, da gibt es ungeklärte Positionen. Defizite in dem Sinn, daß da zu wenig ausgesagt ist oder nach außen gedrungen ist. Insgesamt müssen die Grünen deutlicher machen, als es vielleicht aus dem Programm hervorgeht, daß sie nicht nur eine ökologische Partei sind, sondern daß sie eine andere Gesellschaft anstreben und daß es, um diese Gesellschaft zu erreichen, langfristig gesehen auch notwendig ist, daß nicht nur in bestimmten Bereichen gesellschaftliche Reformen durchgeführt werden, sondern daß insgesamt eine Veränderung oder eine Umwälzung oder wie auch immer stattfinden muß. Daß dies notwendigerweise zusammenhängt mit dieser Struktur des kapitalistischen Gesellschaftssystems, denn daraus kann man meiner Ansicht nach diese ganzen Geschichten, die l.ier schief laufen, ableiten. Und das erfordert eben auch in einem viel stärkeren Maß, als das bisher geleistet wurde, sowohl von den Grünen als auch von allen linken, sozialistischen, kommunistischen Gruppen oder Parteien, daß man auch entsprechende Vorstellungen entwickelt, wie das aussehen soll. Das ist m.A. das Hauptproblem und darum kreisen eigentlich auch all die Auseinandersetzungen momentan, nicht nur bei den Grünen, sondern auch, wenn man das ganze linke oder alternative Spektrum nimmt.

Bewegt sich die Diskussion im großen und ganzen in diese Richtung? Es wären ja auch andere Entwicklungsrichtungen denkbar, z.B. daß man sagt: nicht solche utopischen Vorstellungen wälzen, sondern Umweltschutz jetzt.

F.: Also zu unseren Positionen hier, um es ganz klar zu sagen: Wir sind zwei Mitglieder des Landesvorstandes, und das heißt bei den Grünen, daß wir keinerlei Befugnis haben, ohne Abstimmung mit den anderen Mitgliedern des Landesvorstandes und – was noch wichtiger ist – mit dem Landeshauptausschuß (also der Vertretung aller hessischen Kreisverbände) – irgendwelche verbindlichen Aussagen über dieses Thema und Fragen über unser Bündnisverhalten u.a. zu machen. Ihr habt jetzt hier uns beide in den Redaktionsräumen und wir sagen, wie wir es einschätzen und wir können Euch sagen, daß über diese Fragen die Diskussion läuft. Und wenn Du Dir sie ansiehst und die Beschlußvorlage zum Landesprogramm liest, wirst Du z.B. sehen, daß im Bereich Natur und Umwelt alles dazu hinführt, daß das Verursacherprinzip das Wesentliche ist, ehe man das in den Griff bekommen kann. Also nicht irgendwelche Reparaturen von Staatsseite. Im Bereich direkte Demokratie soll das Prinzip der Volksabstimmung verankert werden, im Bereich Energie wird eine Entprivatisierung der EVUs gefordert. Das sind außerhalb des Programmteils „Wirtschaft“ Forderungen, die auf eine Veränderung, auf eine grundlegende Veränderung dieser Gesellschaft hinzielen.

Und das sind ja Fragen, die Ihr jetzt mit uns beiden diskutiert, die aber genauso zur Zeit bei den Grünen diskutiert werden.

Nochmal zur Ökologie: Das ist bei den Grünen, soweit ich es sehe, im Augenblick auch in der Diskussion: Ökologie heißt nicht einfach, den Fluß – oder heißt nicht alleine, den Flußlauf zu schützen und den Baum vor meiner Haustür und den Wald um die Ecke, sondern Ökologie heißt, Einblick zu bekommen in die gegenseitigen Abhängigkeiten, die es in der Gesellschaft gibt. Das heißt also in dem Bereich Wirtschaft, daß dort z.B. Kreislaufwirtschaft gefordert wird, das heißt, daß man ökologische Prinzipien auch im Bereich der Sozialpolitik verfechten kann, daß Ökologie eben nicht mehr allein identifiziert wird mit Naturschutz. Ökologie ist mehr als diese Fixierung.

D.: Ich komme ja aus der Bürgerinitiativen-Bewegung. An dem Beispiel Startbahn West, da hat es dieses Problem nie gegeben, dieses Auseinanderklaffen zwischen Ökologie und Ökonomie, sondern die Gewerkschaften vor Ort, das waren immer ganz aktive Träger dieses Widerstandes gegen die Startbahn, aus der Erkenntnis heraus, daß das Problem Arbeitsplätze halt nicht zu trennen ist von bestimmten Umweltbedingungen, die die Arbeiter brauchen, um sich in ihrer Freizeit zu reproduzieren. Und das bedeutet z.B. auch für die Grünen bei uns, daß es da immer einen Austausch und eine Zusammenarbeit und auch eine Wechselwirkung gegeben hat. Das soll aber nicht heißen, daß das überall so wäre. Es gibt durchaus auch Grüne, die – wie Du vorhin gesagt hast – die Gewerkschaften eingebunden sehen in so einen Systemzusammenhang, der für permanentes Wirtschaftswachstum eintritt, weil das allein Arbeitsplätze garantiere, und die von daher eine gewerkschaftsfeindliche Tendenz haben. Also diese Position gibt es bei den Grünen auch noch, obwohl ich finde, daß die in letzter Zeit nicht mehr so dominiert, wie das vielleicht mal am Anfang der Fall gewesen ist.

Auf jeden Fall gibt es da Probleme. Ich meine, Dinné zum Beispiel ...

F.: Dinné ist kein Mitglied der Grünen ...

... wird aber natürlich damit identifiziert. Ich sag ja nur, was das Problem ist. Dinné macht auf der Basis einer bestimmten weltanschaulichen Grundlage, die ja zumindest gewisse Affinitäten zu der der Grünen hat, eine fragwürdige Polemik gegen Sozialstaat oder so. Und es gibt da ja auch andere Punkte in dem ersten Programmentwurf, z.B. bei der Landwirtschaft oder ...

F.: Darüber möchte ich nicht diskutieren, nicht über Landwirtschaft und über „Gesundheit“ auch nicht, damit habe ich auch Schwierigkeiten und diskutiere es im Rahmen der Grünen.

Du weißt, worauf ich hinaus will, denn da ist das Verursacherprinzip als Kostenbeteiligung gefaßt oder auch die Selbstbeteiligung der Mieter an der Renovierung ...

F.: Vergiß diese Teile bitte!

Kannst Du trotzdem sagen, was daraus jetzt geworden ist?

F.: Zum Teil Gesundheit kam der Vorwurf, das würde zu einer Gesundheitsdiktatur führen, dazu hat es inzwischen mehrere Globalalternativen gegeben, und die bis jetzt vorliegende wird als Anhang in dieser Beschlußvorlage veröffentlicht, die hat also innerhalb der Programmkommission keine Mehrheit gefunden. Und auch andere Positionen. Man darf es nicht verschweigen, es gab auch bei den Grünen z.B. bei dem Teil „Ausländer“ eine Globalalternative, die von Fremdarbeitern, Hygiene, größerer Fruchtbarkeit, von Zumischung und ähnlichem sprach. Das sind natürlich Sachen, die m.E. innerhalb der Grünen nicht mehrheitsfähig sind. So etwas wird auch in dem Programm genausowenig Beachtung finden wie Positionen, die der Bremer Dinné im Sozialbereich vertreten hat.

Ich kenne Beispiele aus Darmstadt, wo diese Wählergemeinschaft gerade versucht hat, mit dem DGB z.B. über bestimmte Fragen zu sprechen, also über den Haushalt oder die Schulpolitik, und versucht hat, die Vorstellungen der organisierten Arbeiter, repräsentiert durch den DGB, innerhalb des Parlaments auch zu vertreten. Wie entwickeln sich da die Beziehungen?

F.: Leider in vielen Bereichen sehr schleppend, da es uns in vielen Gegenden Hessens eben nicht gelungen ist, dieses Politikmonopol der SPD bei den Gewerkschaften zu durchbrechen. Daß eben die Vorurteile der Gewerkschaften uns gegenüber doch noch zu sehr beeinflußt sind von der Meinungsmache der SPD gegen uns. Und daß bei uns Gewerkschaftler mitarbeiten, ist ein erster Schritt, und wir hoffen, daß es uns im Wahlkampf gelingt, wenn der DGB mit Wahlprüfsteinen an die Parteien herantreten sollte, auch klar zu machen, wie wir diesen Forderungen und Positionen gegenüberstehen. Dann wird es der SPD um einiges schwerer fallen, uns in dieser Weise weiter zu diffamieren.

Nochmal zu Euren Erwartungen in bezug auf die Landtagswahlen. Was ist gegen das Argument zu sagen, wer grün wählt, wählt Dregger? Welche Überlegungen über die Arbeit im Landtag selber macht man sich bei Euch?

F.: Wir gehen davon aus, daß wir in den Landtag einziehen werden und daß wir uns dort an keiner wie auch immer gearteten Koalition beteiligen werden. Das ist wohl bei den hessischen Grünen Konsens. Diese demagogischen Sprüche: Wer grün wählt, wählt Dregger, entbehren jeglicher Logik, denn *nicht wir* sind dafür verantwortlich, daß Dregger nahe dran ist, die 50% zu bekommen – Dregger zu verhindern, ist auch eines unserer erklärten Wahlziele –, sondern die gegenwärtige SPD-Politik, die eben dazu führt, daß es einzelnen Teilen der Bevölkerung als eine Möglichkeit erscheint, diesem gegenwärtigen Dilemma durch eine Wahl von Dregger zu entfliehen. Da sind wir nicht die Verantwortlichen, und es ist klar, daß wir im Parlament ...

Das Argument zielt aber darauf, daß Ihr zusätzlich *der SPD Stimmen wegnehmt, daß sie an die CDU sowieso verliert ...*

F.: Polemisch läßt sich darauf ganz klar sagen, wer *nicht* grün wählt, wählt evtl. Dregger, denn das Wichtige ist, daß die Grünen über 5% kommen, denn wenn die Grünen 4,9% bekommen sollten, dann würden diese 4,9% Dregger zugeschlagen werden aufgrund der Wahlarithmetik. Darum muß man dieses Argument genau umdrehen. Das zum einen. Dann, wie die Grünen sich verhalten werden im Parlament: Ich sagte schon, keine Koalition eingehen, und es wäre durchaus möglich, daß die Grünen einen Sozialdemokraten – nicht Börner, es gibt ja immerhin in Hessen-Süd so um die 90000 SPD-Mitglieder und in Hessen-Nord ja auch noch einige zehntausende – durchaus einen SPD-Mann als Ministerpräsidenten wählen würden, wenn er auf der Grundlage, daß die Startbahn nicht gebaut wird, daß die WAA und Biblis C auch nicht gebaut werden und daß Biblis A und B abgestellt werden, antreten würde. Das könnte ich mir vorstellen, ohne der Beschlußfassung der Grünen vorzugreifen, wo bei allen weiteren Sachfragen eben Punkt für Punkt entschieden wird. Aber eine Koalition wird es auf keinen Fall geben. Oder eine Stimme, wie auch immer geartet, für diese Atom- und Betonpolitik von Börner wird es auch nicht geben. Und die Grünen werden sich auch nicht auf Halbheiten einlassen: etwa Verhinderung der WAA ja, dafür Zustimmung zum Bau von Biblis. Das entspricht in keiner Weise grüner Politik, sich auf derlei Kompromisse einzulassen.

Es wird da keine Kungelei geben, und alle Verhandlungen, die die Grünen führen werden, werden auch öffentlich sein. Es wird also keine Geheimverhandlungen der Grünen geben. Das steht ja auch im Bundesprogramm. Auf allen Ebenen werden alle Sitzungen öffentlich sein.

Landeskonferenz der Grünen

Zwei Monate vor den Landtagswahlen in Niedersachsen

bem.Braunschweig. Kaum daß am 27.9.1981 die Kommunalwahlen in Niedersachsen stattgefunden haben, sind jetzt gegen Ende März die Landtagswahlen. In den Kommunalwahlen kamen Grüne und Alternative Listen auf Landesebene über 5 Prozent. In der Vorbereitung der Landtagswahlen kam es nicht zu großen Diskussionen, ob und wie man kandidieren sollte. Die Kräfte, die eine alternative Liste hätten zustande bringen können, wollten sich nicht darauf einlassen. Die Begründung war, daß sie in den Kommunalräten, wo man neu vertreten ist, genug zu tun haben. Aber auch viele Gruppen aus der demokratischen Bewegung sowie aus der Arbeiterbewegung sagten, ihnen sei der Nutzen der Landesparlamente nicht klar.

Die Grünen ersetzten Klarheit durch die Feststellung, daß sie kandidieren wollen. Sie legten fest, daß ihre Listen für unabhängige Kandidaten offen sind, was gut ist. Die Arbeitsgruppen der Grünen, die den Programmentwurf erarbeiteten, tagten öffentlich. Doch soweit mir bekannt ist, nahm keiner, der außerhalb der Grünen steht, daran teil. Dabei ist ein Programm herausgekommen, das schlechter ist, als z.B. das Programm der Grünen in Braunschweig zu den Kommunalwahlen. Dieses ist aber auch mit Unabhängigen erarbeitet worden. In welchem Ausmaß sich das jetzt auf der Landesdelegiertenkonferenz, die vom 15.1. bis 17.1.1982 in Salzgitter stattgefunden hat, geändert hat, liegt noch nicht vollständig vor.

Die Landesliste der Grünen ist dort aufgestellt worden. Bei der Kandidatensuche gab es größere Schwierigkeiten, so fand sich keiner aus der demokratischen oder Arbeiterbewegung, der als Unabhängiger kandidieren wollte. In Braunschweig z.B. brauchte man eine zweite Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Kandidaten. Dabei war die Hauptsache, daß überhaupt einer kandidierte, was auch kein guter Zustand ist. Die 130 Delegierten, die in Salzgitter tagten, vertreten ungefähr 3000 Mitglieder.

In der Wahlkampfplattform ist z.B. die Forderung nach ersatzloser Streichung des §218 gestrichen worden. Die Begründung auf der Konferenz war, daß durch die soziale Indikationslösung die Forderung überholt sei. Es gab auch Streit darum, ob man die monatlichen Diäten über 1800 DM abführt an den Ökologiefonds der Grünen. Ein Kandidat wollte sich nicht daran halten. Beschlossen ist dieses so. Erklärt wurde auch, daß die Grünen keinerlei Koalitionen im Landesparlament eingehen werden. Darüberhinaus stellte Gottschlich, Mitglied des Landesvorstandes der Grünen, fest, daß die Grünen ihre Aktivitäten nicht in den Parlamenten sehen würden, sondern außerhalb. Man kann schätzen, daß der Prozentsatz derjenigen, die nicht zur Wahl gehen, höher sein wird, daß die Grünen zwar genügend Stimmen kriegen werden, um über 5 Prozent zu kommen, aber die Abgehobenheit wächst, wenn nicht erklärt wird, wie man zu einer Frontbildung der demokratischen und Arbeiterbewegung kommt, und das dann auch getan wird.

Umschüler-Protest gegen Kürzungen

wos.Westberlin. Am 11.1. haben Umschüler und Rehabilitanten gegen die Kürzung ihrer Unterhaltsgelder protestiert. – Diese Kürzungen lagen zwischen 5 und 25% vom letzten Nettoverdienst. Kürzungen bei Renten- und Unfallversicherung wurden anschließend ebenfalls durchgeführt. Die Umschüler wollten Unterschriftenlisten im Arbeitsamt abgeben. Der Direktor: er selber finde die Kürzungen auch nicht gut, da alles neu ausgerechnet werden und die Kollegen samstags Überstunden machen müßten. Sowieso herrsche im Arbeitsamt wegen der steigenden Arbeitslosigkeit schon Personalknappheit. Die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung sei eine Farce. Das Arbeitsamt erhalte schließlich Bundesmittel; allein damit kann der Bund den Hahn abdrehen, und selbst wenn der Verwaltungsrat den Kürzungen nicht zugestimmt hätte, hätte er doch nichts an diesem Befehl aus Bonn ändern können.

Entstanden war diese Aktion aus einer Pressekonferenz, nachdem im Berufsförderungswerk die Gruppensprecherversammlung hierüber Beschluß gefaßt hatte. Es waren nicht nur die Sprecher von 30 Gruppen gekommen, sondern noch mal so viele aus neuen Kursen. Die von allen verabschiedete Resolution fängt mit dem Satz an: „Was würden Sie tun, wenn man Ihnen 25% Lohnsenkung zumuten würde?“ Unter den Umschülern wächst die Einsicht, daß sie Vertretungsrechte brauchen, Wahlen zum Betriebsrat etc. In Köln können Umschüler und Rehabilitanten schon Mitglieder der IG Metall werden, wie sie dort neben dem aktiven auch das passive Wahlrecht haben.

Landeskonferenz der Grünen
Zwei Monate vor den Landtagswahlen in Niedersachsen
Umschüler-Protest gegen Kürzungen
wos.Westberlin. Am 11.1. haben Umschüler und Rehabilitanten gegen die

Griff-Bekommen“ der Wirtschaftskrise.
D.: Wobei man noch dazusagen müß, daß diese Schwerpunktbildung beim Thema Frieden und Wirtschaft nicht nur in Hessen so ist, sondern daß bei den Grünen insgesamt dieses kommende Jahr unter dem Schwerpunkt der Wirtschaftsproblematik steht und daß dazu im Frühsommer ein Kongreß in Essen stattfinden wird, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, und auch die Bundesversammlung im Oktober hat das zum Schwerpunkt. Und das kann oder wird bedeuten, daß zum Beispiel über das hinaus, was im Bundesprogramm steht, Dinge dazu erarbeitet werden, oder daß das ausführlicher dargesellt wird.
Insgesamt meine ich zur Frage der Perspektive: Zum einen gibt es noch andere Bereiche, um die sich die Grünen intensiver kümmern müssen oder wo sie noch an sich arbeiten müssen. Ein Bereich z.B., wo meiner Ansicht nach die Grünen mehr aussagen müssen, ist der ganze Bildungs- und Kulturbereich. Da haben wir, meine ich, noch einige Defizite, da gibt es ungeklärte Positionen. Defizite in dem Sinn, daß da zu wenig ausgesagt ist oder nach außen gedrungen ist. Insgesamt müssen die Grünen deutlicher

welche verbindlichen Aussagen über dieses Thema und Fragen über unser Bündnisverhalten u.a. zu machen. Ihr habt jetzt hier uns beide in den Redaktionsräumen und wir sagen, wie wir es einschätzen und wir können Euch sagen, daß über diese Fragen die Diskussion läuft. Und wenn Du Dir sie ansiehst und die Beschlußvorlage zum Landesprogramm liest, wirst Du z.B. sehen, daß im Bereich Natur und Umwelt alles dazu hinführt, daß das Verursacherprinzip das Wesentliche ist, ehe man das in den Griff bekommen kann. Also nicht irgendwelche Reparaturen von Staatsseite. Im Bereich direkte Demokratie soll das Prinzip der Volksabstimmung verankert werden, im Bereich Energie wird eine Entprivatisierung der EVUs gefordert. Das sind außerhalb des Programmteils „Wirtschaft“ Forderungen, die auf eine Veränderung, auf eine grundlegende Veränderung dieser Gesellschaft hinzielen.
Und das sind ja Fragen, die Ihr jetzt

logie heißt nicht einfach, den Fluß – oder heißt nicht alleine, den Flußlauf zu schützen und den Baum vor meiner Haustür und den Wald um die Ecke, sondern Ökologie heißt, Einblick zu bekommen in die gegenseitigen Abhängigkeiten, die es in der Gesellschaft gibt. Das heißt also in dem Bereich Wirtschaft, daß dort z.B. Kreislaufwirtschaft gefordert wird, das heißt, daß man ökologische Prinzipien auch im Bereich der Sozialpolitik verfechten kann, daß Ökologie eben nicht mehr allein identifiziert wird mit Naturschutz. Ökologie ist mehr als diese Fixierung.
D.: Ich komme ja aus der Bürgerinitiativen-Bewegung. An dem Beispiel Startbahn West, da hat es dieses Problem nie gegeben, dieses Auseinanderklaffen zwischen Ökologie und Ökonomie, sondern die Gewerkschaften vor Ort, das waren immer ganz aktive Träger dieses Widerstandes gegen die Startbahn, aus der Erkenntnis heraus,

kutiere es im Rahmen der Grünen.
Du weißt, worauf ich hinaus will, denn da ist das Verursacherprinzip als Kostenbeteiligung gefaßt oder auch die Selbstbeteiligung der Mieter an der Renovierung ...
F.: Vergiß diese Teile bitte!
Kannst Du trotzdem sagen, was daraus jetzt geworden ist?
F.: Zum Teil Gesundheit kam der Vorwurf, das würde zu einer Gesundheitsdiktatur führen, dazu hat es inzwischen mehrere Globalalternativen gegeben, und die bis jetzt vorliegende wird als Anhang in dieser Beschlußvorlage veröffentlicht, die hat also innerhalb der Programmkommission keine Mehrheit gefunden. Und auch andere Positionen. Man darf es nicht verschweigen, es gab auch bei den Grünen z.B. bei dem Teil „Ausländer“ eine Globalalternative, die von Fremdarbeitern, Hygiene, größerer Fruchtbarkeit, von Zumischung und ähnlichem

Euch?
F.: Wir gehen davon aus, daß wir in den Landtag einziehen werden und daß wir uns dort an keiner wie auch immer gearteten Koalition beteiligen werden. Das ist wohl bei den hessischen Grünen Konsens. Diese demagogischen Sprüche: Wer grün wählt, wählt Dregger, entbehren jeglicher Logik, denn nicht wir sind dafür verantwortlich, daß Dregger nahe dran ist, die 50% zu bekommen – Dregger zu verhindern, ist auch eines unserer erklärten Wahlziele –, sondern die gegenwärtige SPD-Politik, die eben dazu führt, daß es einzelnen Teilen der Bevölkerung als eine Möglichkeit erscheint, diesem gegenwärtigen Dilemma durch eine Wahl von Dregger zu entfliehen. Da sind wir nicht die Verantwortlichen, und es ist klar, daß wir im Parlament ...
Das Argument zielt aber darauf, daß Ihr zusätzlich der SPD Stimmen wegnehmt, daß sie an die CDU sowieso verliert ...
F.: Polemisch läßt sich darauf ganz klar sagen, wer nicht grün wählt, wählt evtl. Dregger, denn das Wichtige ist, daß die Grünen über 5% kommen, denn wenn die Grünen 4,9% bekommen sollten, dann würden diese 4,9% Dregger zugeschlagen werden auf-

Spaniens Armeeführung umgebildet

kvz. Überraschend und ohne sonderlich plausible öffentliche Erklärung hat die spanische Regierung alle vier Chefs des Generalstabs der Streitkräfte abgelöst und ihre Posten neu besetzt. Die vier abgelösten Generalstabschefs betonten ihr Einverständnis mit der Maßnahme. Alle vier galten als loyal zur Verfassung; zuletzt verurteilten sie in einem Tagesbefehl im Dezember die „Erklärung der Hundert", eine öffentliche Erklärung rechtsgerichteter Offiziere. Durch solche Maßnahmen haben sie sich offenbar bei den rechten Aktivisten und der „schweigenden Mehrheit" der spanischen Armee unbeliebt gemacht. Eine verbreitete Deutung der Maßnahme ist, daß die Regierung die Generäle, die bei den Ultrarechten in Mißkredit geraten waren, rechtzeitig vor dem für Februar angesetzten Prozeß gegen die Führer des Putschversuchs vom 23. Februar letzten Jahres ersetzen wollte, um die Konfrontation in der Armee zu mildern. Die neuernannten Stabschefs werden allerdings politisch ähnlich eingestuft wie die abgesetzten. Inzwischen ist der Prozeß gegen die Putschisten zum drittenmal, diesmal auf März, vertagt worden. Die Anzeichen mehren sich, daß die Regierung gegenüber dem Druck aus den Kasernen zurückweicht. Anscheinend gibt es auch Bestrebungen, die Stellung des Königs zu unterminieren. Anfang des Jahres mußte er sich jedenfalls gegen gezielte Gerüchte aus der Armee verwahren, er sei am Putschversuch beteiligt gewesen.



Hrsg.: Kampuchea Solidaritäts-Komitee/Köln
c/o. Rudolf Heinrichs, Hubertusstraße 15, 5040 Brühl

Nr. 12/81 enthält Artikel zur aktuellen Lage, einen Reisebericht von Jürgen Horlemann, ein Interview mit Ieng Sary sowie Berichte über die Kampuchea-Konferenz in Tokio.

32 Seiten / Best.-Nr. 0013 / 3 DM

zu beziehen über
Buchvertrieb Hager
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11



Hrsg.: Kampuchea Solidaritäts-Komitee/Köln
c/o. Rudolf Heinrichs, Hubertusstraße 15, 5040 Brühl

Nr. 12/81 enthält Artikel zur aktuellen Lage, einen Reisebericht von Jürgen Horlemann, ein Interview mit Ieng Sary sowie Berichte über die Kampuchea-Konferenz in Tokio.

32 Seiten / Best.-Nr. 0013 / 3 DM

zu beziehen über
Buchvertrieb Hager
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11

Terror und Hungersnot auf Osttimor

kvz. Übereinstimmend haben der Apostolische Administrator von Dili auf Osttimor, der dort das Amt des katholischen Bischofs vertritt, und Vertreter des Landesparlaments von Osttimor über eine drohende Hungersnot und Grausamkeiten der indonesischen Streitkräfte berichtet, die das Land seit der Annexion durch Indonesien 1976 besetzt halten. Schon 1978/79 hatte es auf der Insel eine Hungersnot gegeben. Nach Angaben der Neuen Züricher Zeitung (16.1.) wurde die Zahl der Opfer im benachbarten Australien auf 200000 bis 300000 geschätzt; die Gesamtzahl der Einwohner Osttimors wird auf knapp 600000 beziffert. Jetzt droht eine neue Hungersnot, nachdem alle gesunden einheimischen Männer zwischen 15 und 50 Jahren von den indonesischen Streitkräften für die Jagd auf die Guerillas der Befreiungsorganisation Fretelin zwangsrekrutiert worden waren, wobei viele erkrankt oder verhungert sein sollen und wodurch in den Dörfern die Arbeitskräfte fehlen. Das indonesische Militär bereichert sich auch an Regierungszuschüssen und ausländischer humanitärer Hilfe und terrorisiert mit zahlreichen Verhaftungen, Morden und Folterungen die Bevölkerung. Das Zeugnis der zwei Dutzend Abgeordneten des „Landesparlaments" von Osttimor, die sich in einer Petition an „Vater Suharto" (den indonesischen Präsidenten) wenden, ist auch deswegen bemerkenswert, weil dieses Landesparlament faktisch von Indonesien eingesetzt worden ist und die Abgeordneten alle sorgfältig auf Treue zu Indonesien geprüft worden sind.

Lateinamerika-Wochen 23.1. – 6.2.1982 in Frankfurt

Samstag, 23.1.1982, 11.00, Podiumsdiskussion: Theorie und Praxis der Linken (eingeladen: Meschkat, Mires, d'Alessio, Castro, Lewy), ESG, Lessingstr. 2, anschließend AGs
Sonntag, 24.1., 9.30, Plenardiskussion, ESG
Sonntag, 24.1., 19.30, Theaterstück von P. Lehmann, ESG
Montag, 25.1., 19.30, Chile-Veranstaltung, KSG, Beethovenstr. 28
Dienstag, 26.1. 19.30, El Salvador-Veranstaltung, KSG
Donnerstag, 28.1., 19.30, Nicaragua-Veranstaltung, KSG
Freitag, 29.1., 19.30, Bolivien – Gewerkschaften, KSG
Samstag, 30.1., 14.30, Wirtschaft in Lateinamerika am Beispiel Peru, KSG
Dienstag, 2.2., 19.30, Rolle des Militärs am Beispiel Argentinien, KSG
Donnerstag, 4.2. 19.30, Guatemala, KSG
Freitag, 5.2., 19.30, Kolumbien, KSG
Samstag, 6.2., 19.30, Diskussion über Solidaritätsarbeit, ESG, ab 20.00: Fest

Treue zu Indonesien geprüft worden sind.

Lateinamerika-Wochen 23.1. – 6.2.1982 in Frankfurt

Samstag, 23.1.1982, 11.00, Podiumsdiskussion: Theorie und Praxis der Linken (eingeladen: Meschkat, Mires, d'Alessio, Castro, Lewy), ESG, Lessingstr. 2, anschließend AGs
Sonntag, 24.1., 9.30, Plenardiskussion, ESG
Sonntag, 24.1., 19.30, Theaterstück von P. Lehmann, ESG
Montag, 25.1., 19.30, Chile-Veranstaltung, KSG, Beethovenstr. 28
Dienstag, 26.1. 19.30, El Salvador-Veranstaltung, KSG
Donnerstag, 28.1., 19.30, Nicaragua-Veranstaltung, KSG
Freitag, 29.1., 19.30, Bolivien – Gewerkschaften, KSG
Samstag, 30.1., 14.30, Wirtschaft in Lateinamerika am Beispiel Peru, KSG
Dienstag, 2.2., 19.30, Rolle des Militärs am Beispiel Argentinien, KSG
Donnerstag, 4.2. 19.30, Guatemala, KSG
Freitag, 5.2., 19.30, Kolumbien, KSG
Samstag, 6.2., 19.30, Diskussion über Solidaritätsarbeit, ESG, ab 20.00: Fest

Kontakt: Ulrike Hammer, Tel. 748077

„Niemand hört die Schreie unseres Volkes"

schreiben haitische Flüchtlinge auf Puerto Rico / Wie lange lebt der Lebenszeit-Präsident?

cof. „Die touristischen Einrichtungen, wie Straßen, Hotels, Nachtleben usw. sind sehr gut, im Vergleich mit den anderen karibischen Ländern ist Haiti ein ‚billiges' Reiseland", teilt uns der Polyglott-Reiseführer über das westindische Ferienparadies mit den herrlichen Stränden und der einstmals reichsten Stadt der Karibik mit.

„Zu immer größerer Bedeutung gelangen lohnintensive Betriebe mit Fertigungen für ausländische Rechnung. Geschickte und billige Arbeitskräfte stehen in genügendem Ausmaß zur Verfügung; der Mindestlohn beträgt 1,30 $ pro Tag ... Neue Industrien werden durch besondere Zoll- und Steuervorteile gefördert: Steuerbefreiung für die ersten fünf Jahre der Tätigkeit und Ermäßigung der Besteuerung in gestaffelten Prozentsätzen für die nächsten fünf Jahre; Befreiung von der jährlich zu zahlenden Gewerbelizenz für die ersten zehn Jahre; Befreiung der Ausländer von den zu entrichtenden Gebühren für die Aufenthaltsgenehmigung für das erste Jahr; Zollbefreiung für die zur Errichtung des neuen Industriebetriebs importierten Maschinen, Geräte, Ersatzteile und Fahrzeuge sowie für die erforderlichen Rohmaterialien und Hilfsstoffe. Neue Industrien, die sich in einem Industriepark (nur Exportproduktion) niederlassen, genießen außerdem noch zusätzliche Vorteile (8 Jahre steuerfrei). Der Anlage von Auslandskapital stehen keine gesetzlichen Schwierigkeiten entgegen", schreibt die Bundesstelle für Außenhandelsinformation 1976 – und vermerkt die für Ausländer hohen Lebenshaltungskosten (1 kg Brot 1 $, 1 Pfund Butter 2,33 $, 1 Pfund Reis 1,13 $, 1 Pfund Fleisch 3,30 $).

Jetzt kommt dies wunderbare Land ins Gerede – nicht wegen des unermeßlichen Elends der Bauern und Saisonarbeiter, die sich wie Sklaven z.B. während der Zuckerrohrernte in die benachbarte Dominikanische Republik verkaufen müssen, nicht wegen der Analphabetenrate von 85%, nicht wegen der Hungersnöte oder der Kindersterblichkeit (ca. 200 von 1000) und auch nicht wegen der Massaker, Deportationen, Landenteignungen und der Folter in den Gefängnissen – es heißt, daß die Hälfte der politischen Gefangenen die erste Gefängniswoche nicht überlebt –, sondern weil „Baby Doc" (Jean Claude Duvalier, selbsternannter Präsident auf Lebenszeit) mal wieder einen Putschversuch überstanden hat, mit Hilfe der Armee und seiner „Leoparden", den „Freiwilligen für nationale Sicherheit". 60 Tote soll es dabei gegeben haben, vier der festgenommenen Putschisten seien im Gefängnis ihren Verletzungen erlegen – sagt die Regierung.

Die Duvaliers haben Grund, sich zu fürchten, denn wo sollten im letzten Hemd die 600 Mio. $ Platz finden, die sich so nett durch Abzweigung von schätzungsweise 40% der ausländischen Hilfe für eines der ärmsten Entwicklungsländer auf europäischen Bankkonten angesammelt haben? Aber eines, so scheint es, braucht „Baby" nicht zu fürchten: daß die uneigennützige Hilfe aus dem Norden versiegt. Gerade jetzt wurden Verhandlungen mit dem IWF aufgenommen, der aufgrund des hohen Zahlungsbilanzdefizits – die Exporterlöse decken gerade 54% der Importe – ein Abkommen mit Haiti aus dem Jahre 1978 suspendiert hatte. Durch weitere Hilfsmaßnahmen soll „das Vertrauen wiederhergestellt werden", meinte der Haiti-Spezialist des State-Departments und gab damit zu, daß die knappe Milliarde Dollar, die in den letzten 3 Jahren von den USA, Kanada, der BRD, Frankreich und Israel für Entwicklungsprojekte zur Verfügung gestellt wurde, den Bedarf der herrschenden Oligarchie offenbar nicht zu decken vermochte. Extra-Unterstützung wurde inzwischen für die „Leoparden" zur „Terroristen"- und Guerilla-Bekämpfung in Aussicht gestellt.

Mag Haiti für die USA auch wirtschaftlich ein Floh sein, für die „nationale Sicherheit" ist Reagan nichts zu teuer, schließlich strebt man auch den Erwerb haitischer Inseln zur Errichtung weiterer Militärbasen an. Schon jetzt wird in der Karibik, dem „offenen Tor zum Atlantik", hauptsächlich der U-Boot-Krieg geübt; um die Zufahrtsstraßen zum Panama-Kanal gegen den Angriff – damals deutscher – U-Boote zu schützen, wurde Haiti schon einmal 1915 von den USA besetzt, die sich bis 1934 nicht von diesem geostrategisch wichtigen Vorposten trennen konnten.

Doch keine Freude ist ungetrübt, und Florida ist auch nicht mehr das, was es mal war – haben sich die Vereinigten Staaten doch den Konfliktstoff vor ihrer Tür mittlerweile ins eigene Haus geholt: Trotz der scharfen Kontrollen der Küstenwacht und durch Suchflugzeuge der US-Marine gelang in den letzten Jahren Hunderttausenden von „boat-people" aus Haiti die Flucht in die Staaten. 1000 bis 2000 $ haben sie dafür bezahlt. Aber nun, nicht ertrunken und nicht von den US-Behörden in die heimatlichen Gefängnisse zurückgebracht, erwartet sie keineswegs ein menschenwürdiges Leben. Auf politisches Asyl dürfen ganz wenige hoffen, die vielen anderen haben Glück, wenn sie für 40 $ die Woche eine Schwarzarbeit in einer Molkerei in Texas oder auf einer Plantage finden. Selbst die Privilegierten verdienen als Fachkräfte nicht mehr als die Hälfte ihrer weißen Kollegen. Tausende aber werden hinter Stacheldraht in Flüchtlingslagern in Miami und Puerto Rico festgehalten, die man in Amerika mit Konzentrationslagern vergleicht. Unter diesen Bedingungen entwickeln sich die haitische Opposition im Ausland und die Unterstützung zahlreicher Komitees, die für das Recht auf Asyl und Gerechtigkeit in Haiti eintreten, in den letzten zwei Monaten wirklich sprunghaft. Am 12. Dezember demonstrierten 6000 in Washington und 5000 in Puerto Rico für die gefangenen Flüchtlinge. Am Wochenende davor hatten sich zum ersten Mal auf Einladung haitischer Exilorganisationen und der Organisation für die Rechte der Landarbeiter Floridas 150 Delegierte von 45 Gruppen aus 11 amerikanischen Ländern getroffen. Zehntausende von Puertoricanern stellten Silvester für die Haitianer Kerzen vors Fenster, parallel zur Aufforderung Reagans, dies als Zeichen des Protests gegen das Kriegsrecht in Polen zu tun.



2500 demonstrierten am 2. Januar in Brooklyn gegen die unmenschliche Behand

sätzliche Vorteile (8 Jahre steuerfrei). Der Anlage von Auslandskapital stehen keine gesetzlichen Schwierigkeiten entgegen", schreibt die Bundesstelle für Außenhandelsinformation 1976 – und vermerkt die für Ausländer hohen Lebenshaltungskosten (1 kg Brot 1 $, 1 Pfund Butter 2,33 $, 1 Pfund Reis 1,13 $, 1 Pfund Fleisch 3,30 $).

Jetzt kommt dies wunderbare Land ins Gerede – nicht wegen des unermeßlichen Elends der Bauern und Saisonarbeiter, die sich wie Sklaven z.B. während der Zuckerrohrernte in die benachbarte Dominikanische Republik verkaufen müssen, nicht wegen der Analphabetenrate von 85%, nicht wegen der Hungersnöte oder der Kindersterblichkeit (ca. 200 von 1000) und auch nicht wegen der Massaker, Deportationen, Landenteignungen und der Folter in den Gefängnissen – es heißt, daß die Hälfte der politischen Gefangenen die erste Gefängniswoche nicht überlebt –, sondern weil „Baby Doc" (Jean Claude Duvalier, selbsternannter Präsident auf Lebenszeit) mal wieder einen Putschversuch überstanden hat, mit Hilfe der Armee und seiner „Leoparden", den „Freiwilligen für nationale Sicherheit". 60 Tote soll es dabei gegeben haben, vier der festgenommenen Putschisten seien im Gefängnis ihren Verletzungen erlegen – sagt die Regierung.

nale Sicherheit" ist Reagan nichts zu teuer, schließlich strebt man auch den Erwerb haitischer Inseln zur Errichtung weiterer Militärbasen an. Schon jetzt wird in der Karibik, dem „offenen Tor zum Atlantik", hauptsächlich der U-Boot-Krieg geübt; um die Zufahrtsstraßen zum Panama-Kanal gegen den Angriff – damals deutscher – U-Boote zu schützen, wurde Haiti schon einmal 1915 von den USA besetzt, die sich bis 1934 nicht von diesem geostrategisch wichtigen Vorposten trennen konnten.

ten 6000 in Washington und 5000 in Puerto Rico für die gefangenen Flüchtlinge. Am Wochenende davor hatten sich zum ersten Mal auf Einladung haitischer Exilorganisationen und der Organisation für die Rechte der Landarbeiter Floridas 150 Delegierte von 45 Gruppen aus 11 amerikanischen Ländern getroffen. Zehntausende von Puertoricanern stellten Silvester für die Haitianer Kerzen vors Fenster, parallel zur Aufforderung Reagans, dies als Zeichen des Protests gegen das Kriegsrecht in Polen zu tun.



2500 demonstrierten am 2. Januar in Brooklyn gegen die unmenschliche Behandlung der Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten

Kommunistische Parteien des Westens orientieren sich neu

Von Bernhard Peters

Als die Sowjetunion 1956 ein bewaffnetes Eingreifen in Polen androhte und in Ungarn kurz darauf verwirklichte, führte das (zusammen mit den Enthüllungen des XX. Parteitags der KPdSU über die Stalin-Periode) zu einer schweren Krise der kommunistischen Parteien im Westen und gab ihnen einen gewaltsamen Anstoß, ihr Verhältnis zur Sowjetunion und zur KPdSU zu überdenken. Zu offenen Protesten gegen das sowjetische Vorgehen gelangten sie noch nicht. Anders beim Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR 1968. Zwar war vor allem die KP Italiens, aber schließlich auch (1966) die KP Frankreichs, schon vorher mit öffentlicher Kritik an der Unterdrückung demokratischer und persönlicher Freiheiten in der Sowjetunion hervorgetreten – jetzt aber kritisierten die KPI, die KPF und die KP Spaniens zum ersten Mal in aller Schärfe eine Aktion der Sowjetunion, die nicht mehr bloß als einzelner Fehler oder „Abweichung" bezeichnet werden konnte, sondern die Frage nach der politischen Konzeption der KPdSU und dem Charakter des sowjetischen Systems aufwarf. Das führte zur klaren Ablehnung der Führungsrolle der KPdSU (eine Position, die die KPI schon in den fünfziger Jahren unter Togliatti entwickelt hatte). Es führte – vor allem bei der KPI und der KP Spaniens – zu einer immer deutlicheren Kritik am undemokratischen und repressiven Charakter des politischen System der Sowjetunion, zur Ablehnung des Ein-Parteienstaats und auch des Führungsmonopols einer Partei, zur Betonung schließlich der Notwendigkeit der Selbstverwaltung in den Produktionsstätten und der Notwendigkeit von unabhängigen Gewerkschaften.

Die Kritik an der Sowjetunion blieb aber immer in einem Paradox befangen: Die (später so benannten) eurokommunistischen Parteien bestanden auf der „Wesenseinheit von Demokratie und Sozialismus" – stellten aber den sozialistischen Charakter der von ihnen doch als undemokratisch angegriffenen politischen und gesellschaftlichen Systeme der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder nicht grundsätzlich in Frage.

In der Folge entwickelten sich unterschiedliche Positionen: Die KP Spaniens brach nach den Säuberungen in der KP der CSSR unter der russischen Okkupation die Beziehungen zu dieser Partei ab und beendete die „bevorzugten" Beziehungen zur KPdSU, während die KP Frankreichs die „Normalisierung" in der CSSR begrüßte. Der letzte Parteitag der KPF zog 1979 eine „insgesamt positive Bilanz" der von der Oktoberrevolution ausgehenden Entwicklung im Osten; wenig später unstützte die KPF die sowjetische Intervention in Afghanistan. Gegen solche Schwankungen war die KPI gefeit; sowohl im Fall von Afghanistan wie im Falle Polens hat sie von Anfang an gegen die sowjetische Politik Stellung bezogen. Aber noch auf dem 15. Parteitag der KPI (1979) sprach ihr Generalsekretär Berlinguer von „gesicherten Transformationen und Errungenschaften, die in der Sowjetunion, in den sozialistischen Ländern und in einem großen Teil der Welt auf sozialistischer Basis erreicht worden sind"; bezogen vor allem auf die Transformation des Privateigentums in das angeblich überlegene Staatseigentum und die Industrialisierung. Solche Urteile waren allerdings in der KPI schon umstritten, und die polnischen Ereignisse haben der Diskussion neue Anstöße gegeben.

Nach dem Gewaltstreich in Polen sieht die Sowjetunion nur noch wenige KPs im Westen auf ihrer Seite: die KP Portugals, die KP Griechenlands (Inland), einige kleine Parteien, unter denen die DKP noch die bedeutendste ist; schließlich die KP Frankreichs, die sich zwar nicht ausdrücklich hinter die Maßnahmen des polnischen Militärregimes gestellt, aber der „Solidarität" die Schuld gegeben und jede Verantwortung der Sowjetunion geleugnet hat. Für einen Teil ihrer Mitgliedschaft bleibt immer noch die Identitätsfindung durch Orientierung an alten Mythen gesichert; aber die Isolation der KPF hat sich verstärkt, und in ihren eigenen Reihen ist massiver, offener Widerspruch entstanden, wie es ihn bisher noch nie gegeben hat.

Die Kommunistischen Parteien der Niederlande, Belgiens, Großbritanniens, der Schweiz, Schwedens und Japans haben scharf gegen die Unterdrückung Polens protestiert. Die meisten dieser Parteien nehmen Positionen ein, die denen der KPI und der KP Spaniens entsprechen. Das ZK der KP Spaniens hat (zum ersten Mal seit langer Zeit einstimmig) ein Dokument verabschiedet, das im Inhalt im Wesentlichen der Resolution der Direktion der KPI (siehe KVZ 2/82) entspricht. Das ZK der KPI hat diese Resolution vergangene Woche nach mehrtätiger Debatte mit 217 gegen 1 Stimme, bei 2 Enthaltungen, unterstützt.

Das Dokument der KPI geht an wichtigen Punkten über die bisherige offizielle Position hinaus. Es formuliert eine *globale* Absage an den „sowjetischen Weg"; der Bruch mit der KPdSU, obwohl formell nicht vollzogen, dürfte damit *faktisch* endgültig sein. Die Kritik des sowjetischen Modells sprengt das bisherige Schema: „Jede Trennung zwischen Sozialismus und Demokratie, zwischen Formen des Eigentums und der gesellschaftlichen Kontrolle der Produktionsmittel und Formen der demokratischen Organisation der politischen Macht ist unannehmbar". Es äußert sich aber nicht klar zu historischen Entwicklung der Sowjetunion selbst und zur internationalen Rolle der SU, und läßt offen, wieweit die darin vertretene Position eine Korrektur früherer Auffassungen der KPI darstellt. Berlinguer und andere ZK-Mitglieder sind in der Diskussion schon weitergegangen.

Die bisherige Position der KPI zum „sozialistischen Lager" ist damit weitgehend unterhöhlt, ebenso die der KP Spaniens; die Diskussion um eine Neubestimmung ist eröffnet.

Ägypten nach Sadat – oder wie man auch seine Toten ehren kann

Erste Eindrücke nach der Rückkehr aus Ägypten Mitte dieses Monats. Die Atmosphäre ist entspannt und zugleich voller vorsichtiger Erwartungen. Sadat ist tot – das sehen die Leute als Ende eines Alptraumes an, der in der Verhaftungswelle nach links und rechts von Anfang September für sie einen schreckenerfüllten Höhepunkt erreicht hatte. Die Linken halten ihn für einen Verräter der nationalen Sache, die Moslembrüder stimmen mit ihnen in diesem Urteil überein, die Kopten, die ca. 8% der Bevölkerung bilden, werfen ihm vor, daß er religiösen Haß und islamischen Fanatismus geschürt habe, die Mittelschicht hat sich enttäuscht von ihm abgewandt, nachdem sie ihre Blütenträume vom Wohlstand durch Öffnung des Landes für den US-Imperialismus nicht hat verwirklichen können und wirft ihm jetzt auch nationalen Verrat und Korruption vor. Für die Massen haben die zehn Jahre Sadatsches Regiment das Elend in einem unbeschreiblichen Maße vergrößert – die bescheidenen Errungenschaften der Bauern nach dem Offiziersputsch von 1952 (s. Kasten) wurden rückgängig gemacht. Der Anstieg der Reallöhne wird von einer Inflationsrate von über 30% verschlungen, die Reprivatisierung der Wirtschaft, die Installierung eines freibeuterischen parasitären Kapitalismus haben die Masse der 40 Mio. Ägypter unter die Willkür einer dünnen Schicht von Parasiten und Agenten des imperialistischen Kapitals unterworfen. Es sind diese Fetten Katzen, die Sadat nachheulen. Sie sind noch einflußreich. Das hat die Kabinettsumbildung gezeigt: Fuad Mouhieddin, der neue Ministerpräsident, Großgrundbesitzer, ist einer von ihnen, ein scharfer Gegner Mubaraks.

chm. Manchmal hatte ich das Gefühl, eine Naturkatastrophe hätte das Land seit 1971 befallen, die mit dem 6. Oktober 1981 endlich ihr Ende gefunden hatte. „*Er* ist an allem schuld gewesen," ohne Wegbereiter und ohne Komplizen. „Wenn Du vor dem 6. Oktober hier gewesen wärst, wärst Du auch von der allgemeinen Depression befallen worden, die uns alle ergriffen hatte". Oder: „Seitdem *er* tot ist, können wir wieder freier atmen", oder – ein koptisches Mitglied der linken Sammlungsbewegung – „Die religiösen Auseinandersetzungen (zwischen Kopten und Moslems, die immerhin an die 200 Tote gefordert haben, chm) sind mit ihm gestorben, er hat sie geschürt". Und wie immer in Ägypten – das, was man eigentlich meint, wird in Witze gekleidet: Mubarak wird gefragt, wie man den toten Sadat waschen solle, mit Wasser oder Alkohol. Antwort Mubaraks: Seid ihr verrückt – mit Alkohol, damit er wiederaufersteht?

Es stimmt nicht, daß die Erinnerung an Sadat verblaßt ist oder gar unterdrückt wird, es wird ein überlebensgroßes Image aufgebaut – ein negativer Totenkult ist im Entstehen –, der von dem Nachfolger auch fleißig unterstützt wird mit Gesten und Handlungen, die sich gegen die Politik, aber auch – und darauf starren die Leute am meisten – gegen die Selbstherrlichkeit des Sadatschen Clans richten, ohne dabei grundsätzliche Änderungen der politischen und ökonomischen Orientierung des Landes vorzunehmen.

„Allah yichrib Beitak – Allah möge dein Haus zerstören"

Mit großem Geschick verkündete der neue ägyptische Präsident, daß die Ebene um die Pyramiden und die Sphinx freigemacht werde von den dort wildwuchernden Privatvillen – Vorboten des von Frau Sadat betriebenen Verkaufs der Pyramidenebene an einen amerikanischen Touristikkonzern, der dort Villen, Zelte und Touristenlokale aufbauen sollte. Es sollte ein Pachtvertrag auf 99 Jahre abgeschlossen werden – mit all den noch lebendigen Assoziationen an die Verpachtung des Suezkanals für 99 Jahre an die britischen und französischen Imperialisten im Jahre 1869. Mrs. 5%, wie Djihan Sadat landläufig genannt wird, mußte das Projekt stornieren angesichts des breiten Widerstands, der sich dagegen formierte, nicht ohne sich vorher als Kostprobe eine der projektierten Villen bauen zu lassen. Eine der ersten Entscheidungen des neuen Präsidenten also – verpackt in ein Dekret zur Pflege und Schonung der altägyptischen Altertümer – war es, diese Villa niederzureißen. Die symbolische Bedeutung, die Zerstörung des Hauses als Zerstörung der Lebensgrundlage und des Andenkens an eine Person, ist un-

Orientierung des Landes vorzunehmen.

„Allah yichrib Beitak – Allah möge dein Haus zerstören"

Mit großem Geschick verkündete der neue ägyptische Präsident, daß die Ebene um die Pyramiden und die Sphinx freigemacht werde von den dort wildwuchernden Privatvillen – Vorboten des von Frau Sadat betriebenen Verkaufs der Pyramidenebene an einen amerikanischen Touristikkonzern, der dort Villen, Zelte und Touristenlokale aufbauen sollte. Es sollte ein Pachtvertrag auf 99 Jahre abgeschlossen werden – mit all den noch lebendigen Assoziationen an die Verpachtung des Suezkanals für 99 Jahre an die britischen und französischen Imperialisten im Jahre 1869. Mrs. 5%, wie Djihan Sadat landläufig genannt wird, mußte das Projekt stornieren angesichts des breiten Widerstands, der sich dagegen formierte, nicht ohne sich vorher als Kostprobe eine der projektierten Villen bauen zu lassen. Eine der ersten Entscheidungen des neuen Präsidenten also – verpackt in ein Dekret zur Pflege und Schonung der altägyptischen Altertümer – war es, diese Villa niederzureißen. Die symbolische Bedeutung, die Zerstörung des Hauses als Zerstörung der Lebensgrundlage und des Andenkens an eine Person, ist un-

übersehbar. Allah yichrib Beitak ya Sadat – Allah möge dein Haus zerstören, Sadat, war vorher ein immerhin weitverbreiteter Fluch. Proteste der sadatschen Familie dagegen wurden mit dem Argument zurückgewiesen, der Staat habe ihnen immerhin ein Schloß in Kairo und eines in Alexandria zur lebenslänglichen Nutzung zur Verfügung gestellt, nicht ohne zugleich eine Kommission einzurichten, die die Einrichtung der beiden Schlösser sorgfältig inventarisiert und öffentliches von privatem Eigentum säuberlich trennt. Kolportiert wird, daß trotzdem Sadats jüngere Tochter mit vier Koffern voll Schmuck und Antiquitäten am Kairoer Flughafen erwischt worden sei.

Indibat – eine Ordnung des Chaos?

Als wir am 20. Dezember in Ägypten ankamen, lief gerade ein groß aufgemachter Prozeß an gegen einen der Spekulanten, Rashad Osman, ehemaliger Lastenträger im Hafen von Alexandria, der im Laufe von 7 Jahren 200 Mio. LE (= 450 Mio. DM) zusammengerafft hat, hauptsächlich durch Drogenschmuggel, d.h. Haschischimport und Vertrieb. Möglich war das Ganze durch die Beteiligung von Sadats Bruder Ismat und fingierte Importlizenzen für Holzprodukte (!), die vom amtierenden Finanzminister Abdel Razek Abdel Meguid ausgestellt wurden. Der Angeklagte trat sehr selbstbewußt vor Gericht auf und beharrte mit Recht darauf, daß er hier stellvertretend für eine ganze Schicht

Ministerpräsident, Großgrundbesitzer, ist einer von ihnen, ein scharfer Gegner Mubaraks.

gestellt, nicht ohne zugleich eine Kommission einzurichten, die die Einrichtung der beiden Schlösser sorgfältig inventarisiert und öffentliches von privatem Eigentum säuberlich trennt. Kolportiert wird, daß trotzdem Sadats jüngere Tochter mit vier Koffern voll Schmuck und Antiquitäten am Kairoer Flughafen erwischt worden sei.

Indibat – eine Ordnung des Chaos?

Als wir am 20. Dezember in Ägypten ankamen, lief gerade ein groß aufgemachter Prozeß an gegen einen der Spekulanten, Rashad Osman, ehemaliger Lastenträger im Hafen von Alexandria, der im Laufe von 7 Jahren 200 Mio. LE (= 450 Mio. DM) zusammengerafft hat, hauptsächlich durch Drogenschmuggel, d.h. Haschischimport und Vertrieb. Möglich war das Ganze durch die Beteiligung von Sadats Bruder Ismat und fingierte Importlizenzen für Holzprodukte (!), die vom amtierenden Finanzminister Abdel Razek Abdel Meguid ausgestellt wurden. Der Angeklagte trat sehr selbstbewußt vor Gericht auf und beharrte mit Recht darauf, daß er hier stellvertretend für eine ganze Schicht

von Parasiten stünde, die fetten Katzen, die eigentlich alle auf die Anklagebank gehörten. Um das zu beweisen, enthüllte er einen Namen nach dem anderen, eine Korruptionsaffäre nach der anderen. Aus dem Prozeß gegen *einen* Spekulanten wurde dann so ein Prozeß gegen die fetten Katzen insgesamt – schließlich und endlich wiederum gegen den Sadatclan, mit einer Eigendynamik, die nicht mehr zu bremsen war. (Besagter Finanzminister mußte gehen.)

Die Korruptionsprozesse, deren erster der gegen Rashad Osman war, laufen unter dem Stichwort „Indibat", das ist soviel wie Ordnung, Disziplin, Selbstkontrolle. Ein wichtiger Slogan des neuen Präsidenten, immer wieder von der Presse aufgegriffen und besonders gelobt. Im Verkehrschaos, ein hervorstechendes Merkmal Kairos, äußert sich das darin, daß immer mehr Polizisten immer mehr Autofahrern Strafzettel verpassen, die manchmal mit sofortigem Entzug des Führerscheins z.B. für das Parken in der zweiten Reihe verbunden sind. Es glaubt keiner so recht daran, daß es etwas wird mit diesem Indibat, weil ein wesentliches Ergebnis der zehn Jahre Sadatherrschaft die Bestätigung des tiefsitzenden Mißtrauens der Ägypter gegen jede Form von Herrschaft gewesen ist. Ein Mißtrauen, das durch einige Fortschritte in der Lage der Massen unter Nasser ein wenig erschüttert worden war, aber unter Sadat wieder voll erblüht ist.

Mit Akribie wird die Indibat-Trom-

gen den Sadatclan, mit einer Eigendynamik, die nicht mehr zu bremsen war. (Besagter Finanzminister mußte gehen.)

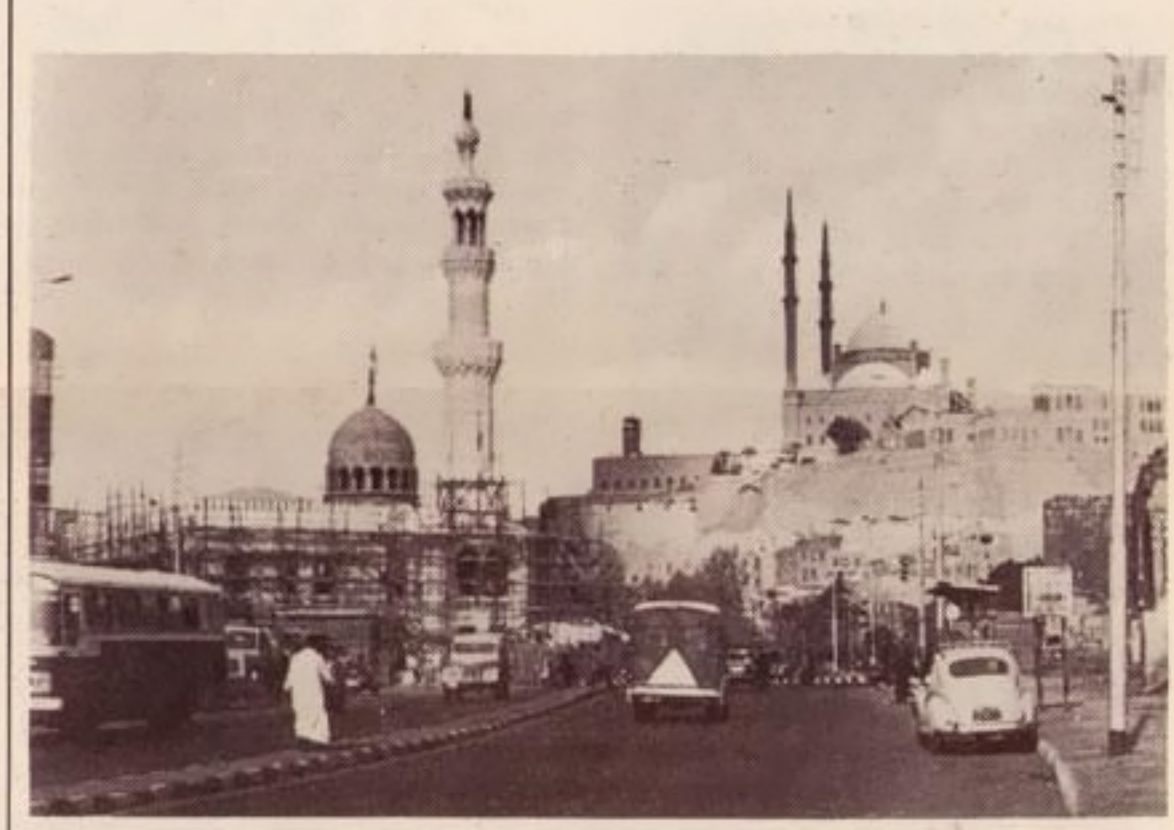
Die Korruptionsprozesse, deren erster der gegen Rashad Osman war, laufen unter dem Stichwort „Indibat", das ist soviel wie Ordnung, Disziplin, Selbstkontrolle. Ein wichtiger Slogan des neuen Präsidenten, immer wieder von der Presse aufgegriffen und besonders gelobt. Im Verkehrschaos, ein hervorstechendes Merkmal Kairos, äußert sich das darin, daß immer mehr Polizisten immer mehr Autofahrern Strafzettel verpassen, die manchmal mit sofortigem Entzug des Führerscheins z.B. für das Parken in der zweiten Reihe verbunden sind. Es glaubt keiner so recht daran, daß es etwas wird mit diesem Indibat, weil ein wesentliches Ergebnis der zehn Jahre Sadatherrschaft die Bestätigung des tiefsitzenden Mißtrauens der Ägypter gegen jede Form von Herrschaft gewesen ist. Ein Mißtrauen, das durch einige Fortschritte in der Lage der Massen unter Nasser ein wenig erschüttert worden war, aber unter Sadat wieder voll erblüht ist.

Mit Akribie wird die Indibat-Trom-

mel gerührt, ein Erfolg ist zweifellos, daß die Metzger wieder Fleisch haben und es zu 2,50 LE anbieten im Vergleich zu 3 und 4 LE in den alten Zeiten. Aber es rechnet keiner damit, daß diese bescheidenen Erfolge von Dauer sein würden. Jeder weiß, daß an den Ursachen des Chaos nicht gerührt werden wird – es weiß aber auch keiner so recht, wie überhaupt an die Ursachen rankommen oder was sie genau sind. Alle Krankheiten der ausgebeuteten Länder der Dritten Welt konzentrieren sich hier auf dem Hintergrund einer jahrtausendealten zentralen Gewaltherrschaft.

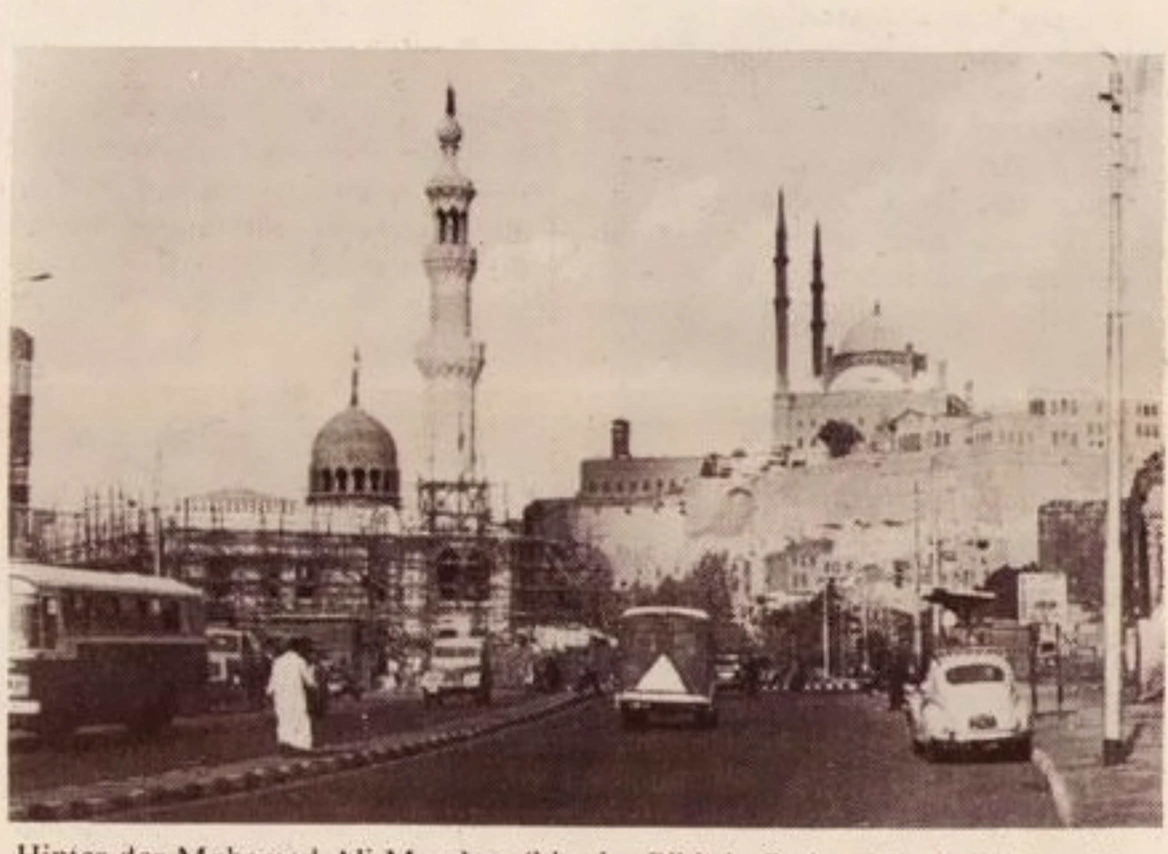
Von Camp David zu Camp David

Bei meinem Besuch im Sommer 1979 gab es ständig Streit über die Abmachungen von Camp David. Meine Gesprächspartner innerhalb der Familie – bürgerlich aufstrebend – waren Feuer und Flamme für die Verträge: Frieden, Wohlstand, Kapitalspritzen aus den USA, business überall. Und Israels Expansionsgelüste? Man muß Israel erstmal zeigen, daß es nichts von uns zu befürchten hat, man muß die USA überzeugen, daß wir genauso zuverlässige Verbündete sind wie Israel, damit sie Druck ausüben. Und die Palästinenser? Jahrzehntelang haben wir uns für die geopfert, Tausende sind gefallen, wir wollen uns jetzt endlich um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern. Sollen sich die Palästinenser doch in die Autonomieverhandlungen einschalten, Zeichen guten Willens an Israel richten ... Der Immobilismus, der im Augenblick die ägyptische Außenpolitik kennzeichnet, wird auch voll von dieser Schicht reflektiert: Bloß nichts machen, was Israel dazu veranlassen könnte, den restlichen Sinai am 26. April nicht zurückzugeben. Und danach? Keiner will so recht mit der Sprache heraus. Aber die Hoffnungen, die in Israel gesetzt wurden, sind verraucht. Offensichtlich war das Treffen Begin/Sadat im besetzten ägyptischen Scharm el-Scheikh ausgerechnet am 4. Juni 81, einen Tag vor dem Gedenktag an den Junikrieg von 1967, dem demü-



Hinter der Mohamed Ali Moschee (hier im Bild) befindet sich die Kairoer Zitadelle, deren Ursprünge auf die alte Stadtmauer vom 10. Jahrhundert zurückgehen. In den von den Mameluken eingerichteten Kellergewölben sind die Sadatattentäter interniert.

Sprache heraus. Aber die Hoffnungen, die in Israel gesetzt wurden, sind verraucht. Offensichtlich war das Treffen Begin/Sadat im besetzten ägyptischen Scharm el-Scheikh ausgerechnet am 4. Juni 81, einen Tag vor dem Gedenktag an den Junikrieg von 1967, dem demü-



Hinter der Mohamed Ali Moschee (hier im Bild) befindet sich die Kairoer Zitadelle, deren Ursprünge auf die alte Stadtmauer vom 10. Jahrhundert zurückgehen. In den von den Mameluken eingerichteten Kellergewölben sind die Sadatattentäter interniert.

tigendsten aller Kriege, die Ägypten gegen Israel führen mußte, ein Wendepunkt. Zwei Tage später bombardierten israelische Flugzeuge den irakischen Reaktor Tamuz in der Nähe von Bagdad. „Soweit ist es schon gekommen, daß Sadat auch noch grünes Licht gibt für Angriffe gegen andere arabische Staaten."

Und die 100000 israelischen Touristen seit 1977? Sie werden ignoriert. Sie kommen in Reisegruppen, ein großer Teil von ihnen ägyptische Juden, die im Anschluß an die Kriege von 1956 und 1967 das Land verlassen mußten und ihre Heimat jetzt wiedersehen wollen. Dafür hat man Verständnis, ist aber froh, daß man nicht auf Tuchfühlung mit ihnen kommt. Der Neuankömmling wird gewarnt vor den Restaurants, in die diese unerwünschten Touristen vom Reiseführer gebracht werden.

Widerstand gegen die „Normalisierung" der Beziehungen scheint überall vorhanden gewesen zu sein, vor allem in den Bereichen, die von Israel am meisten anvisiert wurden: Wissenschaft und Kultur. Geschichten über Geschichten werden erzählt, mit wieviel List die Teilnahme von israelischen Wissenschaftlern an Kongressen verhindert worden ist, wie sie trotz direkter Intervention seitens Sadats immer wieder vor die Tür gesetzt wurden. „Errungenschaften" der Camp David-Vereinbarungen werden derweil stillschweigend begraben: Die direkte Telefonverbindung Kairo-Tel Aviv besteht nicht mehr, füreinander ist man auch telephonisch nur über New York erreichbar. Die Direktflüge Tel Aviv/Kairo existieren zwar noch, aber es sind Phantomflüge. Auf den Anschlagtafeln im Kairoer Flughafen wird lediglich Flugnummer und Ankunfts- bzw. Abflugszeit angegeben. Aber weder Zielort, noch Fluggesellschaft – El Al – werden verzeichnet. Die aus Tel Aviv einfliegenden Maschinen der ägyptischen Fluggesellschaft Egypt Air tragen keine Abzeichen und werden auch nicht ausgerufen, wenn sie landen.

Aber das Zähneknirschen ist bei der (erzwungenen?) Wendung an die arabische Welt nicht zu überhören. Zu tief ist die Erfahrene Beleidigung durch Abwendung der anderen arabischen Staaten von Ägypten, zu stark das Bewußtsein von der Bedeutung Ägyptens für die arabische Welt.

Die bärtigen Männer und die mumifizierten Frauen

Mubaraks unbestrittener innenpolitischer Kredit beruht auf der Verfolgung der Moslembrüder. Auch wenn sich alle darin einig sind, daß Sadats Ermordung eine gute Sache gewesen sei, so ist den meisten doch mulmig, wenn man sie nach den Attentätern, Mitgliedern der Takfir wal higra, einer extremistischen Abspaltung der Moslembrüder, fragt. „Stell dir vor, diese islamischen Gesellschaften waren an den Unis so stark, daß sie Polizeiaufgaben übernehmen und die koptischen Studenten am Betreten der Uni hindern konnten." Oder: „Sie haben nicht nur durchgesetzt, daß Männer und Frauen in einem Hörsaal getrennt sitzen mußten, sondern manchmal erzwangen sie, daß sie in getrennten Hörsälen unterrichtet werden mußten. Wenn einer von diesen Bärtigen mitten in der Vor-

ten." Oder: „Sie haben nicht nur durchgesetzt, daß Männer und Frauen in einem Hörsaal getrennt sitzen mußten, sondern manchmal erzwangen sie, daß sie in getrennten Hörsälen unterrichtet werden mußten. Wenn einer von diesen Bärtigen mitten in der Vor-

lesung aufstand und zum Gebet aufrief, mußte jeder beten, sonst wurde man verprügelt." Sie sind auch fast verschwunden im Straßenbild – die Bärtigen mit den langen weißen Gewändern. Mutiger sind die Frauen: Sie sind noch zahlreich mit den langen, bis an die Fußsohlen reichenden Gewändern, den Kopftüchern und den züchtig behandschuhten Händen. Über den Einfluß der Moslembrüder unter der Bevölkerung bekommt man allerdings keine genauen Angaben. Die Zahlen, die ich mitgebracht hatte – 10000 Bewaffnete und 150000 Sympathisanten – wurden nicht bestritten.

Die Männer, die direkt in das Attentat verwickelt waren, befinden sich in den Mamelukenverliesen der Kairoer Zitadelle. Über den Prozeß wird in der Presse sehr breit berichtet, es wird versucht, den Anschein zu vermeiden, als ginge es um eine politische Abrechnung mit den Moslembrüdern insgesamt. Die Angeklagten verteidigen sich allerdings politisch, mit nationalen mehr als mit religiösen Argumenten, und wissen, daß sie zumindest wegen der konkreten Tat von der Bevölkerung nicht verurteilt werden. Daß die Auseinandersetzung mit den Moslembrüdern nicht erledigt ist, sieht man am Straßenbild: Alle öffentlichen Gebäude, von den Ministerien bis zum Rundfunk- und Fernsehgebäude, sind bewaffnete Festungen – in jedem Fenster Sandsäcke und Gruppen von Soldaten mit schußbereiten Maschinenpistolen. Wenn man fragt, wird einem offen geantwortet: Wegen der Ikhwan, der (Moslem-)Brüder.

Ägypten seit 1952 – einige Daten

Ägypten ist knapp über eine Mio. km² groß, von denen lediglich 35580 km² Kulturland sind, der Rest ist Wüste. Die Einwohnerzahl hat die 40 Mio. überschritten, die Rate der Bevölkerungszunahme beträgt 1 Mio. alle 10 Monate. 44% sind in der Landwirtschaft beschäftigt und 15% in der Industrie. 93% der Bevölkerung sind sunnitische Muslime, ca. 7% sind Kopten. In Kairo befindet sich die al-Azhar-Moschee, das geistige Zentrum für die 1000 Mio. Muslime auf der ganzen Welt, gegründet wie die Stadt Kairo im Jahre 973 n.u.Z. Kairo ist die Hauptstadt Ägyptens, ihre Einwohnerzahl ist inzwischen auf über 10 Mio. angestiegen. Bis zum Putsch von 1952, den der damalige Oberst Gamal Abdel Nasser anführte, war Ägypten eine Monarchie, zugleich eine britische Kolonie, allerdings nach dem Aufstand von 1919 seit 1923 nominell unabhängig.

Seit der Suezaggression von 1956, an der sich Israel, Großbritannien und Frankreich beteiligten, um den damals sich abzeichnenden unabhängigen und blockfreien Kurs der ägyptischen Regierung zu zerschlagen, verfolgte das Land unter Nassers Führung eine Politik der Integration in die arabische Welt und der Blockfreiheit. Innenpolitisch wurden mit Beginn der 60er Jahre zuerst die ausländischen und dann die inländischen Industrien verstaatlicht. Sozial-, Renten- und Krankenversicherung wurden für die Arbeiter im staatlichen Sektor eingeführt. Der Landreform von 1952, die den Großgrundbesitz auf 200 Feddan einschränkt und eine Landverteilung zwischen 1 und 5 Feddan unter die landlosen Bauern vorsieht, folgte dann 1963 eine weitere Reduzierung des Landbesitzes auf 50 Feddan.

Israels vernichtender Krieg vom Juni 1967 gegen Ägypten und die anderen arabischen Staaten setzte diesen reformerischen Elementen der nasserischen Herrschaft ein Ende und verstärkte die Kräfte, die immer für eine Unterwerfung des Landes unter die Hegemonie der USA plädiert hatten. Diesen schleichenden Prozeß beendete Sadat, der nach Nassers Tod im Jahre 1970 zu dessen Nachfolger ernannt wurde, indem er die Verstaatlichungen rückgängig machte, das Land den Bauern wegnahm und an die alten Großgrundbesitzer zurückgab, Ägypten zur Spielwiese der imperialistischen Konzerne machte und sich politisch durch die Camp David-Verträge aus der Front der arabischen Staaten hinauskatapultierte. Das Land ist zum Paradies aller möglichen Spekulanten und Abenteurer geworden. Während die Masse der Bevölkerung nicht einmal den amtlicherseits festgelegten Mindestlohn von 29 LE bezieht, fährt eine dünne Schicht von Parasiten Rolls Royce und Mercedes, erhält ein Aufsichtsratsvorsitzender ein monatliches Anfangsgehalt von 3000 LE (1 LE = 2,50 DM). Für den Kniefall vor Israel hatte Sadat Frieden und Wohlstand versprochen – beides ist nicht eingetreten.

Aktionseinheit zur Unterstützung ist notwendig

Zbigniew Kowalewski, Präsidiumsmitglied der Leitung von ,,Solidarität" für die Region Lodz

Die Interviewauszüge stammen aus der ,,Welt der Arbeit", Wochenzeitung des DGB, vom 14.1.1981.

WdA: Ist Jaruzelski eine sowjetische Marionette?

Kowalewski: Er ist in erster Linie ein Vertreter der Interessen jener Gruppe, die in Polen in den letzten 35 Jahren dominant gewesen ist und deren Interessen sich weitgehend mit jenen der dominanten Gruppe in der Sowjetunion decken.

WdA: In den westlichen Hauptstädten vertritt man die Meinung, daß nichts schlimmer wäre als eine direkte militärische Intervention Moskaus. Wenn der Einmarsch verhindert werde, sei schon viel gewonnen. Teilen Sie diesen Standpunkt oder sehen Sie keinen Unterschied zwischen einem Staatsstreich à la Jaruzelski und dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen?

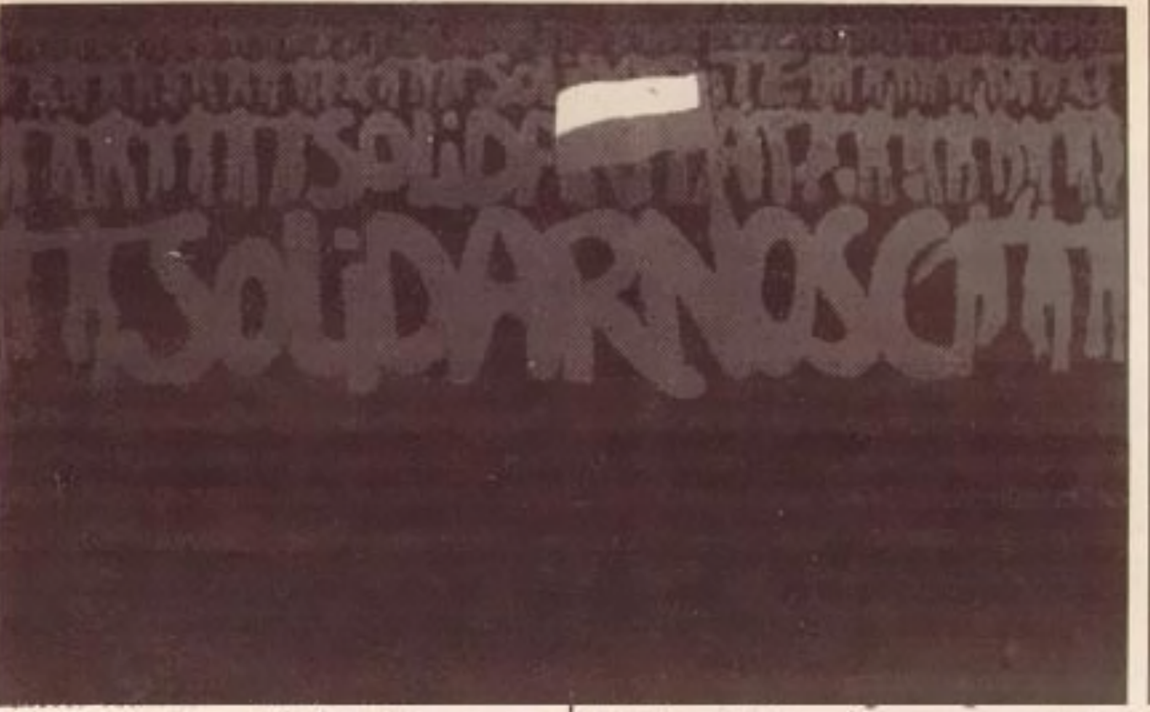
Kowalewski: Dieser Staatsstreich in Polen hat die Gefahr einer sowjetischen Intervention sehr vergrößert. Zu keinem Augenblick war diese Gefahr akuter denn jetzt. Und zwar aus folgendem Grunde: die polnische Armee ist die zweitwichtigste im Warschauer Pakt, und ein sehr wichtiges Element dieser östlichen Militärallianz. Bis zum Eingreifen des polnischen Heeres war ihre Stellung in der Gesellschaft nicht in Frage gestellt und auch nicht Zielscheibe der Kritik. Bis zum Staatsstreich hatte das Heer alle Möglichkeiten, um seine Integrität aufrechtzuerhalten. Jetzt aber, nachdem sich die polnischen Militärs im Krieg mit der Gesellschaft befinden, werden sie als Feind betrachtet von der gesamten Bevölkerung. Die Kampfansage an das Volk kann unter bestimmten Bedingungen zu einer ernsten Krise in der Armee selbst – und sogar zu einem

WdA: Sind Sie für Verhandlungen mit Jaruzelski, und wenn ja, auf welcher Grundlage und unter welchen Bedingungen?

Kowalewski: Ich bin mir nicht sicher, ob ,,Solidarität" mit der Regierung verhandeln wird. Für mich, der sich im Ausland befindet, ist eine Einschätzung sehr schwierig. Selbst wenn die Führung von ,,Solidarität" mit dieser Militärdiktatur in Verhandlungen eintreten soll, wird es auf jeden Fall – soviel steht fest – für sie sehr schwer sein, ein Mandat der polnischen Arbeiter dafür zu bekommen. Denn der Bruch zwischen der Arbeiterklasse und der Gesellschaft auf der einen und der Macht auf der anderen Seite ist größer als jemals zuvor. Es dürfte sehr schwierig sein – ich will jedoch nicht sagen, unmöglich –, mit dieser Militärdiktatur Verhandlungen aufzunehmen.

WdA: Die Kirche Polens hat sich für Verhandlungen mit der Regierung stark gemacht. Besteht nicht die Gefahr, daß sich die Kirche mit ihrer gemäßigten Haltung von einem Teil der Basis ,,Solidarität" entfremdet?

Kowalewski: Es stimmt, die Kirche in Polen hat eine sehr gemäßigte und vorsichtige Haltung eingenommen, aber hierbei handelt es sich um einen sehr komplexen Fall. Die Kirche hat etwa dazu aufgerufen, ein Blutbad zu vermeiden. Darin ist sie sich mit ,,Solidarität" einig. Die Hierarchie der polnischen Kirche spielt zweifellos dort eine positive Rolle, wo ihre Appelle dazu beitragen, die Repression einzuschränken, das Leben von Gewerkschaftsführern zu retten oder das anderer Leute, die in Konzentrationslagern interniert sind. Wir wollen jedoch darauf hinweisen, daß ,,Solidarität" zu jedem Zeit-



WdA: Wollen Sie damit sagen, je energischer die Haltung des Westens ist, um so besser für das polnische Volk?

Kowalewski: Selbstverständlich

WdA: Was halten Sie von einem Wirtschaftsboykott des Westens?

Kowalewski: Lassen Sie mich ergänzen: Was die Haltung von Westeuropa anbelangt, beziehe ich mich in erster Linie auf die Mobilisierung der öffentlichen Meinung. Deren Druck könnte dazu beitragen, daß die politischen Gefangenen freigesetzt, die gewerkschaftlichen Freiheiten wiederhergestellt und der Ausnahmezustand beendet werden und auch internationale Kommissionen die Gelegenheit erhalten, die Konzentrationslager in Polen zu besuchen und zu kontrollieren, ob die Nahrungsmittelhilfe aus dem Ausland auch der Bevölkerung und nicht dem Heer zugute kommt. Wichtig erscheint mir auch materielle Hilfe für ,,Solidarität" selbst. Nun zur Frage eines Wirtschaftsboykotts: Was meine persönliche Meinung anbelangt, ist diese nicht notwendigerweise die unseres Komitees sein muß, hilft ein derartiger Boykott nicht unbedingt der polnischen Bevölkerung.

WdA: Und ein Boykott der Sowjetunion, wie ihn Reagan angeordnet hat?

Kowalewski: In der Sowjetunion – wie in Polen auch – gibt es neben einer Führungsclique auch noch das Volk, die Arbeiter. Ich glaube, es hat überhaupt keinen Sinn, wenn das Volk selbst unter einem Boykott leiden muß. Worauf es mir ankommt, sind positive Aktionen für Polen.

WdA: Nun zum Verhalten der Gewerkschaften im westlichen Ausland.

Kowalewski: Worauf es ankommt, ist die Bildung einer Einheitsfront, mit dem Ziel einer Solidaritätsaktion für ,,Solidarität". Auf Anregung der japanischen Gewerkschaften Sohyo, der italienischen Kollegen und der französischen CFDT ist eine Solidaritätsaktion zugunsten meiner Organisation geplant. Ich appelliere an den DGB, diese Aktion mit zu unterstützen. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit darum, jeden 13. eines Monats als Tag der Solidarität mit ,,Solidarität" zu proklamieren.

WdA: Im westlichen Ausland, insbesondere in Frankreich, ist die Haltung der deutschen Gewerkschaften wegen ihrer gemäßigten Position kritisiert worden. Was meinen Sie dazu?

Kowalewski: Es ist außer Frage von großer Bedeutung, daß sich der DGB an den Solidaritätsaktionen zu unseren Gunsten beteiligt. Alle Gewerkschaften im Westen müssen sich bewußt sein, daß ,,Solidarität" und ihr Kampf eine der wichtigsten Bewegungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung darstellt. Unser Kampf zählt zu den fortschrittlichsten für die Emanzipation der Arbeiter. Er ver-



Sammlung in der Waschkaue der Moerser Zeche ,,Rheinpreußen" für die polnischen Bergarbeiter, organisiert von der IG Bergbau

30. Januar 1982

Tag der Internationalen Solidarität mit Solidarność

Dem Brüsseler Aufruf der Funktionäre von ,,Solidarność" im Ausland, den 30. Januar zu einem ,,Tag der Solidarität" zu machen, hat sich inzwischen der Deutsche Gewerkschaftsbund angeschlossen. Er hat, wenn auch nur in ganz allgemeiner Form (bisher sind noch keine konkreten Aktivitäten genannt worden), dazu aufgerufen, örtlich und regional Aktivitäten zu unternehmen. Auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sowie die CDU haben zum 30. Januar aufgerufen.

Die Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność" und die Unterzeichner des nachfolgenden Aufrufs haben sich auf einer Aktionseinheitsbesprechung am 19.1. in Bonn darauf geeinigt, ihrerseits am 30. Januar möglichst zahlreiche örtliche Demonstrationen und Kundgebungen auf einer möglichst breiten Basis durchzuführen, ohne dabei auf den DGB zu warten; vielmehr sollte der Aufruf des DGB genutzt werden, um den Druck der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft zu verstärken. Eine Schwerpunktdemonstration mit prominenten Rednern soll in Köln stattfinden.

Zugleich sollen diese Aktivitäten genutzt werden, um für eine zentrale Demonstration am 13. März zu mobilisieren, die das inzwischen erreichte politische Bündnis in der ,,Solidarität mit Solidarność" erweitern und sichtbar demonstrieren soll.

Am 30. Januar bis 14.00 Uhr alle örtlichen Aktionen melden, damit sie auf der Kölner Demonstration zentral bekannt gegeben werden können!

für die nächste Ausgabe der KVZ planen wir eine Übersicht über örtliche Solidaritätsaktionen, die politisch besonders wichtig sind oder als Anregung für andere dienen können!

Folgenden Appell haben Mitglieder und Funktionäre der Solidarność im Ausland, die auf Einladung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel am 9. Januar 1982 zusammengekommen sind, veröffentlicht:

Eingreifen des polnischen Heeres war ihre Stellung in der Gesellschaft nicht in Frage gestellt und auch nicht Zielscheibe der Kritik. Bis zum Staatsstreich hatte das Heer alle Möglichkeiten, um seine Integrität aufrechtzuerhalten. Jetzt aber, nachdem sich die polnischen Militärs im Krieg mit der Gesellschaft befinden, werden sie als Feind betrachtet von der gesamten Bevölkerung. Die Kampfansage an das Volk kann unter bestimmten Bedingungen zu einer ernsten Krise in der Armee selbst – und sogar zu einem

sichtige Haltung eingenommen, aber hierbei handelt es sich um einen sehr komplexen Fall. Die Kirche hat etwa dazu aufgerufen, ein Blutbad zu vermeiden. Darin ist sie sich mit ,,Solidarität" einig. Die Hierarchie der polnischen Kirche spielt zweifellos dort eine positive Rolle, wo ihre Appelle dazu beitragen, die Repression einzuschränken, das Leben von Gewerkschaftsführern zu retten oder das anderer Leute, die in Konzentrationslagern interniert sind. Wir wollen jedoch darauf hinweisen, daß ,,Solidarität" zu jedem Zeit-



Bruch in ihren Reihen – führen. Dies wiederum würde auf die Militärallianz eine große Auswirkung haben und könnte letztlich die Sowjets zu einem direkten Eingreifen veranlassen.

WdA: Um eine sowjetische Intervention unter allen Umständen zu vermeiden, müßte ,,Solidarität" an einem Dialog mit der Regierung gelegen sein ...

Kowalewski: Selbstverständlich haben wir von ,,Solidarität" Interesse daran, alles daranzusetzen, daß diese Intervention nicht Wirklichkeit wird. Aber gleichzeitig muß man wissen, daß ,,Solidarität" niemals ihre demokratischen Ziele, ihren Kampf für die Emanzipation der Arbeiter opfern wird zugunsten anderer Überlegungen. Wir werden – das ist offensichtlich – alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um eine direkte Intervention Moskaus zu vermeiden, aber niemals auf unsere Ziele verzichten.

punkt von der Kirche unabhängig war. Sicherlich bestanden und bestehen Kontakte mit der Kirche – aber immer unter dem Respekt der Unabhängigkeit.

WdA: Eine Frage zur Reaktion im Westen auf die Ereignisse in Polen. Die Bundesrepublik Deutschland hat viel reservierter als etwa die französische Regierung und Öffentlichkeit auf den Staatsstreich reagiert ...

Kowalewski: Wir Verantwortlichen von ,,Solidarität" nehmen grundsätzlich nur zu der Politik unserer Regierung und der unserer Verbündeten Stellung. Lassen Sie mich deshalb nur ganz allgemein, ohne auf die Bundesrepublik direkt Bezug nehmen zu wollen, sagen: Es ist in meinen Augen sehr gefährlich, den Frieden in Europa dadurch retten zu wollen, indem man ein Volk opfert, das dem Terror und der Unterdrückung ausgeliefert ist.

Aktionen für Polen.

WdA: Nun zum Verhalten der Gewerkschaften im westlichen Ausland.

Kowalewski: Worauf es ankommt, ist die Bildung einer Einheitsfront, mit dem Ziel einer Solidaritätsaktion für ,,Solidarität". Auf Anregung der japanischen Gewerkschaften Sohyo, der italienischen Kollegen und der französischen CFDT ist eine Solidaritätsaktion zugunsten meiner Organisation geplant. Ich appelliere an den DGB, diese Aktion mit zu unterstützen. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit darum, jeden 13. eines Monats als Tag der Solidarität mit ,,Solidarität" zu proklamieren.

WdA: Im westlichen Ausland, insbesondere in Frankreich, ist die Haltung der deutschen Gewerkschaften wegen ihrer gemäßigten Position kritisiert worden. Was meinen Sie dazu?

Kowalewski: Es ist außer Frage von großer Bedeutung, daß sich der DGB an den Solidaritätsaktionen zu unseren Gunsten beteiligt. Alle Gewerkschaften im Westen müssen sich bewußt sein, daß ,,Solidarität" und ihr Kampf eine der wichtigsten Bewegungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung darstellt. Unser Kampf zählt zu den fortschrittlichsten für die Emanzipation der Arbeiter. Er ver-dient gerade heute, zu einem Zeitpunkt, wo die Militärdiktatur alles daransetzt, um uns auszumerzen, eine energische Unterstützung von seiten der gesamten internationalen Arbeiterbewegung, und diese Unterstützung muß einheitlichen Charakter haben. Ich hoffe, daß sich die Haltung der DGB-Führung in diesem Sinne entwickelt. Der Druck der Gewerkschaftsbasis ist meiner Meinung nach unserer Sache sehr dienlich.

WdA: Aussagen des ehemaligen Generals Dubicki zufolge war ,,Solidarität" über ein wahrscheinliches Zerschlagen ,,am Winteranfang" gewarnt. Wieso hat ,,Solidarität" keine Vorkehrungen getroffen?

Kowalewski: Dieser General sagt in dem besagten SPIEGEL-Interview nur einige Allgemeinheiten und gibt überhaupt keine präzise Information. Was er sagt, ist keine Enthüllung. Die Erklärung der Generals, daß er die Führung von ,,Solidarität" über den Eingriff des polnischen Militärs in Kenntnis gesetzt habe, nehme ich mit Zweifel auf. Ich selbst besaß diese Information nicht und meine Freunde aus der nationalen Kommission von ,,Solidarität" genausowenig ... Ich kann mir schlechtweg nicht vorstellen, daß ein Teil der Führung von ,,Solidarität" über die Vorkehrungen für einen Militärputsch unterrichtet gewesen war, der im Dezember stattfinden sollte, und es unterlassen hatte, Maßnahmen zu seiner Verteidigung vorzubereiten. Ich persönlich glaube den Ausführungen von Dubicki nicht.

dazu aufgerufen, örtlich und regional Aktivitäten zu unternehmen. Auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sowie die CDU haben zum 30. Januar aufgerufen.

Die Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność" und die Unterzeichner des nachfolgenden Aufrufs haben sich auf einer Aktionseinheitsbesprechung am 19.1. in Bonn darauf geeinigt, ihrerseits am 30. Januar möglichst zahlreiche örtliche Demonstrationen und Kundgebungen auf einer möglichst breiten Basis durchzuführen, ohne dabei auf den DGB zu warten; vielmehr sollte der Aufruf des DGB genutzt wer-

te politische Bündnis in der ,,Solidarität mit Solidarność" erweitern und sichtbar demonstrieren soll.

Am 30. Januar bis 14.00 Uhr alle örtlichen Aktionen melden, damit sie auf der Kölner Demonstration zentral bekannt gegeben werden können!

für die nächste Ausgabe der KVZ planen wir eine Übersicht über örtliche Solidaritätsaktionen, die politisch besonders wichtig sind oder als Anregung für andere dienen können!

Folgenden Appell haben Mitglieder und Funktionäre der Solidarność im Ausland, die auf Einladung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel am 9. Januar 1982 zusammengekommen sind, veröffentlicht:

,,Seit die Militärjunta in Polen einen offenen Krieg gegen die Gesellschaft erklärt hat, ist schon fast ein Monat vergangen. In Gefängnissen und Internierungslagern werden noch immer Tausende von Mitgliedern und Funktionären unserer Gewerkschaft zu Unrecht festgehalten. Dies ist eine offene Verletzung der grundsätzlichen Bürger- und Menschenrechte, die in der auch von Polen unterzeichneten Schlußakte von Helsinki unterzeichnet worden sind.

Wir – Mitglieder und Funktionäre von Solidarność, die sich am 8. und 9. Januar in Brüssel getroffen haben – wenden uns an alle internationalen Organisationen, private Personen und vor allem an unsere direkten Partner – die Gewerkschaften – in allen westeuropäischen Ländern und bitten um Hilfe bei der Organisation von öffentlichen Manifestationen für die Freilassung aller Inhaftierten am 30. Januar 1982.

Wir möchten, daß der 30. Januar ein internationaler Tag der Solidarität mit Solidarność wird."

Brüssel, den 9. Januar 1982

Die unterzeichnenden Personen, Gruppen und Organisationen schließen sich diesem – auch vom DGB unterstützten – Appell der polnischen Gewerkschafter an und rufen auf, ihn am 30. Januar 1982 durch zahlreiche örtliche Demonstrationen und Kundgebungen zu unterstützen. Gleichzeitig rufen sie auf zu einer **Schwerpunktdemonstration am Samstag, 30. Januar,** um 14.00 Uhr in Köln, Am Neumarkt.

Wir fordern:

● Aufhebung des Kriegsrechts ● Aufhebung der unter dem Kriegsrecht gefällten Urteile ● Sofortige Überprüfung der Haftbedingungen durch internationale Organisationen wie Internationales Rotes Kreuz, Amnesty International, Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ● Freilassung aller Verhafteten und Internierten ● Beendigung der Repressalien gegen Solidarność ● Wiedereinstellung der entlassenen Gewerkschaftsmitglieder ● Volle gewerkschaftliche und politische Freiheiten ● Wiederzulassung der unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität ● Selbstbestimmungsrecht für das polnische Volk

Die unterzeichnenden Gruppen und Organisationen wollen darüber hinaus gemeinsam die Solidarität mit Solidarność örtlich und bundesweit weiterführen. In diesem Zusammenhang wollen wir die Diskussion innerhalb der Gewerkschafts- und Friedensbewegung über die Bedeutung der polnischen Ereignisse intensivieren. Insbesondere schlagen wir vor, eine

Zentrale Demonstration für den 13. März 1982

vorzubereiten. Das Vorbereitungstreffen findet am Freitag, dem 12. Februar, 18.00 Uhr in den Räumen der Ev. Studentengemeinde, Königstraße 89 in Bonn statt.

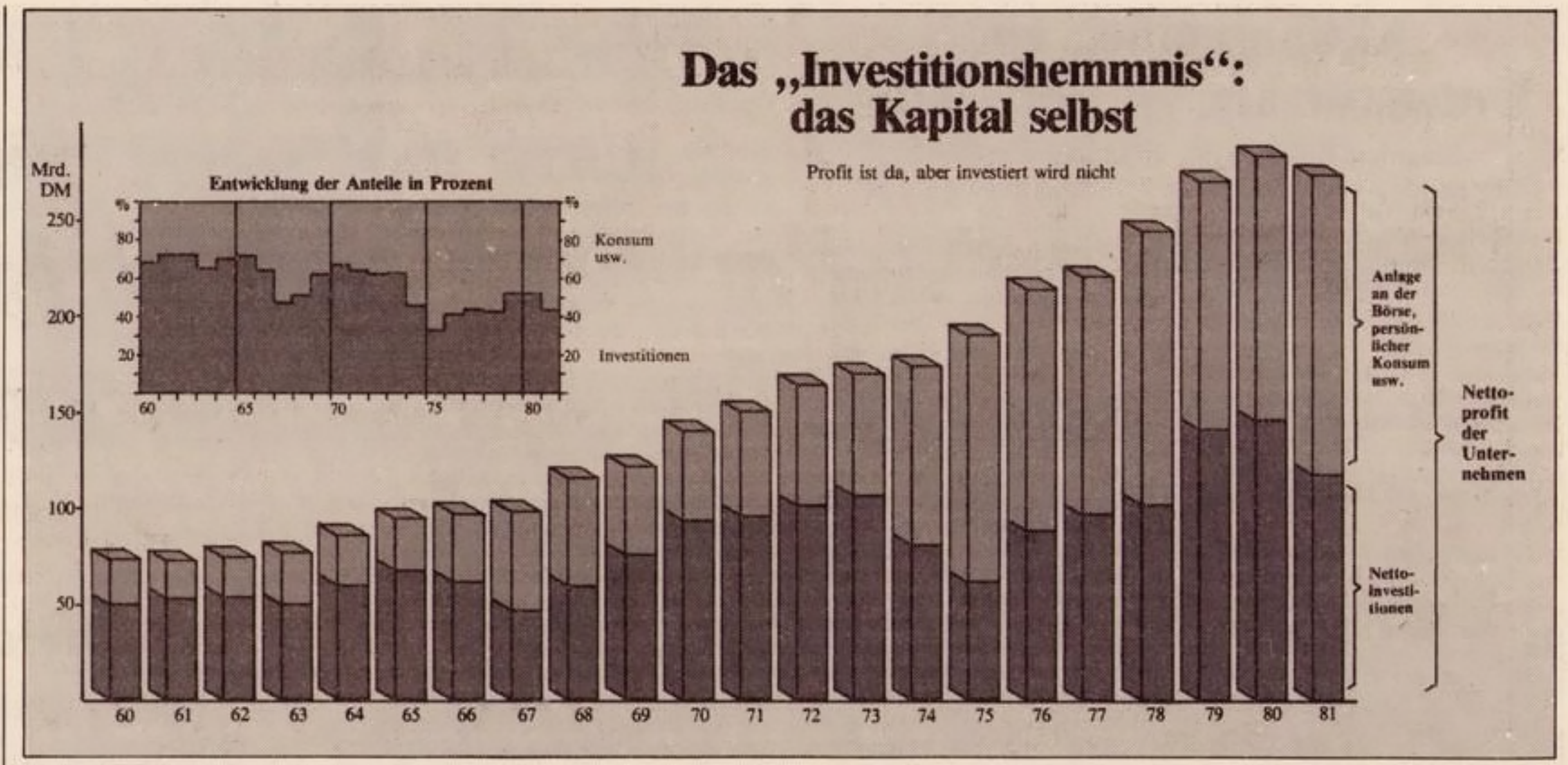
Komitees und Initiativen ,,Solidarität mit Solidarność" / Die Grünen / Alternative Liste Westberlin / Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) / Basisgruppen in den vds / Russell-Initiative für ein atomwaffenfreies Europa / Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, Westberlin / Sozialistisches Büro / KBW / GIM / ISF / Solidaritätskomitee mit dem afghanischen Volk

Neuer Kühlturm für drei Jahre

wog. Westberlin. Am 13.1.82 fand der öffentliche Erörterungstermin der 455 Einwendungen gegen den Bau eines Kühlturms für das bereits bestehende Kraftwerk Reuter statt. Eine über das normale Maß hinausreichende Bedeutung hat der geplante Kühlturmbau wegen des ebenfalls von der BEWAG geplanten Kraftwerksneubaus Reuter-West auf diesem Gelände. Das Verwaltungsgericht hatte in erster Instanz erst einmal entschieden, daß ein Kraftwerksneubau zwar rechtens und nötig sei, von den alten Kraftwerksanlagen jedoch wegen der an einigen Meßstellen in Westberlin auftretenden hohen Schadstoffkonzentrationen Teile möglichst bald stillgelegt werden müßten. Die Vertreter der Bürgerinitiative „Energieplanung und Umweltschutz" stellten deshalb gleich anfangs den Antrag, das Verfahren bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung über den Bau des Kraftwerks Reuter-West zu verschieben. Die Vertreter des Senators für Stadtentwicklung und Umweltschutz zogen das Verfahren jedoch erst mal durch, weshalb sich der Verdacht der Zuhörer, daß der Kühlturm in Wirklichkeit schon eine bauvorbereitende Maßnahme für das neue Kraftwerk sei, weiter verstärkte. – Wenn man bedenkt, daß die Abschreibungen der BEWAG von 1966/67 260 Mio. DM auf 182 Mio. DM 1979/80 und die Investitionszulagen im selben Zeitraum von 44,8 Mio DM auf 24,3 Mio DM gesunken sind, versteht man allerdings, warum die BEWAG auf Teufel komm raus investieren will, und selbst einen Kühlturm bauen will, der eventuell nur einige Sommertage während dreier Jahre (bis zum Bau des neuen Kraftwerks) laufen wird.

Mit dem Bau der ersten westdeutschen Uran-Anreicherungsanlage soll noch dieses Frühjahr in Gronau begonnen werden. Das Forschungsministerium unterstützt den Bau mit 500 Mio. Mark aus dem Bundeshaushalt. Die BRD bezieht ihr angereichertes Uran bislang zu je 50% aus den USA und der UdSSR. Die Gesamtkapazität der neuen Werke wird 2000 Tonnen betragen, die des westdeutschen 400 Tonnen.

Das „Investitionshemmnis": das Kapital selbst



Soweit mit der Notwendigkeit von Investitionen gemeint ist, daß die Produktionsanlagen modernisiert und ausgeweitet werden müssen, so ist dies sicherlich zutreffend. Aber das ist nicht gemeint. Es geht ausschließlich darum, die Produktionsanlagen *als Kapital* auszuweiten, als Produzent von *Mehrwert*. Es hat den Kapitalisten noch in keiner Krise an ausreichendem Profit gefehlt, weitere Investitionen zu finanzieren. Obwohl sie in der Krise etwas weniger davon haben. Aber dieser investierte Profit würde nicht mehr Profit abwerfen, als das schon investierte Kapital Profit abwirft. Die Profit*rate* ist zu niedrig. Nicht an der Finanzierung neuer Investitionen gebricht es, sondern an deren *Verwertung*. So wird nicht mehr produziert, obwohl mehr produziert werden könnte. (Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; DGB, wirtschaftspolitische Informationen 9/81; 1981 eigene Schätzung aufgrund der Ergebnisse für das 1. Halbjahr 1981; Nettoprofite: Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte vor Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden zuzüglich nichtentnommene Gewinne der Unternehmen nach der Umverteilung; Nettoinvestitionen: Bruttoinvestitionen der Unternehmen abzüglich Abschreibungen.)

Die Woche im Rückblick

Mindestens 15 Mrd. Franc zusätzlich werden die Aktionäre der verstaatlichten französischen Firmen erhalten. Dies ist das hauptsächliche Ergebnis des Urteils, das der französische Verfassungsrat diese Woche bekannt machte. Bisher hatte die Regierung Mitterrands mit Entschädigungen in Höhe von gut 34 Mrd. Franc gerechnet. Die Aktionäre der CCF-Bank beispielsweise werden nun 241 Franc pro Aktie erhalten, obwohl diese zuletzt mit 189 Franc notiert war. Börsenmakler sprechen denn von „Traumpreisen". –

Ohne Ergebnis sind die Handelsbeauftragten der USA, Japans und der EG nach ihrem ersten Treffen in Florida auseinandergegangen. Die US-Stahlkonzerne betreiben weiterhin ihre Antidumping-Klage zum Schaden der Konkurrenten. Unterdessen hat in Brüssel der britische Industrieminister Jenkin erklärt, sollten die USA tatsächlich den Stahlexport der EG blockieren, so hätte dies Auswirkungen auf die NATO-Allianz. –

Die Erfahrungen des Ölfeldes Daqing seien immer noch von großer Bedeutung und müßten auch heute praktisch angewendet werden, heißt es in einem neuen nationalen Rundschreiben der KP Chinas. Die Erschließung des Ölfeldes im klimatisch rauhen Nordosten des Landes hatte Anfang der 60er Jahre Ölimporte erübrigt. Das Rundschreiben kritisiert die Verabsolutierung Daqings und die falsche Auffassung von der „Allmacht des Bewußtseins", würdigt aber die Rolle des revolutionären Bewußtseins, wenn es sich mit einer wissenschaftlichen Haltung verbindet. –

Der Warenhandel zwischen der EG und der ASEAN hat sich 1980 kräftig ausgeweitet, nämlich um 32%. Die südostasiatischen Staaten erhöhten ihren Handelsüberschuß auf 2,2 Mrd. $. Die EG ist nach Japan und den USA der drittwichtigste Handelspartner der ASEAN-Länder. –

Der Jahresgewinn 1981 der Bundesbank wird sich auf rund 14 Mrd. DM belaufen, wovon 10,5 Mrd. an den Bundeshaushalt gehen werden. Der Bankprofit hätte leicht ausgereicht, sämtliche 1980 gezahlten Arbeitslosenunterstützungen zu finanzieren. –

Die KWU hat mit Südafrika einen Vorvertrag über die Lieferung von Kraftwerksturbinen im Wert von knapp 1 Mrd. DM abgeschlossen. Westdeutsche Banken sollen das Geschäft finanzieren, nachdem die Bundesregierung kürzlich die Einschränkungen für staatliche Bürgschaften im Südafrika-Geschäft aufgehoben hat. –

Senatsmaßnahmen zur Mieterhöhung
Westberlin setzt Haushaltsstrukturgesetz um / Bundesländer ziehen mit
nia. Westberlin. Anfang Januar hat der Westberliner CDU-Senat begonnen, die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat zum sozialen Wohnungsbau in die Tat umzusetzen: Am 5.1. beschloß er, die Zinsen für die zwischen 1960 und 1970 geförderten Sozialbauwohnungen ab
Preisbindung für Altbauten, unter dem vergleichbarer Großstädte in Westdeutschland, und die Belastungen für die Mieter sind deutlich niedriger. Die teuersten Wohnungen, die nach 1972 frei finanzierten, liegen im Durchschnitt immer noch unter 10 DM/m². Während im Durchschnitt ein
Altbaumieten nach Umzug frei vereinbar werden. Die jetzt von CDU/FDP geplante Form der Verlängerung der „Preisbindung" bis 1987 (s. auch KVZ 2/82) bei Schaffung einer Wohnstandardmiete wird auch alles andere als bremsend wirken.
die Zinsanhebung aber arbeiten Albrechts Ministerialbeamte „zügig". Nordrhein-Westfalen will bis 1. Juli entscheiden, inwieweit von den Mieterhöhungen Gebrauch gemacht wird. Rheinland-Pfalz will die Zinsanhebung so rasch wie möglich durchsetzen, auf eine Fehlbelegungsabgabe wird wenigstens vorerst verzichtet. Schleswig-Holstein will den Zeitpunkt der Zinsanhebung kommende Woche verkünden. Da keine Stadt über 300000 Einwohner zählt, wird es keine Fehlbelegungsabgabe geben. Dies gilt auch für
sen sind. In der Regel bedeutet dies eine Verdoppelung der Zinskosten, die die Hauseigentümer voll auf die Miete aufschlagen können. Für Baudarlehen, die zwischen dem 31.12.1959 und dem 1.1.1970 bewilligt wurden, können die Zinsen auf 6% angehoben werden.
3. Bei vorzeitiger Rückzahlung der öffentlichen Darlehen entfällt die Mietpreisbindung in Gemeinden unter 200000 Einwohnern 6 Monate nach der Rückzahlung.
4. Die steuerlichen Subventionen für Bauherren im Rahmen des §7b Ein-

stionszulagen im selben Zeitraum von 44,8 Mio DM auf 24,3 Mio DM gesunken sind, versteht man allerdings, warum die BEWAG auf Teufel komm raus investieren will, und selbst einen Kühlturm bauen will, der eventuell nur einige Sommertage während dreier Jahre (bis zum Bau des neuen Kraftwerks) laufen wird.
Mit dem Bau der ersten westdeutschen Uran-Anreicherungsanlage soll noch dieses Frühjahr in Gronau begonnen werden. Das Forschungsministerium unterstützt den Bau mit 500 Mio. Mark aus dem Bundeshaushalt. Die BRD bezieht ihr angereichertes Uran bislang zu je 50% aus den USA und der UdSSR. Die Gesamtkapazität der neuen Werke wird 2000 Tonnen betragen, die des westdeutschen 400 Tonnen.
Die Woche im Rückblick
Mindestens 15 Mrd. Franc zusätzlich werden die Aktionäre der verstaatlichten französischen Firmen erhalten. Dies ist das hauptsächliche Ergebnis des Urteils, das der französische Verfassungsrat diese Woche bekannt machte. Bisher hatte die Regierung Mitterrands mit Entschädigungen in Höhe von gut 34 Mrd. Franc gerechnet. Die Aktionäre der CCF-Bank beispielsweise werden nun 241 Franc pro Aktie erhalten, obwohl diese zuletzt mit 189 Franc notiert war. Börsenmakler sprechen denn von „Traumpreisen". –
Ohne Ergebnis sind die Handelsbeauftragten der USA, Japans und der EG nach ihrem ersten Treffen in Florida auseinandergegangen. Die US-Stahlkonzerne betreiben weiterhin ihre Antidumping-Klage zum Schaden der Konkurrenten. Unterdessen hat in Brüssel der britische Industrieminister Jenkin erklärt, sollten die USA tatsächlich den Stahlexport der EG blockieren, so hätte dies Auswirkungen auf die NATO-Allianz. –
Die Erfahrungen des Ölfeldes Daqing seien immer noch von großer Bedeutung und müßten auch heute praktisch angewendet werden, heißt es in einem neuen nationalen Rundschreiben der KP Chinas. Die Erschließung des Ölfeldes im klimatisch rauhen Nordosten des Landes hatte Anfang der 60er Jahre Ölimporte erübrigt. Das Rundschreiben kritisiert die Verabsolutierung Daqings und die falsche Auffassung von der „Allmacht des Bewußtseins", würdigt aber die Rolle des revolutionären Bewußtseins, wenn es sich mit einer wissenschaftlichen Haltung verbindet. –
Der Warenhandel zwischen der EG und der ASEAN hat sich 1980 kräftig ausgeweitet, nämlich um 32%. Die südostasiatischen Staaten erhöhten ihren Handelsüberschuß auf 2,2 Mrd. $. Die EG ist nach Japan und den USA der drittwichtigste Handelspartner der ASEAN-Länder. –
Der Jahresgewinn 1981 der Bundesbank wird sich auf rund 14 Mrd. DM belaufen, wovon 10,5 Mrd. an den Bundeshaushalt gehen werden. Der Bankprofit hätte leicht ausgereicht, sämtliche 1980 gezahlten Arbeitslosenunterstützungen zu finanzieren. –
Die KWU hat mit Südafrika einen Vorvertrag über die Lieferung von Kraftwerksturbinen im Wert von knapp 1 Mrd. DM abgeschlossen. Westdeutsche Banken sollen das Geschäft finanzieren, nachdem die Bundesregierung kürzlich die Einschränkungen für staatliche Bürgschaften im Südafrika-Geschäft aufgehoben hat. –

Senatsmaßnahmen zur Mieterhöhung

Westberlin setzt Haushaltsstrukturgesetz um / Bundesländer ziehen mit

nia. Westberlin. Anfang Januar hat der Westberliner CDU-Senat begonnen, die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat zum sozialen Wohnungsbau in die Tat umzusetzen: Am 5.1. beschloß er, die Zinsen für die zwischen 1960 und 1970 geförderten Sozialbauwohnungen ab 1. April 1982 zu erhöhen. Laut Landespressedienst (dem offiziellen Presseorgan des Senats) steigen damit die Mieten für diese Wohnungen um bis zu 0,60 DM/m^2 auf 5,30 DM/m^2 (für von 1960–65 geförderte Wohnungen), bzw. auf 5,50 DM/m^2 *Kalt*miete (für von 1966–70 erstellte Wohnungen). Wohnungen ohne Sammelheizung bleiben 0,50 DM/m^2 billiger. Gleichzeitig werden sich durch die Zinsanhebung die Belastungen für geförderte Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen bis zu 75 DM monatlich erhöhen.

Während bei insgesamt nur 3,2% Eigentumswohnungen in Westberlin die letzte Maßnahme nur wenige trifft, wird dagegen die Erhöhung der Sozialbaumieten erhebliche Bedeutung für die Mietenstruktur in Westberlin haben. Sie trifft immerhin 182500, das sind 16,5% aller Westberliner Wohnungen. 5,30 bzw. 5,50 DM/m^2 kalt bedeutet, daß diese Wohnungen künftig nur wenig unter den Bewilligungsmieten (z.Z. 5,50–5,90 DM) für die jetzt neu gebauten Sozialwohnungen liegen. Demgegenüber lag der Durchschnitt *aller* (also einschließlich der frei finanzierten) zwischen 1949 und 1971 gebauten Wohnungen laut Senatsstatistik bisher bei nur 4,95 DM/m^2 kalt.

Wenngleich der Westberliner Senat mit dieser jetzt beschlossenen Mieterhöhung „nur" eine bundeseinheitlich geplante Maßnahme durchführt, so ist sie doch auch als ein Teil der Pläne zu betrachten, mit denen das Mietniveau in Westberlin in Vorbereitung auf den Weißen Kreis insgesamt nach oben gedrückt werden soll. Zur Zeit liegt es, vor allem wegen der noch bestehenden Preisbindung für Altbauten, unter dem vergleichbarer Großstädte in Westdeutschland, und die Belastungen für die Mieter sind deutlich niedriger. Die teuersten Wohnungen, die nach 1972 frei finanzierten, liegen *im Durchschnitt* immer noch unter 10 DM/m^2. Während im Durchschnitt ein Westberliner Ein-Personen-Haushalt 17,2% und ein Drei-Personen-Haushalt 11,3% des Einkommens für die Miete aufwenden muß, sind es in München 20,7 bzw. 14,5% und in Hamburg 20,0 bzw. 16,1% des Einkommens (alle Angaben nach LPD, Dezember 1981).

Zuvor waren vom Senat die Altbaumieter zur Kasse gebeten worden: am 1.1.1982 sind ihre Mieten um 5% erhöht worden. Darüberhinaus stehen für ca. 5% der Altbauwohnungen jetzt weitere Mieterhöhungen aufgrund der im März 1981 geänderten Ertragsberechnungsverordnung nach §2 des XI. Bundesmietengesetzes an. Danach können die Hausbesitzer Mieterhöhungen beantragen, wenn sie mit ihren Ausgaben mehr als 5% über ihren Einnahmen liegen. Angerechnet wird ihnen dabei z.B., wenn sie in den letzten fünf Jahren mit ihren Ausgaben für die Instandhaltung über den in der Ertragsberechnungsverordnung angesetzten Pauschalen liegen. Dann dürfen sie ihre Pauschalen bis auf 24 DM/m^2 jährlich erhöhen. Der Berliner Mieterverein hat ausgerechnet, daß es dadurch trotz der geltenden Preisbindung zu Mietsteigerungen um bis zu 40% kommen kann. Für 28759 Altbauwohnungen sind bis zum November 1981 Mieterhöhungen beantragt worden. Nach jahrelangem Vergammelnlassen ist es den Hausbesitzern ein Leichtes, die Instandhaltungspauschalen zu überschreiten.

Diese Mieterhöhungen werden sich vor allem auswirken, wenn diese Wohnungen für die Vergleichsmiete herangezogen werden, sobald – nach dem jetzt geltenden Recht – ab 1983 die Altbaumieten nach Umzug frei vereinbar werden. Die jetzt von CDU/FDP geplante Form der Verlängerung der „Preisbindung" bis 1987 (s. auch KVZ 2/82) bei Schaffung einer Wohnstandardmiete wird auch alles andere als bremsend wirken.

Erklärtes Ziel des Senats ist es, in den nächsten Jahren – möglichst bis zur Freigabe der Altbaumieten – die „Schere", die Mietdifferenzen zwischen den einzelnen Wohnungstypen, zu schließen. Dabei orientiert er sich in Richtung steuerbegünstigter Wohnungsbau, dessen Mieten z.T. schon 12 DM/^{2} betragen.

Mieterhöhung auch in Bundesländern

kvz. Wie aus einer vom „Handelsblatt" veröffentlichten Umfrage hervorgeht, werden die Bundesländer dem Westberliner Vorbild auf dem Fuße folgen. *Bayern* wird sowohl die Möglichkeit der Zinsanhebung für die öffentlichen Baudarlehen voll ausnutzen, als auch in München und Nürnberg Fehlbelegungsabgaben erheben. In *Baden-Württemberg* wird bislang auf die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe verzichtet, das Kabinett hat aber bereits die Anhebung der Altzinsen angeordnet. In *Bremen* existiert bereits seit längerem eine gestaffelte Fehlbelegungsabgabe für die Baujahrgänge ab 1967. Von der Möglichkeit der Zinsanhebung will der Stadtstaat „wenn überhaupt", dann „nur sehr maßvoll" Gebrauch machen. Für *Hamburg* kündigt Bausenator Lange ebenfalls Fehlbelegungsabgabe und Zinsanhebung an. *Hessens* Landesregierung prüft noch Details einer Fehlbelegungsabgabe in Frankfurt, wird sie aber wohl zusammen mit der Zinsanhebung ab 1.1.1983 einführen. *Niedersachsen* hat sich angeblich noch nicht für oder gegen eine Fehlbelegungsabgabe entschieden, an der Rechtsverordnung für die Zinsanhebung aber arbeiten Albrechts Ministerialbeamte „zügig". *Nordrhein-Westfalen* will bis 1. Juli entscheiden, inwieweit von den Mieterhöhungen Gebrauch gemacht wird. *Rheinland-Pfalz* will die Zinsanhebung so rasch wie möglich durchsetzen, auf eine Fehlbelegungsabgabe wird wenigstens vorerst verzichtet. *Schleswig-Holstein* will den Zeitpunkt der Zinsanhebung kommende Woche verkünden. Da keine Stadt über 300000 Einwohner zählt, wird es keine Fehlbelegungsabgabe geben. Dies gilt auch für das *Saarland*, das aberaufgrund seiner besonderen Stellung bereits früher eine Zinsanhebung vorgenommen hat. Meist werden jetzt 5% verlangt.

Erster Schritt zur kapitalistischen „Lösung"

Mit diesen Maßnahmen folgen die Länderregierungen den Beschlüssen, die Bundesrat und Bundestag im Zusammenhang mit dem Haushaltsstrukturgesetz gefaßt haben. Sie lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen.

1. Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung diejenigen Gemeinden mit über 300000 Einwohnern sowie den umliegenden Wirtschaftsraum bestimmen, wo eine Fehlbelegungsabgabe erhoben wird. Mieter in Sozialwohnungen haben dann eine Ausgleichszahlung zu leisten, und zwar in Höhe von monatlich je Quadratmeter Wohnfläche
– 0,50 DM, wenn die Einkommensgrenzen um mehr als 20% überschritten werden,
– 1,25 DM bei Überschreitung von mehr als 35%,
– 2,00 DM bei Überschreitung der Einkommensgrenzen um mehr als 50%.

Die Ausgleichszahlung wird je nach Baujahrgang erstmals zum 1.1.1983, bzw. 1.1.1984 oder 1.1.1985 erhoben. Alle Sozialmieter müssen regelmäßig ihr Einkommen überprüfen lassen, wofür wiederum ein neues Fehlbelegungskontrollamt zu schaffen ist.

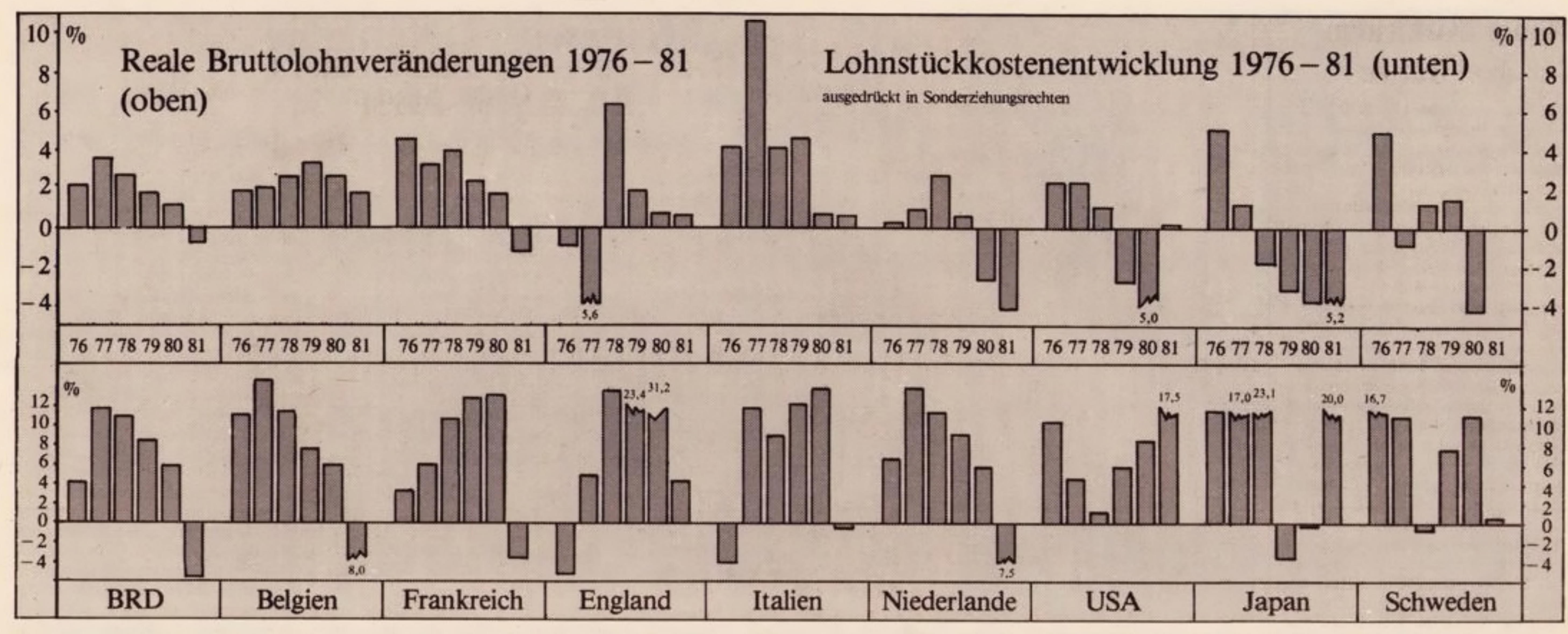
2. Die Länder können bestimmen, daß die öffentlichen Baudarlehen, die vor dem 1. Januar 1960 bewilligt worden sind, künftig mit bis zu 8% zu verzinsen sind. In der Regel bedeutet dies eine Verdoppelung der Zinskosten, die die Hauseigentümer voll auf die Miete aufschlagen können. Für Baudarlehen, die zwischen dem 31.12.1959 und dem 1.1.1970 bewilligt wurden, können die Zinsen auf 6% angehoben werden.

3. Bei vorzeitiger Rückzahlung der öffentlichen Darlehen entfällt die Mietpreisbindung in Gemeinden unter 200000 Einwohnern 6 Monate nach der Rückzahlung.

4. Die steuerlichen Subventionen für Bauherren im Rahmen des §7b Einkommenssteuergesetz werden deutlich verbessert. Die Erhöhung der Abschreibungshöchstbeträge bringt bei einem Grenzsteuersatz von 30% pro Monat 62,50 DM an zusätzlicher Vergünstigung, bei höherem Einkommen und Steuersatz entsprechend mehr. Dazu kommt ein Baukindergeld von 50 DM pro Monat ab dem 2. Kind.

5. Die degressive Abschreibung für alle Gebäude – soweit nicht §7b – wird in den ersten acht Jahren von 3,5% auf 5% angehoben. Das bringt an zusätzlicher Steuersubvention für Bauherren rund 150 bis 200 DM pro Monat und Wohnung, die sie bauen.

Mit diesen Maßnahmen hat die Bundesregierung in trauter Eintracht mit den Unionsparteien jenen Weg zur „Lösung" der gegenwärtigen Wohnungsnot eingeschlagen, der da lautet, die Mieten müssen steigen, damit's dem Kapital wieder zu investieren gefällt. Und Leute wie Lothar Späth sind sich nicht zu blöde, das geltende Mietrecht als Investitionssperre hinzustellen, die mithin nicht bloß für fehlende Wohnungen, sondern auch noch die Arbeitslosigkeit auf dem Bau verantwortlich sei. Traurig genug, daß sich die SPD immer weiter auf diese Tour einläßt, behauptet doch etwa Bauminister Haack, allein durch die Fehlbelegungsabgabe ließen sich 30000 Sozialwohnungen finanzieren. Daß er gleichzeitig eine Erhöhung des Miet*niveaus* besorgt hat, verschweigt er. Passend hierzu werden den Wohnungsunternehmen und jenen, die *nicht* die Hauptbetroffenen der Wohnungsnot sind, Zuschüsse aus dem öffentlichen Haushalt verteilt.



Reallohnsenkung weltweit

Eine Übersicht über die internationale Lohnentwicklung

Die Lohnentwicklung eines Landes wird auch von der internationalen Entwicklung beeinflußt. Auf dem Weltmarkt vergleichen sich die Lohnstückkosten, wobei sie ihr nationales Währungsmaß ablegen und sich auf einen einheitlichen Maßstab beziehen. Ein solcher Maßstab sind die Sonderziehungsrechte. Sinkt der Außenwert der Mark, so sinken auch die Lohnstückkosten, wenn sie in Sonderziehungsrechten ausgedrückt werden. Steigt andererseits der Wert des Dollars, so steigen auch die amerikanischen Lohnstückkosten in bezug auf den Weltmarkt. Und genau dies ist im vergangenen Jahr geschehen. Deshalb stehen die westdeutschen Kapitalisten in der internationalen Konkurrenz so günstig da.

Über zwei Länder berichten wir ausführlicher: über die USA und Großbritannien. Dort hat sich der Reallohn in den letzten Jahren am wenigsten entwickelt, hat sicherlich die Mehrverausgabung von Arbeit nicht ausgeglichen. In den USA wird nun selbst der Tariflohn gekürzt, in Großbritannien stehen erbitterte Streiks bevor. Gleichzeitig kürzen die Regierungen – wie in anderen Ländern auch – am „Soziallohn".

USA: Verhandelt wird über Kürzungen des Tariflohns

frb. „Wirtschaft schlecht, es sei denn, du bist reich", so sieht die linke Wochenzeitung „Guardian" das kommende Jahr. Verflossen die Überschriften der Wirtschaftspresse Anfang des vorigen Jahres, die ein „unerwartetes Wirtschaftswachstum" feierten. Kaum ein halbes Jahr hat die Blüte gedauert, und die neuerliche Krise könnte die tiefste seit dem Kriegsende werden. Es sind mehr Arbeiter arbeitslos, als die ganze westdeutsche Industrie beschäftigt, und die Arbeitslosenrate wird dieses Jahr wohl zweistellig werden. So sehen die Kapitalisten die Gelegenheit gekommen, tiefgehende Veränderungen im Lohnniveau durchzusetzen, und die ersten Verhandlungen dieses Jahres weisen auch bereits in diese Richtung.

Gleichzeitig hat Reagan bereits weitere Einschnitte bei den nationalen Sozialleistungen und der Gesundheitsversorgung angekündigt. Die bereits vom Kongreß beschlossenen Maßnahmen, die eine massive Beschneidung des Reproduktionsfonds der Arbeiter und nicht erwerbstätigen Armen zugunsten der Reichen vorsehen, wirken sich jetzt voll aus. Eine New Yorker Consulting-Firma hat kürzlich das Ausmaß dieser Umverteilung für 1982 beziffert. Danach werden die Maßnahmen einen Verlust von 19 Mrd. $ für die Arbeiter und Armen bringen, dagegen einen Gewinn von fast 10 Mrd. $ für die Reichen.

Für Familien mit einem Einkommen unter 11500 $ wird der Nettoverlust durch die Haushalts- und Steuerkürzungen 8 Mrd. $ betragen, für jene in der Einkommensklasse von 11500 bis 22900 $ weitere 10,8 Mrd. $. In der nächsthöheren Einkommensklasse bis 47500 $ wird ein Gewinn von 600 Mio. $ herausspringen, die relativ wenigen mit noch höheren Einkommen werden mit 9,2 Mrd. $ beglückt.

Entwicklung des Reallohns

	1975 – 80	1980 – 81*
Westdeutschland	10,9	– 0,8
Belgien	12,3	1,8
Frankreich	15,1	– 1,2
Großbritannien	2,2	0,6
Italien	22,3	4,3
Niederlande	1,6	– 4,2
USA	– 1,7	0,1
Japan	– 2,5	– 5,2

* Vergleich 1. Halbjahr – Quelle: IWF, OECD, Jahresgutachten des Sachverständigenrates. Die Angaben beziehen sich auf Bruttostundenverdienste in der Industrie; für Großbritannien und Japan: Bruttomonatsverdienste; für Italien, Niederlande: Tarifliche Stundenlöhne.

Bis 1985 werden die Verluste einerseits auf 30 Mrd. $ klettern, während sich die Gewinne auf der anderen Seite auf 140 Mrd. $ summieren werden.

„Was die Arbeiter brauchen, ist ein allseitiger Gegenschlag", zitiert denn der „Guardian" einen seit 25 Jahren aktiven Funktionär der Automobilarbeitergewerkschaft UAW. „Wir können General Motors nicht nur am Verhandlungstisch bekämpfen, bloß um Löhne und Gratifikationen. Wir müssen darüber reden, wie die Militärausgaben die Wirtschaft vergiftet haben. Wir müssen die Banken und die Zentralbank wegen der hohen Zinsen angreifen. Wir müssen eine umfassende Einheit haben, oder sie spalten und herrschen."

Seit drei Jahren bereits sinkt der Reallohn in den USA, das Niveau liegt heute unter dem des Jahres 1975. Die Entwicklung ist ungünstiger als in den meisten anderen Industrieländern. Dies hat bis in die jüngste Zeit angehalten. Auf real 145,65 $ berechnete das Arbeitsministerium den durchschnittlichen Inhalt der wöchentlichen Lohntüte (real weekly take-home pay) für den Monat November 1981 verglichen mit 150,20 $ im November 1980 (jeweils in Preisen von 1977). Das ist ein Rückgang um 4,3%.

Dieses Jahr ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil die entscheidenden Tarifverträge – die in den USA gewöhnlich drei Jahre laufen – neu verhandelt werden. Für 3,6 Millionen Arbeiter laufen die Verträge aus, wobei zu beachten ist, daß lediglich 22 Millionen der rund 98 Millionen Zivilbeschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind. Die bisherigen Reallohnsenkungen sind eine Folge der hohen Inflationsrate, die trotz der üblichen Preisgleitklausel die Erhöhung der Nominallöhne übertroffen hat. Erstmals seit 1977 ist die Inflationsrate im November wieder knapp einstellig: 9,8%. Doch nun werden die *Nominallöhne selbst* gesenkt. Die Beschäftigten bei den Luftfahrtgesellschaften, in der Stahl- und Kautschukindustrie sollen verschiedentlich bereits eine Kürzung ihres Lohnes hingenommen haben.

Einen Meilenstein rückwärts bilden die Verhandlungen in der Automobilindustrie, über die auch hierzulande genüßlich publiziert wurde. An sich laufen die Tarifverträge erst im September aus, aber der Vorstand der Automobilarbeitergewerkschaft UAW hat erstmals der Neuverhandlung eines bestehenden Vertrages zugestimmt und sich mit einer Kürzung des Lohnes einverstanden erklärt. General-Motors-Präsident Roger Smith nannte das Ereignis „historisch". Es geht jetzt nur noch darum, wie hoch die Lohnkürzung ausfällt, welche Bestandteile gekürzt werden und wie lange der Vertrag laufen soll. General Motors und Ford verlangen Lohnkürzungen von ¼, die UAW gesteht bislang etwa 10% zu. Die Kapitalisten wollen an den Grundlohn, die Gewerkschaft will lediglich bei den Zulagen, die aber 40% des Effektivlohnes ausmachen, Einschränkungen zugestehen. Das ganze Zugeständnis der Kapitalisten besteht darin, daß sie die Lohnsenkung voll im Preis ihrer Produkte weitergeben wollen.

Jeder Vertrag, den die UAW abschließt, muß durch eine Urabstimmung bestätigt werden, so daß über den Erfolg der Kapitalisten noch lange nicht entschieden ist. Man darf aber nicht vergessen, daß die Gewerkschaften unter erheblichem Druck stehen. Erstens kommt jetzt voll zur Wirkung, daß die USA ihren historischen Vorsprung im Entwicklungsniveau der Arbeitsproduktivität eingebüßt haben, und dies kann unter kapitalistischen Bedingungen kaum anders als in einer Lohnsenkung enden. Zweitens mußten die gewerkschaftlichen Organisationen im letzten Jahr eine Reihe von schweren Schlägen einstecken. Dafür steht die Niederlage beim Chemiekonzern Du Pont, nach IBM das zweitgrößte nichtgewerkschaftliche Unternehmen der USA. Die Gewerkschaft wird nämlich in den einzelnen Betrieben nur anerkannt, wenn mehr als die Hälfte der Belegschaft dies verlangt. Eine solche Abstimmung hat die zuständige United Steel Workers (USW) nach langer Vorbereitung vergangenen Dezember verloren. 4000 von 11224 zur Abstimmung aufgerufenen Beschäftigten haben für die Gewerkschaft gestimmt. In keinem von 14 einbezogenen Werken gab es eine Mehrheit für die Gewerkschaft. In der gesamten Wirtschaft war der gewerkschaftliche Organisationsgrad bereits 1980 auf knapp 21% gesunken.

Die jetzigen Lohnkürzungen bei General Motors, die mittelbar auf fast alle Bereiche wirken, wurden im Grunde bereits mit dem Kuhhandel beim dritten der großen Automobilkonzerne, Chrysler, im vorigen Frühjahr vorbereitet. Erst langsam beginnen die Erfahrungen daraus zu wirken. Obwohl die Arbeiter bei Chrysler im Vergleich zu GM und Ford auf über 1000 $ an Lohn und Zulagen verzichtet haben, sind die Entlassungen dort weitergegangen. Chrysler hatte 100000 Beschäftigte vor dem „Kompromiß", jetzt hat der Konzern noch 50000.

Eine andere Entwicklung, die Beachtung verdient, sind die regionalen Demonstrationen nach der großen Demonstration im September in Washington. Offenbar bedienen sich die lokalen Gewerkschaften wieder vermehrt dieses Kampfmittels, das bei den Vorständen noch vor kurzem verpönt war. An der Lohnfront hervorzuheben ist die Ablehnung eines 19%-Angebots durch die Gewerkschaft in der Mineralölindustrie dieser Tage. Vergangenes Jahr hatte die Erhöhung der Tarifsätze im statistischen Durchschnitt 11,4% betragen.

Die Lohnsenkungen werden nicht zu verhindern sein, und es wird kaum zu großen Streiks kommen. In den Gewerkschaften aber wird es weitere Umwälzungen geben und lokale Aktionen werden zunehmen.

Großbritannien: Reallohnsenkungen nicht mehr zu verhindern

In Großbritannien ist die Lage, was die Streikbereitschaft angeht, wohl angespannter als in den meisten anderen Ländern. Die Kapitalisten haben es erst vor kurzem geschafft, den Anstieg des durchschnittlichen Lohnes unter die Inflationsrate zu drücken. Die letzten Jahre war es gerade so gelungen, das erreichte Reallohnniveau zu halten. Seit einem guten halben Jahr haben die Preissteigerungen die Erhöhung der Nominallöhne überflügelt. Im November überstiegen die Wochenlöhne gar den Vorjahreswert um nur 6,2% – bei einer Inflationsrate, die wieder auf 12% gestiegen ist. Im September war für die Einkommen abhängig Beschäftigter eine Zuwachsrate von 9,3% angegeben worden, so daß im Jahresdurchschnitt 1981 von einer deutlichen Kürzung des realen Lohns ausgegangen werden muß.

Dieses Jahr hat gleich mit einem Streik der Lokführer und Heizer der British Rail begonnen. Es geht um eine 3%-Zulage im Rahmen eines seit Monaten abgeschlossenen Tarifvertrages über insgesamt 11%. Die Zulage hätte am 4. Januar gezahlt werden müssen, wird aber von der Bahnverwaltung verweigert. Sie will den Lokführern eine Arbeitszeitregelung aufdrücken, die sich ganz den Bedürfnissen des Unternehmens anpaßt. Seit 1919 ist der Arbeitstag der Lokführer auf 8 Stunden festgelegt. „Sakrosankt seit 1919", schreibt die Financial Times – und die „Frankfurter Allgemeine" schwätzt es für hier nach – empört über so viel Rückschritt und Traditionalismus. Kapitalistischer Fortschritt muß her: Schichten im Wechsel von 7 oder 9 Stunden täglich, mal 35 mal 45 Stunden wöchentlich. Es ist der erste landesweite Streik bei der Eisenbahn seit 1955.

Die Kapitalisten sind hier besonders kiebig, weil die Eisenbahn zum öffentlichen Dienst gehört und die Abschlüsse hier ganz entgegen den Regierungsverlautbarungen bislang meist über den Abschlüssen in der Privatindustrie lagen. 4% hatte die Regierung Thatcher im September als Lohnleitlinie gesetzt, die Abschlüsse seither liegen zwischen 6,3 und 7,8%. Immerhin aber liegen diese Abschlüsse um die Hälfte unter dem Vorjahresniveau. Letzte Woche haben die Beschäftigten der Wasserwerke eine 9,1%-Erhöhung mit 10:9 Stimmen angenommen. Die kommunalen Arbeitgeber haben 7,8% plus eine Arbeitszeitverkürzung angeboten (im Maschinenbau war im November die 39-Stunden-Woche eingeführt worden).

An die 4% müsse sich auch die staatliche Kohleindustrie halten, fordern die Kapitalisten, zumal in der Privatindustrie gegenwärtig Abschlüsse von 4 – 6% üblich seien, in wirtschaftlich bedrohten Branchen sogar 0,0%. Der National Coal Board hatte 9,3% geboten, der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft (National Union of Mineworkers) rief zur Ablehnung auf. Es sieht nun aber so aus, als ob die notwendige Ablehnung durch mindestens 55% der Bergarbeiter nicht zustande kommt. Zwar wurde im mit Abstand größten Revier in Yorkshire eine Ablehnung von 69% erreicht, sie reicht aber nicht aus, die Zustimmung in anderen Bezirken (so 70% in Nottingham) auszugleichen. (Die Ergebnisse aus Südwales stehen bei Redaktionsschluß noch aus.)

Vor der Urabstimmung waren Erinnerungen an den Bergarbeiterstreik von 1974 geweckt worden, der schließlich mitverantwortlich für die Abwahl der Regierung Heath war. Ein Streik jetzt könne nur mit einer Demütigung der Regierung oder mit einer historischen Niederlage der Gewerkschaft enden, hatte es geheißen.

Kennzeichnend für die jetzt insgesamt ungünstigere Entwicklung ist sicherlich die Niederlage in der Auseinandersetzung mit BL (British Leyland) im November. Brutal hatte Leyland-Chef Sir Michael Edwards (Jahreseinkommen: 400000 Mark), der im Auftrag des britischen Staates über die Produktionsmittel des Konzerns verfügt, angedroht, er werde die Werke schließen lassen, wenn sein Angebot von 3,8% nicht angenommen werde. Dies angesichts dessen, daß die Belegschaft mit zweimal 5, dann 6,8% seit Jahren Abschlüsse weit unter der Inflationsrate hinnehmen muß. Aber die Erpressung kam (knapp) durch, im Hauptwerk Longbridge wurde das „Angebot" mit 60:40 angenommen, in einem anderen wichtigen Werk wurde es abgelehnt.

Die Auseinandersetzungen bei BL hat viel Verbitterung hinterlassen. Aber sie hat auch gezeigt, wie schwer im Lohnkampf gegen die Interessen des Kapitals anzukommen ist. Daß die britischen Gewerkschaften dagegen noch kein Mittel gefunden haben, zeigt sich auch in der knapp verlorenen Urabstimmung bei den Bergarbeitern.

des vorigen Jahres, die ein „unerwartetes Wirtschaftswachstum" feierten. Kaum ein halbes Jahr hat die Blüte gedauert, und die neuerliche Krise könnte die tiefste seit dem Kriegsende werden. Es sind mehr Arbeiter arbeitslos, als die ganze westdeutsche Industrie beschäftigt, und die Arbeitslosenrate wird dieses Jahr wohl zweistellig werden. So sehen die Kapitalisten die Gelegenheit gekommen, tiefgehende Veränderungen im Lohnniveau durchzusetzen, und die ersten Verhandlungen dieses Jahres weisen auch bereits in diese Richtung.

Gleichzeitig hat Reagan bereits weitere Einschnitte bei den nationalen Sozialleistungen und der Gesundheitsversorgung angekündigt. Die bereits vom Kongreß beschlossenen Maßnahmen, die eine massive Beschneidung des Reproduktionsfonds der Arbeiter und nicht erwerbstätigen Armen zugunsten der Reichen vorsehen, wirken sich jetzt voll aus. Eine New Yorker Consulting-Firma hat kürzlich das Ausmaß dieser Umverteilung für 1982 beziffert. Danach werden die Maßnahmen einen Verlust von 19 Mrd. $ für die Arbeiter und Armen bringen, dagegen einen Gewinn von fast 10 Mrd. $ für die Reichen.

Für Familien mit einem Einkommen unter 11500 $ wird der Nettoverlust durch die Haushalts- und Steuerkürzungen 8 Mrd. $ betragen, für jene in

Seit drei Jahren bereits sinkt der Reallohn in den USA, das Niveau liegt heute unter dem des Jahres 1975. Die Entwicklung ist ungünstiger als in den meisten anderen Industrieländern. Dies hat bis in die jüngste Zeit angehalten. Auf real 145,65 $ berechnete das Arbeitsministerium den durchschnittlichen Inhalt der wöchentlichen Lohntüte (real weekly take-home pay) für den Monat November 1981 verglichen mit 150,20 $ im November 1980 (jeweils in Preisen von 1977). Das ist ein Rückgang um 4,3%.

Dieses Jahr ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil die entscheidenden Tarifverträge – die in den USA gewöhnlich drei Jahre laufen – neu verhandelt werden. Für 3,6 Millionen Arbeiter laufen die Verträge aus, wobei zu beachten ist, daß lediglich 22 Millionen der rund 98 Millionen Zivilbeschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind. Die bisherigen Reallohnsenkungen sind eine Folge der hohen Inflationsrate, die trotz der üblichen Preisgleitklausel die Erhöhung der Nominallöhne übertroffen hat. Erstmals seit 1977 ist die Inflationsrate im November wieder knapp einstellig: 9,8%. Doch nun werden die *Nominallöhne selbst* gesenkt. Die Beschäftigten bei den Luftfahrtgesellschaften, in der Stahl- und Kautschukindustrie sollen verschiedentlich bereits eine Kürzung ihres Lohnes hingenommen haben.

erkannt, wenn mehr als die Hälfte der Belegschaft dies verlangt. Eine solche Abstimmung hat die zuständige United Steel Workers (USW) nach langer Vorbereitung vergangenen Dezember verloren. 4000 von 11224 zur Abstimmung aufgerufenen Beschäftigten haben für die Gewerkschaft gestimmt. In keinem von 14 einbezogenen Werken

Großbritannien: Reallohnsenkungen nicht mehr zu verhindern

In Großbritannien ist die Lage, was die Streikbereitschaft angeht, wohl angespannter als in den meisten anderen Ländern. Die Kapitalisten haben es erst vor kurzem geschafft, den Anstieg des durchschnittlichen Lohnes unter die Inflationsrate zu drücken. Die letz-

Reallohnsenkung weltweit

Eine Übersicht über die internationale Lohnentwicklung

Die Lohnentwicklung eines Landes wird auch von der internationalen Entwicklung beeinflußt. Auf dem Weltmarkt vergleichen sich die Lohnstückkosten, wobei sie ihr nationales Währungsmaß ablegen und sich auf einen einheitlichen Maßstab beziehen. Ein solcher Maßstab sind die Sonderziehungsrechte. Sinkt der Außenwert der Mark, so sinken auch die Lohnstückkosten, wenn sie in Sonderziehungsrechten ausgedrückt werden. Steigt andererseits der Wert des Dollars, so steigen auch die amerikanischen Lohnstückkosten in bezug auf den Weltmarkt. Und genau dies ist im vergangenen Jahr geschehen. Deshalb stehen die westdeutschen Kapitalisten in der internationalen Konkurrenz so günstig da.

Über zwei Länder berichten wir ausführlicher: über die USA und Großbritannien. Dort hat sich der Reallohn in den letzten Jahren am wenigsten entwickelt,

se hier ganz entgegen den Regierungsverlautbarungen bislang meist über den Abschlüssen in der Privatindustrie lagen. 4% hatte die Regierung Thatcher im September als Lohnleitlinie gesetzt, die Abschlüsse seither liegen zwischen 6,3 und 7,8%. Immerhin aber liegen diese Abschlüsse um die Hälfte unter dem Vorjahresniveau. Letzte Woche haben die Beschäftigten der Wasserwerke eine 9,1%-Erhöhung mit 10:9 Stimmen angenommen. Die kommunalen Arbeitgeber haben 7,8% plus eine Arbeitszeitverkürzung angeboten (im Maschinenbau war im November die 39-Stunden-Woche eingeführt worden).

An die 4% müsse sich auch die staatliche Kohleindustrie halten, fordern die Kapitalisten, zumal in der Privatindustrie gegenwärtig Abschlüsse von 4 – 6% üblich seien, in wirtschaftlich bedrohten Branchen sogar 0,0%. Der National Coal Board hatte 9,3% geboten, der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft (National Union of Mineworkers) rief zur Ablehnung auf. Es sieht nun aber so aus, als ob die notwendige Ablehnung durch mindestens 55% der Bergarbeiter nicht zustande kommt. Zwar wurde im mit Abstand größten Revier in Yorkshire eine Ablehnung von 69% erreicht, sie reicht aber nicht aus, die Zustimmung in anderen Bezirken (so 70% in Notting-



Gegen die Pläne des PvdA-Vorsitzenden und niederländischen Arbeits- und Sozialministers den Uyl, die Auszahlung des Krankengeldes von 100% des Nettolohnes auf 80% zu kürzen, stoßen auf eine geschlossene Front der Gewerkschaften. Aus 18 Rotterdamer Metallbetrieben wurden harte Aktionen gefordert. Bauarbeiter haben am Freitag ihre Ablehnung demonstriert. Am Montag hat der Vorstand des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV Aktionen angekündigt, Arbeitsniederlegungen und Streiks, falls das Kabinett die Pläne der II. Kammer vorlegt. Die PvdA lanciert als Alternative eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge der Arbeiter, bei Durchschnittslohn ca. 0,3 bis 0,35% Beitragserhöhung. *Bild:* „Davon werde ich nun krank" – Aktion der Gewerkschaft Bau und Holz des FNV.

Westberlin: Abschluß im Metallhandwerk

nia. Die IG Metall hat für die 15000 Beschäftigten im metallverarbeitenden Handwerk in Westberlin in der vergangenen Woche mit 4,7%, rückwirkend ab 1.1.82, abgeschlossen. Der Ecklohn wurde von 11,63 DM auf 12,18 DM angehoben. Der Tarifvertrag gilt bis mindestens zum 31.1.83.

Großkundgebungen der IG Bau-Steine-Erden

kvz. Zu Kundgebungen in Essen, am 23.1., 11.00, Grugahalle, und in München, 24.1., 11.00, Bayernhalle, ruft die IG BSE unter folgenden Schwerpunkten auf: „Die wirtschaftliche Situation im Baugewerbe, Sicherung der Arbeitsplätze, Leiharbeit – Auslandsfirmen, Einleitung der Lohn- und Gehaltsrunde 1982". Außerdem sollen sich die Kundgebungen richten gegen die Ablehnung des Schlichtungsspruchs zur Urlaubsregelung durch die Baukapitalisten. Der Schlichtungsspruch sah die Erhöhung des Urlaubsgeldes sowie die Steigerung der Urlaubstage von 21 auf 22 (ab 18 Jahre), bzw. 24 auf 25 (ab 35 Jahre) ab 1.1.1983 vor. Nach der Ablehnung des

industrie liege. Franz-Josef Weisweiler, der Verhandlungsführer der Stahlkapitalisten, hatte in der vorigen Woche eine sechsmonatige Lohnpause vorgeschlagen. – Der erste Verhandlungstermin für die Stahlindustrie wird nicht vor dem zweiten Verhandlungstermin für die Verarbeitung am 2. Februar sein.

Landesweiter Streik in Indien

kvz. Am Dienstag dieser Woche riefen die acht größten Gewerkschaftsverbände der indischen Arbeiterbewegung zu einem 24stündigen landesweiten Streik auf. Er richtet sich gegen zwei Gesetze der Regierung, die erlauben, Personen ohne Gerichtsverfahren zu verhaften und Streiks in den wichtigsten Wirtschaftszweigen verbieten. Sicher ist, daß in Westbengalen eine fast vollständige Arbeitsniederlegung gelang, auch in den gesamten öffentlichen Einrichtungen. Nach *Regierungsangaben* blieb es in anderen Landesteilen relativ ruhig.

„Der Gewerkschafter" – als Wächter der Sitten?

acm. „Der Gewerkschafter", Monatszeitschrift der IGM brachte es ganz

„Meuterei", „Nötigung"! Kampf bei Videocolor spitzt sich weiter zu

Einstimmigkeit bei Fortsetzung des Streiks / „Fristlose Kündigung" für alle Arbeiter

acm. Mittwoch, 20.1. Wie hatte der Mensch von „vorläufiger Vergleichsverwalter" an den Betriebsrat geschrieben: „Die Arbeitsniederlegungen und angedrohte Besetzung des Werkes sind keine legalen Streikmaßnahmen und werden von mir als ‚Meuterei' zum Zwecke der Nötigung angesehen. Derartige Handlungen kann ich nur unter strafrechtlichen Aspekten betrachten und beurteilen. Gespräche oder gar Verhandlungen mit ‚Meuterern' lehne ich ab."

Nun, der Streik, den die Belegschaft seit fast zwei Wochen führt, hat die Einigungsstelle am letzten Freitag/Samstag schon wieder verhandeln und einen neuen Vorschlag herausgeben lassen. Vorgesehen war ein Sozialplan zwischen 17 und maximal 21,5 Mio. DM. Der Betriebsrat hatte dagegen schon früher 46 Mio. DM gefordert. Waren ursprünglich in der Vergleichsmasse alle Gebäude usw. vorgesehen, so sollten sie auch nach dem Willen des Vorsitzenden der Einigungsstelle – Schröder-Prinzen vom Bundessozialgericht – nun nur noch bis 21,5 Mio. DM in Anschlag gebracht werden.

Als zusätzliche Frechheit wurde gleich mit vorgelegt: eine Maßregelungsklausel nach dem Motto: wer dann und dann nicht wieder auf der Arbeit ist, wird fristlos gekündigt, fällt aus dem Sozialplan raus.

Für das betriebliche Streikkomitee, das am Sonntag den „Einigungsspruch" beriet, lag die Unannehmbarkeit auf der Hand. Für Montag morgen, zur Frühschicht, wollte es der Belegschaft eine Resolution über die Weiterführung des Streiks vorlegen.

Noch am Sonntag fand dann ein „Familientag" bei Videocolor statt, Hunderte waren im Werk, nicht auf Einladung der Geschäftsleitung – sie gab keine Genehmigung – sondern des Streikkomitees. Die Solidarität der Ulmer Bevölkerung wird hergestellt und die Argumente der Arbeiter sind stichhaltig – auch im Angesicht von 5400 Arbeitslosen und 326 offenen Stellen in Ulm selber. Selbst „Panorama"-Autoren und Filmteam hatten keine Schwierigkeit, die Solidarität im Kampf von deutschen und ausländischen Arbeitern – von den 1700 Arbeitern sind ja allein 560 Türken – in der rechten Atmosphäre zu schildern.

Die Geschäftsleitung, angeblich um Ausgleich bemüht, aber in den letzten Wochen immer schon mit fristlosen Entlassungen drohend, hat mittlerweile drei fristlose Entlassungen beim Betriebsrat beantragt. Darunter der Sprecher des Streikkomitees, Udo Tischer, und auch ein türkischer Arbeiter. Begründung: „Nötigung" durch das Streikkomitee und deren Verantwortliche.

Doch wie es jetzt aussieht, wird die „Nötigung" auch wieterhin die vorherrschende Kampfform gegen die Betriebsschließung bleiben. Denn die Streikversammlungen der drei verschiedenen Schichten brachten eindeutige Ergebnisse: Die vorgelegte Resolution des Streikkomitees wurde in der Frühschicht (bei einer Enthaltung) und in den darauf folgenden Versammlungen einstimmig angenommen. Und dabei war es wohl sehr wichtig, daß der IG Metall-Vertreter die nationale Bedeutung dieses Kampfes hervorhob, ein „Test, der für alle Arbeitnehmer von Bedeutung" ist in der Front der „Arbeitnehmer gegen das Kapital". Er betonte, daß die IGM nur aus rechtlichen Gründen den Kampf nicht „offiziell" unterstützen könne, sich die Arbeiter aber auf die Gewerkschaft verlassen könnten. Er berichtete von der großen Unterstützung des Kampfes, der sich auch in bisher eingegangenen Spendengeldern von über 10000 DM ausdrücke. Es sei „keine leichte Position", die die Arbeiter in ihrem Kampf einnähmen, aber eine in jedem Umfang unterstützenswerte.

Am Dienstag morgen dann wollte die Geschäftsleitung um 6.00 Uhr die Maschinen anstellen – nichts lief. Kein Rad. Daraufhin die Entlassung aller Arbeiter bei Videocolor, frisflos, versteht sich. Hatte sich die Geschäftsleitung gedacht, sie könne sich vielleicht auf ca. 200 Angestellte und Meister – in einem anderen Werksteil – stützen, so mußte sie sich im Laufe des Dienstags enttäuscht sehen. Schon über 150 Angestellte haben eine Resolution zur Unterstützung des Streiks unterschrieben und damit nochmal verbesserte Ausgangsbedingungen für den Kampf geschaffen.

Ein Autokorso am Spätnachmittag zum Rathaus in Ulm sollte nochmal Druck auf die örtliche Stadtverwaltung und „Repräsentanten" machen. Landesregierung und Bund halten bislang den Mund, ein Staatssekretär war „nicht zu sprechen".

Eine Delegation der Belegschaft ist jetzt auf dem Wege nach Paris und Italien, um mit Vertretern der CGT und der italienischen Gewerkschaften zu sprechen. Vertreter der IG Metall sind mit dabei. Die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Werken, den internationalen Gewerkschaften, dürfte auch zur Kräftestärkung beitragen. Bei der Gegnerschaft ist dies wichtig. Denn zum Feind, Geschäftsleitung und länderübergreifend der Thomson-Brandt-Konzern, ist ja jetzt die Staatsmacht hinzugekommen in Form von Konkursverwalter und Einigungsstelle. Nach kapitalistischem Recht könnte die Polizei schon auf der Matte stehen, um die „Besetzung", von der man in der Belegschaft eben aus rechtlichen Gründen nicht gerne spricht, im Interesse der Kapitalisten gewaltsam aufzuheben. Wer weiß, ob der Kampf bei Videocolor nicht auch in dieser Hinsicht ein erneutes Exempel kapitalistischer Willkürherrschaft schaffen wird?

Die Arbeiterwohlfahrt Ulm hat ein Spendenkonto eingerichtet: „Solidarität für Videocolor", BfG Ulm, Kto. Nr. 1019829100. Die IGM unterstützt dieses Konto.

Zeitverträge unzulässig?

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts läßt in der Praxis einiges offen

bl. Das Bundesarbeitsgericht hat jetzt die befristeten BAT-Verträge (sog. „Große BAT-Verträge" = 3-Jahresverträge, und „Kleine BAT-Verträge" = mehrfache Befristung von ½-Jahres- oder Jahres-Verträgen) für die Lehrer in Hessen für unzulässig erklärt. Die praktische Relevanz des Ur-

zum angegebenen Zeitpunkt bekundet hat.

Der Kündigungsschutz für Schwangere, für Schwerbehinderte und Betriebs- und Personalräte gilt bei einem wirksamen Zeitvertrag nicht. Der Lohnfortzahlungsanspruch von 6 Wochen bei Krankheit erlischt, wenn das

– 1980 beschlossen, daß alle tarifvertraglichen Möglichkeiten, Zeitverträge abzuschließen, einzuschränken sind und die Möglichkeit der Zeitverträge keinesfalls ausgeweitet werden darf.

Das Bundesarbeitsgericht hat von Anfang an kein Verbot von Zeitverträ-

höhung. *Bild:* „Davon werde ich nun krank" – Aktion der Gewerkschaft Bau und Holz des FNV.

Westberlin: Abschluß im Metallhandwerk

nia. Die IG Metall hat für die 15000 Beschäftigten im metallverarbeitenden Handwerk in Westberlin in der vergangenen Woche mit 4,7%, rückwirkend ab 1.1.82, abgeschlossen. Der Ecklohn wurde von 11,63 DM auf 12,18 DM angehoben. Der Tarifvertrag gilt bis mindestens zum 31.1.83.

Großkundgebungen der IG Bau-Steine-Erden

kvz. Zu Kundgebungen in Essen, am 23.1., 11.00, Grugahalle, und in München, 24.1., 11.00, Bayernhalle, ruft die IG BSE unter folgenden Schwerpunkten auf: „Die wirtschaftliche Situation im Baugewerbe, Sicherung der Arbeitsplätze, Leiharbeit – Auslandsfirmen, Einleitung der Lohn- und Gehaltsrunde 1982". Außerdem sollen sich die Kundgebungen richten gegen die Ablehnung des Schlichtungsspruchs zur Urlaubsregelung durch die Baukapitalisten. Der Schlichtungsspruch sah die Erhöhung des Urlaubsgeldes sowie die Steigerung der Urlaubstage von 21 auf 22 (ab 18 Jahre), bzw. 24 auf 25 (ab 35 Jahre) ab 1.1.1983 vor. Nach der Ablehnung des
Schiedsspruchs ist die Friedenspflicht abgelaufen.

Stahl: Forderung ohne Mindestbetrag

bsc.Dortmund. Eine Forderung von 7,5 Prozent hat am Montag, den 18. Januar, die Große Tarifkommission der IG Metall für die Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen und Bremen beschlossen. Der Beschlußfassung in Mühlheim war eine mehrstündige Diskussion vorausgegangen, in der vor allem Delegierte aus Hagen für einen Mindestbetrag ähnlich der Forderung für die Metallverarbeitung eintraten. Ihnen wurde zweierlei entgegengehalten: erstens seien die Lohngruppen unterhalb des Ecklöhners wesentlich geringer belegt als in der Metallverarbeitung; und zweitens handele es sich bei einem großen Teil der Arbeiter in diesen Lohngruppen um solche, die über Einkommenssicherung sowieso mehr verdienen würden. Schließlich wird noch darauf verwiesen, daß in besonderen Fällen über betriebliche Maßnahmen ein Ausgleich möglich sei. Die Abstimmung der Delegierten, die gut 185000 Arbeiter und Angestellte vertreten, ging mit 106 zu 14 letztlich klar aus. – Erklärte Absicht der IG Metall ist, in der Stahlindustrie einen Abschluß im Fahrwasser der Metallverarbeitung zu erreichen. Das schließt nach eigenen Aussagen aber auch ein, daß für den Fall langwieriger Verhandlungen und Kampfmaßnahmen auch Streikaktionen in der Stahlindustrie gemacht werden. – Der Arbeitgeberverband ließ zu der 7,5 Prozent-Forderung erklären, daß sie weit über den Möglichkeiten der Stahl-

industrie liege. Franz-Josef Weisweiler, der Verhandlungsführer der Stahlkapitalisten, hatte in der vorigen Woche eine sechsmonatige Lohnpause vorgeschlagen. – Der erste Verhandlungstermin für die Stahlindustrie wird nicht vor dem zweiten Verhandlungstermin für die Verarbeitung am 2. Februar sein.

Landesweiter Streik in Indien

kvz. Am Dienstag dieser Woche riefen die acht größten Gewerkschaftsverbände der indischen Arbeiterbewegung zu einem 24stündigen landesweiten Streik auf. Er richtet sich gegen zwei Gesetze der Regierung, die erlauben, Personen ohne Gerichtsverfahren zu verhaften und Streiks in den wichtigsten Wirtschaftszweigen verbieten. Sicher ist, daß in Westbengalen eine fast vollständige Arbeitsniederlegung gelang, auch in den gesamten öffentlichen Einrichtungen. Nach *Regierungsangaben* blieb es in anderen Landesteilen relativ ruhig.

„Der Gewerkschafter" – als Wächter der Sitten?

acm. „Der Gewerkschafter", Monatszeitschrift der IGM brachte es ganz
groß: „BGH entlarvt Streikgespenst". „K.H." freut sich über ein Urteil des Bundesgerichtshofes in einem Fall von 1976, wo drei Studenten jetzt wegen Nötigung und Hausfriedensbruch verurteilt wurden, weil sie den Abbruch von Vorlesungen und Seminaren erzwungen hatten. Sie hatte ihre Aktionen als Bestandteil eines Streiks dargestellt. Der BGH hat jetzt dagegen entschieden (3 STR 449/450/81). Die Freude von „K.H." mündet in folgenden Kommentar: „Demonstrationen, Proteste und Boykottmaßnahmen werden bis heute als ‚Streik' bezeichnet. Die meisten spielen sich außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens ab. Leider haben die Gewerkschaften zu lange geschwiegen, als alle möglichen ‚Streikgespenster' auftauchten. Da wurde von Studentenstreiks, Vorlesungsstreiks und Schülerstreiks, von Milchstreik, Käuferstreik und kürzlich auch von Taxi-Streik gesprochen. Die von all diesen Fehlbezeichnungen ausgehende Begriffsverwirrung hatte zeitweilig soweit um sich gegriffen, daß selbst ein hoher Funktionär des DGB die Kassenärzte einmal vor einem ‚Ärzte-Streik' warnte. Obwohl die BRD nach wie vor eines der streikärmsten Länder der Welt ist, konnte infolge dieser Inflation von Streikgespenstern der gegenteilige Eindruck entstehen. ‚Damit ist nun Schluß. Streiken können nur Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften', sagte der BGH." Nach „K.H." ist nun die Rechtsordnung wiederhergestellt, die Gefahr der „Verunglimpfung" gebannt. Daß er mit einem solchen Kommentar in der Tat der Reaktion Tür und Tor öffnet, Gerichtsurteile absegnet zur Reinhaltung der „deutschen Nation", ist das Erschreckende.

dann und dann nicht wieder auf der Arbeit ist, wird fristlos gekündigt, fällt aus dem Sozialplan raus.

Für das betriebliche Streikkomitee, das am Sonntag den „Einigungsspruch" beriet, lag die Unannehmbarkeit auf der Hand. Für Montag morgen, zur Frühschicht, wollte es der Belegschaft eine Resolution über die Weiterführung des Streiks vorlegen.

Noch am Sonntag fand dann ein „Familientag" bei Videocolor statt, Hunderte waren im Werk, nicht auf Einladung der Geschäftsleitung – sie gab keine Genehmigung – sondern des Streikkomitees. Die Solidarität der Ulmer Bevölkerung wird hergestellt und die Argumente der Arbeiter sind stichhaltig – auch im Angesicht von

deutung dieses Kampfes hervorhob, ein „Test, der für alle Arbeitnehmer von Bedeutung" ist in der Front der „Arbeitnehmer gegen das Kapital". Er betonte, daß die IGM nur aus rechtlichen Gründen den Kampf nicht „offiziell" unterstützen könne, sich die Arbeiter aber auf die Gewerkschaft verlassen könnten. Er berichtete von der großen Unterstützung des Kampfes, der sich auch in bisher eingegangenen Spendengeldern von über 10000 DM ausdrücke. Es sei „keine leichte Position", die die Arbeiter in ihrem Kampf einnähmen, aber eine in jedem Umfang unterstützenswerte.

Am Dienstag morgen dann wollte die Geschäftsleitung um 6.00 Uhr die Maschinen anstellen – nichts lief.

der Thomson-Brandt-Konzern, ist ja jetzt die Staatsmacht hinzugekommen in Form von Konkursverwalter und Einigungsstelle. Nach kapitalistischem Recht könnte die Polizei schon auf der Matte stehen, um die „Besetzung", von der man in der Belegschaft eben aus rechtlichen Gründen nicht gerne spricht, im Interesse der Kapitalisten gewaltsam aufzuheben. Wer weiß, ob der Kampf bei Videocolor nicht auch in dieser Hinsicht ein erneutes Exempel kapitalistischer Willkürherrschaft schaffen wird?

Die Arbeiterwohlfahrt Ulm hat ein Spendenkonto eingerichtet: „Solidarität für Videocolor", BfG Ulm, Kto. Nr. 1019829100. Die IGM unterstützt dieses Konto.

Zeitverträge unzulässig?

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts läßt in der Praxis einiges offen

bl. Das Bundesarbeitsgericht hat jetzt die befristeten BAT-Verträge (sog. „Große BAT-Verträge" = 3-Jahresverträge, und „Kleine BAT-Verträge" = mehrfache Befristung von ½-Jahres- oder Jahres-Verträgen) für die Lehrer in Hessen für unzulässig erklärt. Die praktische Relevanz des Ur-
teils ist fraglich, weil das Land Hessen diese Verträge nicht mehr abschließt.

Tausende von Lehrern haben seit 1976 befristete Verträge unter dem Druck der Arbeitslosigkeit unterschrieben. Nur wenige haben gegen die Befristung geklagt. Für diese wenigen steht nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts fest, daß sie in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen. Seit Jahren nutzen die öffentlichen Dienstherren die Lage der Lehrer, Sozialarbeiter usw. schamlos aus. Gemeinden schließen Verträge ab, in denen Sozialpädagogen, Psychologen usw. oft unter ihrer Qualifikation eingruppiert werden und eine Verlängerung dieser Verträge entweder abgelehnt oder wie ein Gnadenbrot erbettelt werden muß. Nach einer Untersuchung der GEW von 1976 werden allein an den Hochschulen 80 – 90% der wissenschaftlichen Angestellten mit Zeitverträgen eingestellt. (Vgl. ROTE ROBE vom 8. Juni 1981, „Zeitverträge – Honorarverträge", S. 48 ff.)

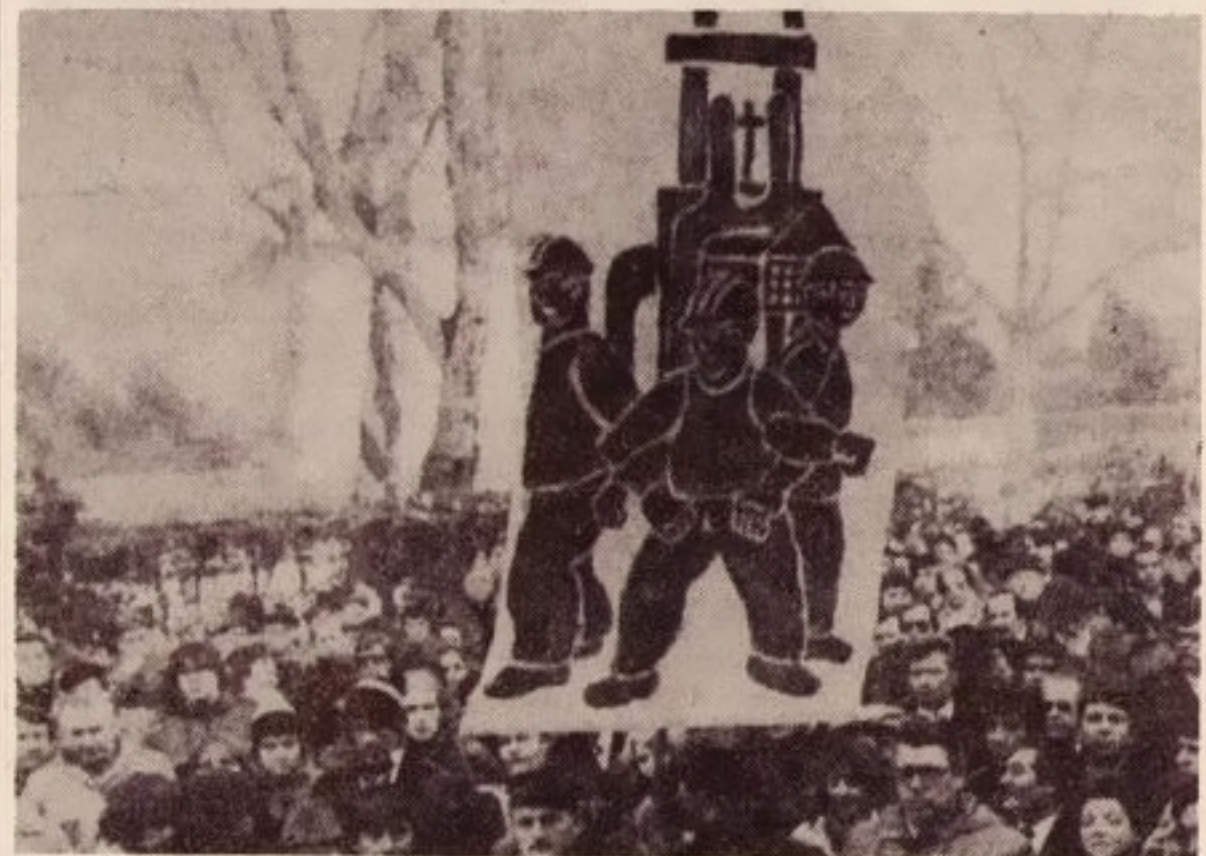
Zahlreiche Betriebe nutzen Organisationsänderungen dazu, die Belegschaft durchzukämmen, um dann mit neu Eingestellten nur befristete Arbeitsverhältnisse abzuschließen. Als Begründung wird die „Erprobung des Beschäftigten" angegeben. Mit dem Abschluß eines Zeitvertrages hat der Angestellte die Kündigung schon in der Tasche. Die Arbeitslosigkeit wird mit Beginn des Vertrages „vereinbart". Durch Zeitverträge ist die Klagemöglichkeit nach dem Kündigungsschutzgesetz ausgeschlossen, weil bei einem wirksamen Zeitvertrag der Lohnabhängige seinen „freien Willen" zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses

zum angegebenen Zeitpunkt bekundet hat.

Der Kündigungsschutz für Schwangere, für Schwerbehinderte und Betriebs- und Personalräte gilt bei einem wirksamen Zeitvertrag nicht. Der Lohnfortzahlungsanspruch von 6 Wochen bei Krankheit erlischt, wenn das
befristete Arbeitsverhältnis vorher endet. Die Aufzählung ist nicht vollständig, aber sie gibt ein Bild über die Lage der in befristeten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten. Durch die Arbeiterbewegung gesetzlich geregelte Rechte sind außer Kraft gesetzt, der Druck der drohenden Arbeitslosigkeit bewirkt oft genug, Arbeitsbedingungen und Löhnen zuzustimmen, die unter den tarifvertraglichen Regelungen liegen. Auf dem Gewerkschaftstag der GEW wurde – um diese Praxis einzuschränken

– 1980 beschlossen, daß alle tarifvertraglichen Möglichkeiten, Zeitverträge abzuschließen, einzuschränken sind und die Möglichkeit der Zeitverträge keinesfalls ausgeweitet werden darf.

Das Bundesarbeitsgericht hat von Anfang an kein Verbot von Zeitverträ-
gen ausgesprochen, sondern diese als Ausfluß der „Vertragsfreiheit" dann zugelassen, wenn ein sachlicher Grund für die Befristung vorhanden ist. Die gerichtliche Prüfung ist damit von vornherein auf diesen „sachlichen Grund" beschränkt. Im Fall der Lehrer in Hessen hat das Burdesarbeitsgericht jetzt die Berufung des Kultusministeriums auf ein „Sonderprogramm für geburtenstarke Jahrgänge" als Rechtfertigung für die Zeitverträge als nicht ausreichend zurückgewiesen.



Nachdem der Aufsichtsrat gegen die Stimmen der Arbeitervertreter beim Thyssener „Schalker Verein" die Teilstillegung der Gießerei sowie einen Rationalisierungsschub von 30 Mio. DM beschloß – mit der Folge, daß 1170 Arbeiter entlassen werden sollen – rissen die Proteste in Gelsenkirchen in den vergangenen Tagen nicht ab. Demonstrationen mit bis zu 3500 Teilnehmern (Arbeitern des Werkes und ihren Familien), mehrere außerordentliche Belegschaftsversammlungen und die Ausrufung des Streiks im Betrieb selber waren die Hauptmittel.

Eine Pleite für die ganze Region



mid.Offenburg. Am Samstag, den 2. Januar 1982, hat der Konkursverwalter Ringwald beim Amtsgericht Villingen den Konkurs der Firma Dual, mit Stammsitz in St. Georgen (Schwarzwald) eröffnet. Am Montag darauf fand eine Betriebsversammlung mit rund 1000 Anwesenden statt. Dort wurden Umfang und Auswahl der Massenentlassungen bzw. Betriebsstillegungen bekanntgegeben: Von den 1800 Beschäftigten des gesamten Unternehmens werden rund 700 entlassen. Zwei Zweigwerke werden stillgelegt, in St. Georgen selbst werden 350 Beschäftigte auf die Straße gesetzt.

Warum gerade Dual, bei ca. 8500 Betriebspleiten im vergangenen Jahr in der überregionalen Presse und im Fernsehen solche Beachtung findet, hängt damit zusammen, daß mit Dual der einst drittgrößte Weltproduzent von Plattenspielern sein Ende findet und damit auch ein Betrieb, der bei zunehmender Konzentration von Kapital in der Unterhaltungstechnikindustrie eben nicht im Besitz einer der großen Konzerne war, sondern im Besitz des Familienclans Steidinger.

1900 wurde der Betrieb gegründet. In der Zeit des 1. Weltkrieges wächst die Belegschaft auf 160, wird wie im 2. Weltkrieg auf Rüstungsproduktion umgestellt und produziert Hufeisen für Pferde und Laderahmen für das Infanteriegewehr 88. Als das Radio der Grammophonindustrie erschreckende Konkurrenz macht, wird der Elektromotor für Grammophone mit Wiedergabe von Schallplatten über das Radio, der erste magnetische Tonabnehmer, entwickelt. Nach dem 2. Weltkrieg beträgt die Anzahl der Lohnabhängigen bei Dual 400, 1956 entsteht das erste Zweigwerk in Meßkirch, welches im Zuge der jetzigen Sanierung geschlossen wird.

1975 standen 3600 Lohnabhängige in 11 Werken der BRD und in zwei weiteren in Spanien und Frankreich unter dem Kommando der Dual-Kapitalisten und produzierten etwa 1 Mio. Plattenspieler pro Jahr.

Die Wende tritt 1977 ein. Die Geschäftsleitung analysiert harte Wettbewerbssituation auf dem Weltmarkt: „Unter diesen verschärften Marktbedingungen war zunächst die Produktion der Elektronik-Komponenten im Dual-Werk Kenzingen nicht mehr zu halten. Schon seit 1978 begünstigte außerdem die Yen-Abwertung gegenüber Mark und Dollar die weltweite Exportoffensive der fernöstlichen Hersteller." Der Stillegung des Werkes in Kenzingen folgte die des Werkes in Urloffen (bei Offenburg), bis schließlich von 3600 Beschäftigten 1975, 1800 vor Einleitung des Konkursverfahrens 1982 erneut zur Selektion stehen.

„Die Inhaber-Familie hat das Unternehmen heruntergewirtschaftet." (Spiegel, 50/81); „Mißmanagement und Größenwahn: Dual-Konkurs." (Offenburger Abend, 9.1.1982); „Massive Managementfehler" (DAG); „das Schiff wurde auf Sand gesetzt, weil nicht geeignete Kapitäne" (Betriebsratsvorsitzender Dual) und letztendlich das Resumée des Spiegels: „Während die Konkurrenz simple Bauteile in Billiglohn-Ländern produzierte, setzten die Steidingers unbeirrt auf deutsche Wertarbeit aus dem Schwarzwald."

Die Ursache des Dual-Konkurses allein zu personifizieren, vertuscht sie und lenkt von den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise ab. Die Konzentration der Elektrotechnikindustrie geht in großen Schritten voran, die Konkurrenz unter den Kapitalisten nimmt an Schärfe zu, dabei zeigt auch das Beispiel Videocolor in Ulm (s. KVZ 2/82 u. S. 12 in dieser Nummer), daß Vernichtung von Produktionsmitteln und Rationalisierung ihre durchgreifende Wirkung entfalten im Taumel der kapitalistischen Konkurrenz, ob national oder international.

Kapitalentzug durch Teilung des Unternehmens

Die Dual-Kapitalisten, der Familienclan Steidinger, sind durch den Konkurs nicht nur in keinster Weise in ihrer Existenz bedroht, wie sich dies unmittelbar für zahlreiche Entlassene stellt, die Kapitalisten haben zudem Kapital in Höhe von 'zig Millionen DM rechtzeitig beiseite geschafft. Das ging so: Vor einigen Jahren wurde Dual in eine Produktions- und andererseits in eine Besitzgesellschaft geteilt. Die Besitzgesellschaft nennt sich Perpetum Ebner KG, nach dem Plattenspieler-Hersteller benannt, den Dual sich einst einverleibt hat. Dieser PE KG gehört nun alles, was an sachlichen Mitteln zur Produktion überhaupt nötig ist: die Gebäude und sämtliche Produktionsmittel. PE ist vollständig von Dual getrennt bei, versteht sich, gleichen Besitzern, und ist nicht vom Konkurs betroffen. Das Kapital, das diese Gesellschaft besitzt und Dual entzogen wurde, beläuft sich auf ca. 80 Mio. DM. Der Konkursverwalter äußerte sich dazu auf einer Betriebsversammlung: „Ich kann wenig bewirken, wenn es Leute gibt, die Geld in Sicherheit brachten und einem möglicherweise den Teppich unter den Füßen wegziehen." Gleichzeitig beantwortete er die Frage, ob hier aus rechtlicher Sicht ein Fall von Wirtschaftskriminalität vorliege, mit „Nein!"

Die Spekulationen, die hier und da angestellt werden, daß der ganze Konkurs hinfällig wäre, würde das Kapital der PE an Dual zurückgeführt werden, sind vage, da dieses Kapital nicht flüssig vorhanden ist, sondern sich nur durch den Wert an Produktionsmitteln und Gebäuden darstellt und zudem der Privateigentümer über seinen Standort entscheidet und nicht eine nützliche Überlegung.

„Brautgeschenke" für einen willigen Freier

Die Zeitung „Neckarquelle" weiß kurz nach der Betriebsversammlung vom 4.1.1982 zu berichten: „Mit der restlichen Belegschaft von 1100 Mitarbeitern soll, so verkündet es optimistisch der Konkursverwalter, schnell ein potenter Übernehmer für Dual gefunden werden, zumal ja die Gesellschafter mit der Einbringung der Besitzgesellschaft dem kranken Unternehmen noch ein ordentliches ‚Brautgeschenk' für eine künftige Heirat mitgegeben haben." Nicht das einzige, denn der Konkursverwalter hat die Dreckarbeit schon für einen möglichen Käufer ausgeführt:

Während bei Entlassungen normalerweise soziale Gesichtspunkte wie Alter, Betriebszugehörigkeit, Familienstand u.a. positiv berücksichtigt werden, war es bei Dual in vielen Fällen umgekehrt. Neben den beträchtlichen Entlassungen im Angestelltenbereich wurden hauptsächlich ältere Beschäftigte, mit dementsprechend langer Betriebszugehörigkeit und vielfach auch Schwerbehinderte aussortiert. Auf der Hauptfürsorgestelle Freiburg liegen 100 Anträge auf Zustimmung zur Entlassung schwerbehinderter Arbeiter, allein aus Dual St. Georgen vor. Die damit verbundene Verjüngung der Belegschaft, um sie olympiareif für gesteigerte Intensität der Arbeit zu machen, ist der eine Effekt. Ein anderer besteht darin, daß das Lohnniveau der Belegschaft dadurch gesenkt wird, weil Neueingestellte mit niedrigeren Löhnen seltener entlassen wurden. Ob dies für einen möglichen Käufer lukrativ genug ist, ist ungewiß. Der französische Konzern Thomson-Brandt sei im Gespräch, heißt es.

•

Das Zweigwerk Dual-Urloffen wurde im Juni 1980 mit über 200 Beschäftigten geschlossen. Dort waren zu ca. 70% Frauen in Akkordarbeit beschäftigt. Eine Arbeiterin, die 9 Jahre bei Dual gearbeitet hat, berichtet:

„Die Stillegung ist uns kurzfristig gesagt worden. Damit wir eine Abfindung bekommen, haben wir in Urloffen eine Demonstration durchgeführt, mit großen Plakaten, Einschalten der Presse usw. Wir waren alle dabei und haben zusammengehalten. Das war nach einer Betriebsversammlung, als der Betriebsrat und die Herren eine gemeinsame Sitzung hatten. Die Demonstration hat einiges bewirkt: der Betriebsrat konnte zumindest für die Dual-Jahre einiges rausholen. Nach der Stillegung sind einige Frauen, insbesondere ältere, arbeitslos geworden. Von den anderen wurden viele bei BASF in Willstätt, teilweise auch bei AEG in Offenburg eingestellt. Das hat natürlich wesentlich weitere Anfahrtswege mit sich gebracht und auch meistens eine Verschlechterung im Lohn."

Arbeitslosigkeit und Entvölkerung

Das, was vor eineinhalb Jahren in Urloffen noch bedingt möglich war, nämlich Arbeit in anderen Betrieben, wenn auch zu schlechteren Bedingungen, zu finden, hat sich inzwischen grundlegend geändert.

Fährt man von Offenburg nach St. Georgen, so müssen ab etwa 20 km die im Ortenaukreis liegenden, größeren Schwarzwald-Gemeinden Haslach, Hausach, Wolfach und Hornberg passiert werden. Allen ist eine sinkende Bevölkerungszahl gemeinsam. Von 1971 – 1974 hatte z.B. Hornberg einen Verlust von –12,6% (Kreisdurchschnitt: +7,5%) und von 1975 – 1978 eine Quote von –12,8% (Kreisdurchschnitt: –2,6%). Daß solche Quoten zumindest teilweise von der zu- oder abnehmenden Industrieansiedlung abhängen, zeigt das Beispiel der Kleinstadt Willstätt, mit einem BASF-Zweigwerk von über 1000 Beschäftigten, das Quoten von +33,5% (1971 – 1974) und 8,3% (1975 – 1978) aufweist.

Ein Betriebsrat aus dem Raum Hornberg berichtet: „Etwa 220 Beschäftigte hatte das Dual-Werk in Hornberg. Ich meine, die negativen Auswirkungen merkt man jetzt noch nicht. Das erst dann, wenn wirklich zugemacht ist, also in drei bis vier Monaten. 80 werden dann nach St. Georgen übernommen, der Rest steht auf der Straße. Die Beschäftigungslage an sich ist hier überhaupt schlecht. Von den drei großen Fabriken hier wird wohl nur der Keramikbetrieb Duravit begrenzt einstellen. An sich ist hier sonst gar nichts drin. Der ganzen Metallindustrie geht es ziemlich schlecht. Die größeren arbeiten entweder kurz oder reduzieren ihren Personalbestand selbst. Duravit hat ebenfalls seit längerem Kurzarbeit."

Während in Hornberg durch die Schließung ca. 10% der vorhandenen Arbeitsplätze betroffen sind, deuten sich die Folgen für St. Georgen noch weitaus schärfer an. Rund ein Fünftel aller Beschäftigten arbeitet vor Einleitung des Konkursverfahrens bei Dual. Zählt man noch die Zulieferbetriebe dazu, so hängt fast jeder dritte Arbeitsplatz von Dual ab. Würde das Werk vollständig geschlossen werden, sprechen Schätzungen von einer vorhersehbaren Arbeitslosenquote von 12 bis 14%. Diese Zahlen könnten noch nach oben gehen, zumindest besteht das Problem, daß das Drücken dieser Quote durch die umliegende Industrie stark von der Entwicklung einer anderen Branche abhängig ist: der Uhrenindustrie.

Diese Industrie, die mit weniger als 18000 Beschäftigten (BRD) in gut 180 Unternehmen vor zwei Jahren 1,3 Mrd. DM umsetzte, wird im Index der Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes heute noch mit 0,13 gewichtet (1976 = 100), also ebenso schwer, wie der Kali- und Steinsalzbergbau, die Mahl- und Schälmühlen oder die Zukkerindustrie. Ihre Rolle im Schwarzwald zeichnet sie aber insofern aus, als sie dort einst zu 80%, heute jedoch fast vollständig vertreten ist, einst die Industrialisierung mit angestoßen hat und maßgeblich zum Entstehen anderer Wirtschaftszweige beitrug, wie der Feinmechanik und der Elektroindustrie. Wie viele andere Kapitalisten der Region begann auch Steidinger ursprünglich einmal mit der Uhrenproduktion. Um die Jahrhundertwende ließ er wöchentlich 25000 Räder für einen Triberger Wasseruhrenhersteller produzieren.

Die Uhrenindustrie hat in den letzten Jahren ständig Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß abgestoßen. Infolge der Krise 1975/76 sank die Anzahl der Beschäftigten der Branche von 30000 um ein Drittel, Ende 1980 waren es noch 18000. Die Anzahl der Betriebe ist von 255 (1975) um knapp 30% (1980) gesunken. Betriebe wie z.B. Maute oder Kienzle in Villingen-Schwenningen wurden entweder dichtgemacht, oder es wurden Massenentlassungen durchgeführt. Ein ähnlich bekannter Betrieb, Gebr. Junghans, im nicht weit von St. Georgen entfernten Schramberg hat Ende letzten Jahres eine Massenentlassung von ca. 400 Beschäftigten durchgeführt. Die „Schramberger Zeitung" schreibt dazu in ihrer Ausgabe vom 9./10.1.1982: „Einen neuen Höchstand seit der Krise in der heimischen Uhrenindustrie im Jahre 1975 erreicht die Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbereich Schramberg. Ende Dezember des letzten Jahres wurde eine Arbeitslosenquote von 6,4% notiert ... Die hohe Zahl von Arbeitslosen wird vorwiegend auf die Entlassungen bei Junghans, die Entwicklung bei Pfaff und Schlauder, aber auch die Entwicklung bei Dual in St. Georgen zurückgeführt."

Die bürgerlichen Parteien heucheln Anteilnahme, bilden „konzertierte Aktion" zur Rettung von Arbeitsplätzen. Auf einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg fordert ein Ministerialdirektor Küstner: „Doch könnte der Staat mit wachstumsfreundlicheren Rahmenbedingungen zur Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft schlechthin wirksam beitragen. Dazu gehören: Überprüfung auf Mißbräuche im Sozialbereich, Einschränkung im konsumtiven zugunsten des investiven Sektors, Lohndisziplin sowie Abbau der Sperren in wachstumsträchtigen Bereichen wie Energiewirtschaft, Wohnungsbau und Kommunikationstechnik", und der Präsident der Kammer sinniert: „Eine Lohn-(erhöhungs-) Pause wäre zweifelsfrei das am schnellsten wirkende Mittel für die so sehr erstrebenswerte rasche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit."

„Sie hätten etwas weiter denken sollen"

Das folgende Interview wurde in einem Zentrum für ausländische Arbeiter in St. Georgen mit einem spanischen Arbeiter gemacht.

„Ich glaube, man kann die Frage nach dem Hauptschuldigen nicht so ohne weiteres beantworten. Es sind Versäumnisse in der Gesetzgebung, die es überhaupt ermöglichen, daß man eine Gesellschaft in zwei Firmen aufspalten kann und daß die eine Firma das ganze Kapital behalten kann und die andere mehr oder weniger bankrott geht. Die Gesetzgebung hat in dieser Beziehung geschlafen. Gesetze, die von 1870 stammen, dürfte es nicht mehr geben.

Ich bin IG Metall-Mitglied und meine, daß die Gewerkschaft in dieser Richtung auch geschlafen hat. Sie hätten etwas weiter denken sollen und dafür sorgen sollen, daß man nicht nur Verträge mit dem Arbeitgeberverband macht, sondern seine Macht auch dazu benutzt, um auf die Gesetzgebung Einfluß zu nehmen.

Wie man sich solidarisieren soll? Wir haben vor kurzem hier mit der Gewerkschaft gesprochen und vorgeschlagen, eine Demonstration zu machen. Da hat es geheißen: Wenn man eine Demonstration machen will, dann muß man Gründe haben dafür und wissen gegen wen. Sollen wir gegen die Steidingers eine Demonstration machen, wo die doch nach dem geltenden Gesetz richtig gehandelt haben? Man müsse auch bedenken, daß hier in St. Georgen noch 1000 Leute ihre Arbeit behalten, und es wäre den Leuten nicht gut getan, wenn wir um die Sache viel Wirbel machen würden, man würde die Arbeitsplätze mit in Gefahr bringen. Ich sehe das allerdings nicht so ein. Ich meine, es ist Unrecht getan worden. Allerdings hat man bei Dual nur ca. 15% Gewerkschaftsmitglieder, so daß in dieser Richtung auch wenig zu machen ist. Wenn man Ansprüche stellt und Gewerkschaftsfunktionäre mit der Familie Steidinger sprechen, sagen die: Was wollt ihr, ihr seid in der Minderheit und habt bei uns nichts zu bestellen. Viele sehen jetzt auch die Entlassungen als ein Ausländerproblem. Ich bin mit der IGM der Meinung, daß wir Arbeitsplätze retten müßten. Wir sollten aber auch gegen die Entlassungen etwas tun. Bei den ausländischen Kollegen ist folgendes Problem: Z.B. ist Spanien nicht Mitglied in der EG. Viele Spanier sind schon 15 – 20 Jahre hier. Nachdem sie jetzt ein Jahr arbeitslos sind, können sie ausgewiesen werden. In ihrem Heimatland haben sie auch keine Rechte mehr und sind wieder Ausländer.

Nochmals zur Gewerkschaft. Ich glaube, man hat sie auch hinters Licht geführt. Man hat ihnen kleine Zugeständnisse gemacht und gewußt, wenn es hart auf hart geht, gelten die Tarifverträge nicht mehr, weil es keinen Arbeitgeber mehr gibt. Arbeitgeber ist jetzt der Konkursverwalter Ringwald, und der hat mit den Arbeitern keine Verpflichtungen mehr, ist als Konkursverwalter nicht an die Tarifverträge gebunden. Hier in St. Georgen ist es jetzt zu spät, daß die Gewerkschaften was Grundlegendes machen können. Es hätte dazu vor Jahren die Hochkonjunktur genutzt werden müssen."

„Sie hätten etwas weiter denken sollen"

Das folgende Interview wurde in einem Zentrum für ausländische Arbeiter in St. Georgen mit einem spanischen Arbeiter gemacht.

„Ich glaube, man kann die Frage nach dem Hauptschuldigen nicht so ohne weiteres beantworten. Es sind Versäumnisse in der Gesetzgebung, die es überhaupt ermöglichen, daß man eine Gesellschaft in zwei Firmen aufspalten kann und daß die eine Firma das ganze Kapital behalten kann und die andere mehr oder weniger bankrott geht. Die Gesetzgebung hat in dieser Beziehung geschlafen. Gesetze, die von 1870 stammen, dürfte es nicht mehr geben.

Ich bin IG Metall-Mitglied und meine, daß die Gewerkschaft in dieser Richtung auch geschlafen hat. Sie hätten etwas weiter denken sollen und dafür sorgen sollen, daß man nicht nur Verträge mit dem Arbeitgeberverband macht, sondern seine Macht auch dazu benutzt, um auf die Gesetzgebung Einfluß zu nehmen.

Wie man sich solidarisieren soll? Wir haben vor kurzem hier mit der Gewerkschaft gesprochen und vorgeschlagen, eine Demonstration zu machen. Da hat es geheißen: Wenn man eine Demonstration machen will, dann muß man Gründe haben dafür und

ein. Ich meine, es ist Unrecht getan worden. Allerdings hat man bei Dual nur ca. 15% Gewerkschaftsmitglieder, so daß in dieser Richtung auch wenig zu machen ist. Wenn man Ansprüche stellt und Gewerkschaftsfunktionäre mit der Familie Steidinger sprechen, sagen die: Was wollt ihr, ihr seid in der Minderheit und habt bei uns nichts zu bestellen. Viele sehen jetzt auch die Entlassungen als ein Ausländerproblem. Ich bin mit der IGM der Meinung, daß wir Arbeitsplätze retten müßten. Wir sollten aber auch gegen die Entlassungen etwas tun. Bei den ausländischen Kollegen ist folgendes Problem: Z.B. ist Spanien nicht Mitglied in der EG. Viele Spanier sind schon 15 – 20 Jahre hier. Nachdem sie jetzt ein Jahr arbeitslos sind, können sie ausgewiesen werden. In ihrem Heimatland haben sie auch keine Rechte mehr und sind wieder Ausländer.

Nochmals zur Gewerkschaft. Ich glaube, man hat sie auch hinters Licht geführt. Man hat ihnen kleine Zugeständnisse gemacht und gewußt, wenn es hart auf hart geht, gelten die Tarif-

der erste magnetische Tonabnehmer, entwickelt. Nach dem 2. Weltkrieg beträgt die Anzahl der Lohnabhängigen bei Dual 400, 1956 entsteht das erste Zweigwerk in Meßkirch, welches im Zuge der jetzigen Sanierung geschlossen wird.

1975 standen 3600 Lohnabhängige in 11 Werken der BRD und in zwei weiteren in Spanien und Frankreich unter dem Kommando der Dual-Kapitalisten und produzierten etwa 1 Mio. Plattenspieler pro Jahr.

Die Wende tritt 1977 ein. Die Geschäftsleitung analysiert harte Wettbewerbssituation auf dem Weltmarkt: „Unter diesen verschärften Marktbedingungen war zunächst die Produktion der Elektronik-Komponenten im Dual-Werk Kenzingen nicht mehr zu halten. Schon seit 1978 begünstigte außerdem die Yen-Abwertung gegenüber Mark und Dollar die weltweite Exportoffensive der fernöstlichen Hersteller." Der Stillegung des Werkes in Kenzingen folgte die des Werkes in Urloffen (bei Offenburg), bis schließlich von 3600 Beschäftigten 1975, 1800 vor Einleitung des Konkursverfahrens 1982 erneut zur Selektion stehen.

des Unternehmens

Die Dual-Kapitalisten, der Familienclan Steidinger, sind durch den Konkurs nicht nur in keinster Weise in ihrer Existenz bedroht, wie sich dies unmittelbar für zahlreiche Entlassene stellt, die Kapitalisten haben zudem Kapital in Höhe von 'zig Millionen DM rechtzeitig beiseite geschafft. Das ging so: Vor einigen Jahren wurde Dual in eine Produktions- und andererseits in eine Besitzgesellschaft geteilt. Die Besitzgesellschaft nennt sich Perpetum Ebner KG, nach dem Plattenspieler-Hersteller benannt, den Dual sich einst einverleibt hat. Dieser PE KG gehört nun alles, was an sachlichen Mitteln zur Produktion überhaupt nötig ist: die Gebäude und sämtliche Produktionsmittel. PE ist vollständig von Dual getrennt bei, versteht sich, gleichen Besitzern, und ist nicht vom Konkurs betroffen. Das Kapital, das diese Gesellschaft besitzt und Dual entzogen wurde, beläuft sich auf ca. 80 Mio. DM. Der Konkursverwalter äußerte sich dazu auf einer Betriebsversammlung: „Ich kann wenig bewirken, wenn es Leute gibt, die Geld in Sicherheit brachten und einem möglicherwei-

Konkursverwalter hat die Dreckarbeit schon für einen möglichen Käufer ausgeführt:

Während bei Entlassungen normalerweise soziale Gesichtspunkte wie Alter, Betriebszugehörigkeit, Familienstand u.a. positiv berücksichtigt werden, war es bei Dual in vielen Fällen umgekehrt. Neben den beträchtlichen Entlassungen im Angestelltenbereich wurden hauptsächlich ältere Beschäftigte, mit dementsprechend langer Betriebszugehörigkeit und vielfach auch Schwerbehinderte aussortiert. Auf der Hauptfürsorgestelle Freiburg liegen 100 Anträge auf Zustimmung zur Entlassung schwerbehinderter Arbeiter, allein aus Dual St. Georgen vor. Die damit verbundene Verjüngung der Belegschaft, um sie olympiareif für gesteigerte Intensität der Arbeit zu machen, ist der eine Effekt. Ein anderer besteht darin, daß das Lohnniveau der Belegschaft dadurch gesenkt wird, weil Neueingestellte mit niedrigeren Löhnen seltener entlassen wurden. Ob dies für einen möglichen Käufer lukrativ genug ist, ist ungewiß. Der französische Konzern Thomson-Brandt sei im Gespräch, heißt es.

•

Das Zweigwerk Dual-Urloffen wurde im Juni 1980 mit über 200 Beschäftigten geschlossen. Dort waren zu ca. 70% Frauen in Akkordarbeit beschäftigt. Eine Arbeiterin, die 9 Jahre bei

Thesen der Sozialistischen Studiengruppen

Kommunistische Bewegung und Feminismus



Bei den Thesen handelt es sich um Resultate einer längeren theoretischen und empirischen Arbeit zur Situation von Frauen in der BRD, die im Frauenarbeitskreis der Sozialistischen Studiengruppen *erarbeitet wurden und in mehreren Artikeln in der Zeitschrift ,,Sozialismus'' veröffentlicht sind. Zusammengefaßt sind sie in Heft Nr. 4/81 erschienen. Es handelt sich um Diskussionsbeiträge, die nicht nur in der SOST insgesamt, sondern auch in unserem Arbeitskreis teilweise kontrovers sind. Die Thesen sind zur besseren Handhabbarkeit für die Diskussion bewußt zugespitzt formuliert, (SOST).*

Feminismus – Krise des Marxismus

1 Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich in allen Metropolen des Kapitalismus eine breite feministische Bewegung entwickelt. Für die BRD waren die 70er Jahre der Ausgangspunkt. Der Feminismus hat mit der Ökologiebewegung gemein, daß er zwar antikapitalistische Ziele formuliert, daß aber sein Ausgangspunkt nicht der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist. Im Vordergrund stehen die Kritik der Familie, der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der persönlichen Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau.

2 Für viele Linke ist die feministische Bewegung ein Beweis für die Überlebtheit einer orthodoxen Politik und Theorie der Arbeiterbewegung, die die Veränderung der Produktionsverhältnisse zum erklärten Ziel *und* zum Ausgangspunkt hat. Wie versucht die Linke, den behaupteten Zusammenhang von Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung zu belegen?

Den Ausgangspunkt bildet ein einfacher Gedankengang: Der Widerstand gegen die heutigen Lebensverhältnisse entsteht aus dem persönlichen Leiden an Bedingungen, die eine freie Entwicklung und Entfaltung von Frauen unmöglich machen. Nur wenn gezeigt werden kann, wie der Kapitalismus zwangsläufig zur Unterdrückung von Frauen führt, kann auch belegt werden, warum Frauenbefreiung ohne Aufhebung der Produktionsverhältnisse unmöglich ist. Weil die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung mit der Exi-

die 70er Jahre der Ausgangspunkt. Der Feminismus hat mit der Ökologiebewegung gemein, daß er zwar antikapitalistische Ziele formuliert, daß aber sein Ausgangspunkt nicht der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist. Im Vordergrund stehen die Kritik der Familie, der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der persönlichen Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau.

2 Für viele Linke ist die feministische Bewegung ein Beweis für die Überlebtheit einer orthodoxen Politik und Theorie der Arbeiterbewegung, die die Veränderung der Produktionsverhältnisse zum erklärten Ziel *und* zum Ausgangspunkt hat. Wie versucht die Linke, den behaupteten Zusammenhang von Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung zu belegen?

Den Ausgangspunkt bildet ein einfacher Gedankengang: Der Widerstand gegen die heutigen Lebensverhältnisse entsteht aus dem persönlichen Leiden an Bedingungen, die eine freie Entwicklung und Entfaltung von Frauen unmöglich machen. Nur wenn gezeigt werden kann, wie der Kapitalismus zwangsläufig zur Unterdrückung von Frauen führt, kann auch belegt werden, warum Frauenbefreiung ohne Aufhebung der Produktionsverhältnisse unmöglich ist. Weil die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung mit der Exi-

stenz der Familie zusammenhängt, muß aufgezeigt werden, warum zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaftsstrukturen die Familie nötig ist.

3 So schlagend dieser Gedankengang auch ist, eine Reihe von Fragen und theoretischen Widersprüchen bleiben ungeklärt:

- Wenn feststeht, daß die freie Entwicklung der Persönlichkeit unter kapitalistischen Verhältnissen unmöglich ist, wie konnte dann ein solch massenhaftes emanzipatorisches Potential wie die Frauenbewegung in den 70er Jahren – unter prosperierenden ökonomischen Bedingungen – entstehen? Wenn nicht unterstellt wird, daß die Frauen sich wie Münchhausen am eigenen Schopf aus dem ideologischen Sumpf tradierter Rollenmuster gezogen haben, dann müssen soziale und materielle Voraussetzungen innerhalb des Kapitalismus für dieses überschüssige Bewußtsein existieren.
- Auch wenn die Redeweise vom Nebenwiderspruch ausgemerzt wurde aus dem linken Vokabular (teilweise auch nicht), wegen des Verdachts der Geringschätzung gegenüber dem Frauenproblem; die These, daß auch die persönlichen Verhaltensweisen außerhalb der Arbeit, in der Familie, vollständig in die kapitalistische Logik eingezwängt sind, führt immer zu der falschen Sukzession – *erst* Sozialismus, *dann* Frauenbefreiung.
- Mit der Frage, ,,wem nützt die Familie?'' oder ,,wem nützt die herrschende Geschlechterideologie?'' läßt sich weder die Entstehung noch die Wirkungsweise von Ideologie erklären. So formuliert wird Ideologie immer zum ausgeklügelten Unterdrückungsinstrument der einen Klasse durch die andere oder (wie beim Feminismus) des einen Geschlechts durch das andere. Der Interessenkern bestimmter Vorstellungen soll damit nicht verschüttet werden; aber da, wo die Unterordnung unter bestimmte Vorstellungen nicht auf Zwang sondern Hegemonie (Gramsci) zurückgehen, leisten Repressionstheorien nichts mehr.

4 Unsere *Gegenthese* erscheint paradox: Wir gehen davon aus, daß die autonome Frauenbewegung nur der exponierte Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung im Bewußtsein von Frauen ist. Der Grund dafür liegt in der zivilisatorischen Entwicklung der Lebensbereiche, die gemeinhin als die Wurzel allen Übels angesehen werden – der Familie und der Lebensbereiche, die Marx als Überbauten bezeichnet hat. Dieselben Lebensverhältnisse, die die Feministinnen radikal kritisieren, bilden zugleich die Basis für die Überwindung überlebter Rollenmuster.

Die Entwicklung der Familie unter kapitalistischen Verhältnissen hat ein *widersprüchliches* Resultat gehabt: nicht bloß Unterdrückung und Diskriminierung, sondern auch eine reichere Individualität und ein emanzipatorisches Potential sind dabei entstanden.

Die empirische und theoretische Erfassung von Veränderungsprozessen innerhalb der Überbauten ist in der Linken nicht geleistet worden. Wir sehen darin den berechtigten Grund, von einer Krise des Marxismus zu reden. Eine vorsichtige, auf die vorgefundenen Tatsachen abzielende Untersu-

auf Zwang sondern Hegemonie (Gramsci) zurückgehen, leisten Repressionstheorien nichts mehr.

4 Unsere *Gegenthese* erscheint paradox: Wir gehen davon aus, daß die autonome Frauenbewegung nur der exponierte Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung im Bewußtsein von Frauen ist. Der Grund dafür liegt in der zivilisatorischen Entwicklung der Lebensbereiche, die gemeinhin als die Wurzel allen Übels angesehen werden – der Familie und der Lebensbereiche, die Marx als Überbauten bezeichnet hat. Dieselben Lebensverhältnisse, die die Feministinnen radikal kritisieren, bilden zugleich die Basis für die Überwindung überlebter Rollenmuster.

Die Entwicklung der Familie unter kapitalistischen Verhältnissen hat ein *widersprüchliches* Resultat gehabt: nicht bloß Unterdrückung und Diskriminierung, sondern auch eine reichere Individualität und ein emanzipatorisches Potential sind dabei entstanden.

Die empirische und theoretische Erfassung von Veränderungsprozessen innerhalb der Überbauten ist in der Linken nicht geleistet worden. Wir sehen darin den berechtigten Grund, von einer Krise des Marxismus zu reden. Eine vorsichtige, auf die vorgefundenen Tatsachen abzielende Untersu-

chung der Lebensverhältnisse von Lohnabhängigen in Freizeit, Familie etc. könnte ein Beitrag zu ihrer Überwindung sein.

Engels und Bebel als Rettungsring?

Wir glauben, um es vorwegzuschicken, nicht, daß ein Rekurs auf Bebels ,,Frau und Sozialismus'' oder Engels' ,,Ursprung der Familie ...'' uns aus unserem theoretischen und politischen Dilemma heraushelfen können. Dazu im folgenden unsere Argumente:

5 Nur weil die Aufgabe, einen widersprüchlichen Entwicklungsprozeß – der Familie im Kapitalismus – zu untersuchen, so vereinseitigt wird, als ginge es darum, eine ,,Theorie der Repression'' zu entwickeln, scheint Engels eine Lösung für das Problem zu bieten.

Der ,,Ursprung'' legt den Eindruck nahe, als liefere er eine *historische Begründung* für die Entstehung der heutigen Familie und die Unterdrückung der Frau. Dagegen gibt es einige Argumente:

a) Die bürgerliche Gesellschaft entwickelt sich – wie jede vorangegangene Gesellschaftsformation – auf Basis historischer Voraussetzungen. Daraus wird das Argument abgeleitet, die soziale Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft könne nur verstanden werden, wenn man ihre geschichtliche Entstehung verfolgt. Marx hat in den ,,Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie'' die gegenteilige These formuliert. (1) Erst das richtige Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft liefere den Schlüssel für die Analyse der vorangegangenen Epochen. Das Argument kann hier nicht ausgeführt werden. (Das gesamte ,,Epochenkapitel'' in den ,,Grundrissen'' ist ein Beleg für dieses Vorgehen.)

b) Engels hat sich bei seiner Arbeit auf eine Marxsche Hinterlassenschaft gestützt, die als ,,Ethnologische Exzerpte'' teilweise veröffentlicht sind. (2) Diese Exzerpte (u.a. das zu L.H. Morgan 1877) sind von Marx *nach* dem Erscheinen des ersten Bandes des Kapital 1867, nämlich zwischen 1880 und 1882, verfaßt worden. Nach Auffassung des oben angeführten Arguments wäre diese Arbeit *Voraussetzung* für die Bestimmung des Zusammenhangs von Produktionsweise und Familie in der bürgerlichen Gesellschaft gewesen.

6 Engels hat Marx' Thesen zur Analyse der vorbürgerlichen Epochen (die im ,,Epochenkapitel'' der ,,Grundrisse'' nur angerissen sind), teilweise ausgeführt; unterstützt durch die Forschungsergebnisse Morgans und anderer Ethnologen, die Marx kommentiert und kritisiert hat. Engels ist dabei in einigen Punkten über die sehr viel vorsichtigere Einschätzung z.B. von Bachofen und Morgan bei Marx hinausgegangen. (3) Marx hatte in den ,,Grundrissen'' gar nicht vor, die Geschichte der vorbürgerlichen Epochen anzugehen. Dieser komplizierte Forschungsprozeß war für ihn eine Arbeit, ,,an die ich hoffentlich noch kommen werde''. (4)

Tatsächlich hat Engels Marx' Bemerkungen (die den Charakter eines Leitfadens zur Untersuchung haben),

b) Engels hat sich bei seiner Arbeit auf eine Marxsche Hinterlassenschaft gestützt, die als ,,Ethnologische Exzerpte'' teilweise veröffentlicht sind. (2) Diese Exzerpte (u.a. das zu L.H. Morgan 1877) sind von Marx *nach* dem Erscheinen des ersten Bandes des Kapital 1867, nämlich zwischen 1880 und 1882, verfaßt worden. Nach Auffassung des oben angeführten Arguments wäre diese Arbeit *Voraussetzung* für die Bestimmung des Zusammenhangs von Produktionsweise und Familie in der bürgerlichen Gesellschaft gewesen.

6 Engels hat Marx' Thesen zur Analyse der vorbürgerlichen Epochen (die im ,,Epochenkapitel'' der ,,Grundrisse'' nur angerissen sind), teilweise ausgeführt; unterstützt durch die Forschungsergebnisse Morgans und anderer Ethnologen, die Marx kommentiert und kritisiert hat. Engels ist dabei in einigen Punkten über die sehr viel vorsichtigere Einschätzung z.B. von Bachofen und Morgan bei Marx hinausgegangen. (3) Marx hatte in den ,,Grundrissen'' gar nicht vor, die Geschichte der vorbürgerlichen Epochen anzugehen. Dieser komplizierte Forschungsprozeß war für ihn eine Arbeit, ,,an die ich hoffentlich noch kommen werde''. (4)

Tatsächlich hat Engels Marx' Bemerkungen (die den Charakter eines Leitfadens zur Untersuchung haben),

näher belegt. Mit der Seßhaftwerdung entwickeln sich in den ursprünglichen Gemeinschaften, die auf Gemeinsamkeiten von Blut, Sprache und Sitte basieren, je nach den vorgefundenen geographischen, klimatischen und sonstigen Naturbedingungen verschiedene *Formen des Eigentums*, die Marx nach den tatsächlichen Entwicklungsformen als asiatische, antike und germanische unterteilt. Eigentumsformen sind dabei keine juristische Kategorie, sondern als Kürzel für das jeweilige Verhalten der Produzenten zu den objektiven Bedingungen der Produktion (Grund und Boden) zu verstehen. Der Grad der Verselbständigung des Einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen in bezug auf die Produktion bildet dabei den Maßstab zum Vergleich der Entwicklungsstufen des Eigentums. Nur im Zusammenhang mit der jeweiligen Untersuchung der Stufen der Produktion und der Herauslösung der Familie aus den alten übergreifenden Gemeinschaften kann auch etwas über die Stellung der Frau gesagt werden.

Privateigentum und Familie im Kapitalismus

7 Der Rekurs auf die Geschichte bringt wenig für die Fassung von Familie und gesellschaftlicher Produktion im Kapitalismus. Auch bei Engels wird das Spezifische an diesem Zusammenhang in der Bürgerlichen Gesellschaft eher verwischt.

Die historische Grundlage, auf der sich das Kapital entwickelt, ist die *Trennung von Arbeit und Eigentum* und die Existenz der freien Lohnarbeit. Damit wird der unauflösliche Zusammenhang von Arbeitsordnung und Lebensordnung, wie er noch in den Familienformen der letzten Jahrhunderte existierte, für die Lohnabhängigen zerrissen. Erstmalig in der Geschichte sind Arbeitsprozeß und Lebensprozeß getrennt, während die ursprüngliche Einheit innerhalb der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten auch im Kapitalismus noch fortbesteht.

Die These, daß in der ,,neuen Gesellschaft'' (?) die ,,Familienordnung ganz von der Eigentumsordnung beherrscht wird'' (Engels), gilt daher für die Lohnabhängigen gerade nicht mehr. Engels und Bebel gingen daher auch konsequent davon aus, daß das Proletariat mangels Eigentum keine Familie hat. Wo das trotzdem der Fall war, wurde deren Auflösung prognostiziert. Daß diese Prognose auch fast hundert Jahre später noch nicht bestätigt wurde, verweist auf ein tieferliegendes theoretisches Problem. Die bürgerliche Gesellschaft produziert erst die Trennung von gesellschaftlicher Produktion und individueller Reproduktion. Eine *direkte* Determination der abgeleiteten Lebensbereiche durch die materielle Produktion gibt es daher im Kapitalismus nicht.

milienformen der letzten Jahrhunderte existierte, für die Lohnabhängigen zerrissen. Erstmalig in der Geschichte sind Arbeitsprozeß und Lebensprozeß getrennt, während die ursprüngliche Einheit innerhalb der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten auch im Kapitalismus noch fortbesteht.

Die These, daß in der ,,neuen Gesell-

de, verweist auf ein tieferliegendes theoretisches Problem. Die bürgerliche Gesellschaft produziert erst die Trennung von gesellschaftlicher Produktion und individueller Reproduktion. Eine *direkte* Determination der abgeleiteten Lebensbereiche durch die materielle Produktion gibt es daher im Kapitalismus nicht.

Wir wollten die Zusammenfassung der SOST-Thesen aus ,,Sozialismus'' 4/81 in der KVZ noch einmal zur Diskussion stellen, weil wir mit den politischen Konsequenzen im wesentlichen übereinstimmen, aber einige Punkte bei unserer Diskussion zumindest umstritten waren, insbesondere die Behandlung der Familie in den Thesen.*

Wir wollten die Zusammenfassung der SOST-Thesen aus ,,Sozialismus'' 4/81 in der KVZ noch einmal zur Diskussion stellen, weil wir mit den politischen Konsequenzen im wesentlichen übereinstimmen, aber einige Punkte bei unserer Diskussion zumindest umstritten waren, insbesondere die Behandlung der Familie in den Thesen.*

Ich halte die Punkte 13 – 15, die die politischen Konsequenzen aus der Analyse zusammenfassen, gerade in der gegenwärtigen Situation für außerordentlich wichtig: Durch die wirtschaftliche Krise und die Politik der Regierung werden insbesondere auch Rechte der Frau in der Gesellschaft angegriffen. Der wirtschaftliche Angriff auf soziale Leistungen geht einher mit einem frontalen politischen Angriff auf die Rechte der Frau, insbesondere was ihr Recht auf Berufstätigkeit angeht. In der gewerkschaftlichen Frauenbewegung wird versucht (auch und gerade gegen die Blüm'schen Thesen zur ,,sanften Macht der Familie''), eine Gegenoffensive zu starten; mit dem Heinze Prozeß soll eine Kampagne zur Überprüfung der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern eingeleitet werden.

Ich halte die Punkte 13 – 15, die die politischen Konsequenzen aus der Analyse zusammenfassen, gerade in der gegenwärtigen Situation für außerordentlich wichtig: Durch die wirtschaftliche Krise und die Politik der Regierung werden insbesondere auch Rechte der Frau in der Gesellschaft angegriffen. Der wirtschaftliche Angriff auf soziale Leistungen geht einher mit einem frontalen politischen Angriff auf die Rechte der Frau, insbesondere was ihr Recht auf Berufstätigkeit angeht. In der gewerkschaftlichen Frauenbewegung wird versucht (auch und gerade gegen die Blüm'schen Thesen zur ,,sanften Macht der Familie''), eine Gegenoffensive zu starten; mit dem Heinze Prozeß soll eine Kampagne zur Überprüfung der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern eingeleitet werden.

Inwieweit es gelingt, den diesjährigen Internationalen Frauentag zu nutzen, eine breite Öffentlichkeit dafür herzustellen, gerade von Frauen, ist noch nicht raus und ob es überhaupt gelingen wird, dies im DGB durchzusetzen, ist eher fraglich. Gleichzeitig befinden sich große Teile der autonomen Frauenbewegung in einem Prozeß der Selbstverständigung und reagieren zumindest nicht offensiv auf diese Maßnahmen.

Um so notwendiger ist die Verständigung darüber, daß die bisherigen materiellen Errungenschaften der Arbeiterbewegung die Grundlage sind, auf der sich neue Bedürfnisse, ein neues Bewußtsein von Frauen gebildet und entwickelt hat. Dringend scheint mir ebenso zu sein, in die Diskussion über eine gesellschaftliche Konzeption für die Zukunft frauenspezifische Interessen und Forderungen einzubringen.

In den Thesen wird davon ausgegangen, daß die Familie der Ansatzpunkt war, um eine solche Verbindung herzustellen. Es kann sein, daß die unterschiedliche Betrachtungsweise von der unterschiedlichen Tradition der verschiedenen Gruppierungen in der Linken in den letzten 10 Jahren herrührt. Meiner Erfahrung nach sind *wir* zumindest so an die Frage nicht herangegangen. Die Kritik der Familie und der bürgerlichen Sexualmoral spielte eine wichtige Rolle noch bis zu Beginn der 70er Jahre. In den Kommunistischen Organisationen verschwand sie nach und nach und machte im Extrem sogar den verzweifelten Bemühungen Platz, sich dem Vorbild der ,,proletarischen Ehe'' anzunähern.

Meiner Erfahrung nach hatten wir

gar den verzweifelten Bemühungen Platz, sich dem Vorbild der ,,proletarischen Ehe'' anzunähern.

Meiner Erfahrung nach hatten wir

uns mehr oder minder ausgesprochen mit der These arrangiert, daß die Unterdrückung der Frau durch die zunehmende Lohnabhängigkeit aufgehoben wird, daß die proletarische Frau als Gleichberechtigte neben den Arbeiter

Haben wir versucht, die Verbindung von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung über die Kritik an der Familie herzustellen?

tritt und daß sie im wesentlichen als Lohnabhängige unterdrückt wird. Die unterdrückte Stellung der Frau in der Gesellschaft, die Unterdrückung der Frau durch den Mann wurde negiert. Eine selbständige Organisierung der Frau zum Zwecke des Widerstands gegen diesen Zustand sahen wir nicht als notwendig an. Soweit Fragen behandelt wurden, die insbesondere die Frauen in der Gesellschaft angingen, sahen wir unsere wesentliche Aufgabe darin, den Klassencharakter des Problems herauszuarbeiten (z.B. §218). Darauf beschränkte sich zumindest unsere Verbindung zur Frauenbewegung (soweit man das Verbindung nennen kann). Ich halte das für keine Besonderheit des KBW, zumindest für die

---

**,,Wir'', in diesem Fall Frauen des Bezirks Frankfurt des KBW, die sich seit mehreren Monaten in einer Arbeitsgruppe zur Frauenfrage mit verschiedenen Texten, u.a. den SOST-Thesen, beschäftigen.*

8 Nicht die Arbeit, sondern Familie und Freizeit sind für die Lohnabhängigen der Mittelpunkt ihres Lebens. Auch um die Jahrhundertwende bei wöchentlichen Arbeitszeiten in der Industrie von 61 bis 65 Stunden, wo die Arbeiter gerade mit dem Überleben für sich und ihre Familien beschäftigt waren, existierte der massive Wunsch, irgendwann einmal am „Luxus" der bürgerlichen Klassen teilzunehmen. Heute ist das Gewicht der Lebensbereiche außerhalb der Arbeit mit gewachsenen Einkommen und mehr Freizeit eher gestiegen; im Unterschied zu früheren Verhältnissen aber nicht mehr aufgrund der Sehnsucht nach dem Lebensstandard der oberen Klassen, die dem Proletariat verwehrt waren, sondern weil diese Spielraum tatsächlich gewachsen ist. Alle Momente, die das heutige Erscheinungsbild der Familie bestimmen, beruhen auf erweiterten Spielräumen, die in den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiterbewegung fixiert worden sind. Schon deshalb ist die These von der Determination aller Lebensbereiche durch das Kapital falsch.

9 Auch die Kategorie „Reproduktion der Arbeitskraft" hilft nicht weiter. Bereits heute wird damit nur noch ein Teil der sozialen Beziehungen in der Familie erfaßt. Auf der Grundlage gewachsener Freizeit und eines verbesserten Lebensstandards haben sich in wenigen Jahrzehnten in der BRD neue Lebens- und Anschauungsweisen entwickelt, die über die bloße Regeneration des Arbeitsvermögens hinausgehen. Mit den Lebensverhältnissen der Arbeiterschaft um die Jahrhundertwende hat die heutige Familie wenig gemein.

10 Die begonnene Auflösung traditioneller Beziehungen zwischen den Geschlechtern ist ein Resultat zivilisatorischer Entwicklung und beruht auf dem gewachsenen Gewicht des *Soziallohns* (Renten, BAföG, Kranken-, Arbeitslosenversicherung, etc.), kollektiver Organisation von Funktionen, die ehemals innerhalb der Familie verrichtet wurden und der Veränderung der Arbeitsorganisation bei der Hausarbeit selbst.

Die Zunahme der *Erwerbsarbeit* von verheirateten Frauen mit Kindern ist eine Kehrseite dieser Entwicklung.

Arbeitsteilung und Geschlechterrollen

Entgegen der These, daß sich an der Erwerbsarbeit von Frauen nichts oder wenig geändert habe, zeigen die realen Entwicklungen ein anderes Bild. 1925 etwa gingen 28,9% der verheirateten Frauen einer Erwerbsarbeit nach. Einer *Lohnarbeit* gingen jedoch nur 9% der Ehefrauen nach. Lohnarbeit neben Familie und Hausarbeit war bei der enormen Belastung einer Hausarbeit unter damaligen Verhältnissen ein Los von Frauen, deren Männer unter den schlechtesten Lohnbedingungen (Textilarbeit) arbeiten mußten. Außerhäusliche Erwerbsarbeit war in den Lohnabhängigenhaushalten kein durchschnittliches Verhältnis. Ledige und verwitwete Frauen prägten das Bild zu 85%. Noch eine andere Zahl mag diese These veranschaulichen. Allein von 1950 bis 1973 hat sich die Zahl der abhängig erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren versechsfacht!

11 Durch den Auflösungsprozeß der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sind nicht einfach alte und bornierte Formen der Geschlechterbeziehung aufgelöst worden zugunsten von mehr Emanzipation und persönlicher Freiheit. Daß die Entwicklung der Familie ein widersprüchliches Resultat hat, muß auch von uns weiter präzisiert werden. Agnes Heller hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Wir wollen dafür *exemplarisch* einige Probleme aufzeigen:

Wenn auch materielles Elend und der Kampf ums Überleben in den Hintergrund getreten sind, sind aufgrund von mehr Freizeit und gewachsenen Ansprüchen an das Zusammenleben mit dem Ehepartner die Grenzen von persönlicher Übereinstimmung, die mangelhafte Sensibilität (insbesondere der Männer) und die Unfähigkeit zur Einfühlung stärker ins Bewußtsein getreten. Mehr Sensibilität bedeutet daher auch mehr Leiden und persönliche Verletzung.

Ehen, in denen die Zuneigung füreinander aufgehört hat, werden heute weniger als früher aufrechterhalten. Kamen 1960 auf 100 Eheschließungen noch 9,4 Scheidungen, so waren es 1975 bereits 27,6. Wenn die Ehe ihren Charakter als lebenslange Gemeinschaft einbüßt, verliert sie ihre Funktion als Versorgungseinrichtung. Mangelhafte Absicherung geschiedener und älterer Frauen führt zum massiven sozialpolitischen Problem, wie die verbreitete Altersarmut von Frauen zeigt. Nicht nur wegen ihrer Rückwirkung auf die Alterssicherung wird die Lohndiskriminierung von Frauen zur Grundlage massiver Benachteiligung von Frauen. Überarbeit und Doppelbelastung, wenn mehr Frauen neben Kindern und Haushalt erwerbstätig werden, zeigen, daß der Ruf nach Erwerbstätigkeit von Frauen das Problem allein nicht lösen konnte, ohne daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bewußt durch politische Maßnahmen aufgehoben wird.

12 Die offenkundige *Ungleichzeitigkeit* in der Auflösung alter Rollenmuster ist ein Grund, warum vor allem Frauen gegen sexistische Umgangsformen und kulturell verankerte Diskriminierungen vorgehen. Verhaltensweisen, die früher als rollenadäquat, daher wenig anstößig empfunden wurden, werden in wachsendem Maß als Diskriminierung aufgenommen. Daß dieser Umwertungsprozeß vor allem von Frauen ausgeht, ist offensichtlich. Der Nachweis, daß die angesprochene rasante Umwälzung der Lebensformen für die Frauen viel tiefgreifender stattgefunden hat als für Männer, kann hier nicht erbracht werden. Wir sehen darin aber *eine* Grundlage für die Behauptung eines prinzipiellen Gegensatzes zwischen den Geschlechtern, wie er teilweise von Feministinnen erhoben wird.

Politische Konsequenzen

13 Ohne die Anerkennung der Tatsache, daß die begonnenen Fortschritte in der Auflösung tradierter Rollen und der ihr zugrundeliegenden Arbeitsteilung *Resultat* langwieriger gewerkschaftlicher und politischer Kämpfe der Arbeiterbewegung sind, bleibt der Ruf nach Verbindung von Arbeiterbewegung und Feminismus abstrakt. Die erkämpften Verbesserungen im Lebensstandard der Lohnabhängigen stellen die eigentliche Grundlage für den Wandel im Verhältnis der Geschlechter dar. Nur mit dem Gewicht der kollektiven Macht der Gewerkschaften und einem starken linken Gegengewicht zu Sozialdemokratie und Konservativen kann verhindert werden, daß die erreichten Grundlagen – in außerfamiliärer Erziehung, Gesundheit, Sozialversicherung – rückgängig gemacht werden und damit ein altes Familienideal und Frauenbild seine materielle Basis zurückerhält.

14 Daß wir gegenüber den 70er Jahren veränderte ökonomische Bedingungen für einen weiteren Ausbau von sozialen Reformen für Frauen (etwa die überfällige Gleichstellung in der Rentenversicherung) haben, ist mittlerweile bis in's Feuilleton vorgedrungen: Massenarbeitslosigkeit als Dauerzustand, Reformstopp und Sozialabbau an allen Fronten und rigide Sparprogramme stehen ins Haus. In Berlin bekommen wir das am Beispiel des Abbaus der öffentlichen Erziehungseinrichtungen, der Streichung des Nulltarifs und der Gelder für Tagespflegestellen vorgeführt. Wichtiger als eine Debatte über den theoretischen Beitrag von Engels zur Frauenfrage wäre unseres Erachtens politische Verständigung über die aktuelle Bedrohung vergangener und zukünftiger Errungenschaften, um die soziale Situation von Frauen in der BRD zu verbessern. Eine Verständigung auf eine linke Alternative zur gegenwärtigen SPD/FDP-Politik schließt eine weitere theoretische Klärung offener Fragen nicht aus.

15 In einen solchen Verständigungsprozeß müßte auch eine Kritik der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Frauenpolitik der Vergangenheit eingeschlossen sein. Unseres Erachtens würden dabei viele *politische* Gemeinsamkeiten mit feministischen Positionen deutlich, die an der Vernachlässigung und faktischen Diskriminierung der Bereiche von Hausarbeit und der abstrakten Orientierung auf die Erwerbsarbeit als Allheilmittel zur Emanzipation von Frauen ansetzen müßte.

(1) Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie, S. 22 („Methodenkapitel")
(2) „Die ethnologischen Exzerpthefte", Hrsg. L. Krader
(3) ebenda, S. 29, 30, 33, 81, 90, 109
(4) ebenda

Auflösung oder erstmalige Herstellung der Familie im Kapitalismus?

Von Anette Mönich

Die SOST-Thesen wurden bereits in der KVZ 43 vorgestellt und von mir kommentiert. Zu den Thesen und dem Kommentar erschien in der KVZ Nr. 47 ein Leserbrief aus Westberlin, auf den ich im folgenden u.a. auch eingehen will.

und Bebel, wenn sie von der Auflösung der Familie gesprochen haben, meistens von der bürgerlichen Familie gesprochen, die durch Besitz, Erbe etc. zusammengehalten wird. Sie gingen davon aus, daß menschliche Beziehungen und Ehe aufgrund von Zuneigung im wesentlichen nur bei den Besitzlosen möglich seien, die in diesem ursprünglichen Familiensinn ohnedies keine Familie hätten.
In den Thesen wird jetzt festgestellt, daß die Familie sich nicht nur nicht aufgelöst habe, sondern auch die Grundlage biete für eine emanzipatorische Entwicklung. Hier möchte ich widersprechen. Ich halte es nicht für rich-

pagieren, zeigt doch auch, daß die Familie als Wirtschaftseinheit zur Beschönigung der Zustände genutzt wird und auf das Individuum abwälzt, was die Gesellschaft leisten sollte.
Mir geht es nicht darum, die These von der Determination aller Lebensbereiche durch das Kapital hochzuhalten. Die halte ich auch für falsch. Ich sehe die Sache so: Solange die Gesellschaft nicht dazu in der Lage ist, allen Individuen eine selbständige Entwicklung zu sichern, wird sie versuchen, auf Relikte wie die Familie zurückzugreifen und gesellschaftliche Aufgaben auf diese abzuwälzen. Dazu gehört natürlich auch eine entsprechende Familienideo-

zubereitung z.B. zurück. In der Diskussion schien uns das eher darauf zurückzuführen zu sein, daß z.B. die Entwicklung der Städte, das Auseinanderreißen von Leben und Arbeiten, von Arbeitsplatz, Schule und Einkaufszentrum erhebliche zusätzliche Belastungen neu geschaffen hat und immer noch schafft. Falls die Thesen unter Familie jedwede Form des menschlichen Zusammenlebens verstehen, müßte man sich darüber verständigen, ob es Sinn hat, diesen Begriff zu benutzen, wenn hier nicht an Vorstellungen angeknüpft werden soll, die gemeinhin damit verbunden sind.
Soweit zu den Thesen. Zu dem Le-

weisen entwickelt, die über die bloße Regeneration des Arbeitsvermögens hinausgehen. Mit den Lebensverhältnissen der Arbeiterschaft um die Jahrhundertwende hat die heutige Familie wenig gemein.

10 Die begonnene Auflösung traditioneller Beziehungen zwischen den Geschlechtern ist ein Resultat zivilisatorischer Entwicklung und beruht

hängig erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren versechsfacht!

11 Durch den Auflösungsprozeß der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sind nicht einfach alte und bornierte Formen der Geschlechterbeziehung aufgelöst worden zugunsten von mehr Emanzipation und persönlicher Freiheit. Daß die Entwicklung der Familie ein wider-

werden, zeigen, daß der Ruf nach Erwerbstätigkeit von Frauen das Problem allein nicht lösen konnte, ohne daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bewußt durch politische Maßnahmen aufgehoben wird.

12 Die offenkundige *Ungleichzeitigkeit* in der Auflösung alter Rollenmuster ist ein Grund, warum vor allem Frauen gegen sexistische

Geschlechter dar. Nur mit dem Gewicht der kollektiven Macht der Gewerkschaften und einem starken linken Gegengewicht zu Sozialdemokratie und Konservativen kann verhindert werden, daß die erreichten Grundlagen – in außerfamiliärer Erziehung, Gesundheit, Sozialversicherung – rückgängig gemacht werden und damit ein altes Familienideal und Frauenbild seine materielle Basis zurückerhält.

Hausarbeit und der abstrakten Orientierung auf die Erwerbsarbeit als Allheilmittel zur Emanzipation von Frauen ansetzen müßte.

(1) Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie, S. 22 („Methodenkapitel")
(2) „Die ethnologischen Exzerpthefte", Hrsg. L. Krader
(3) ebenda, S. 29, 30, 33, 81, 90, 109
(4) ebenda

Auflösung oder erstmalige Herstellung der Familie im Kapitalismus?

Von Anette Mönich

Die SOST-Thesen wurden bereits in der KVZ 43 vorgestellt und von mir kommentiert. Zu den Thesen und dem Kommentar erschien in der KVZ Nr. 47 ein Leserbrief aus Westberlin, auf den ich im folgenden u.a. auch eingehen will.

ML-Organisationen ist es symptomatisch.

Von einer Krise des Marxismus wird ja deshalb in dieser Frage gesprochen, weil zahlreiche Feministinnen und auch andere die Wurzel für diese Politik bei Marx und Engels (hier vor allen Dingen: Der Ursprung der Familie ...) sehen.

Im wesentlichen gibt es drei Vorwürfe, die dem Marxismus seitens der Feministinnen gemacht werden: Marx und Engels hätten in ihrer Analyse der Gesellschaft die *gesellschaftliche* Notwendigkeit der Hausarbeit als *Arbeit* negiert und zudem behauptet, die Unterdrückung der Frau entspringe daraus, daß sie nicht an der gesellschaftlichen Arbeit teilgenommen habe (mit der zunehmenden Teilnahme an der gesellschaftlichen Arbeit stelle sich die Gleichberechtigung her). Ein weiterer Vorwurf ist, daß die Nichtbehandlung der Hausarbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit u.a. dazu geführt habe, daß die weibliche Sozialstruktur, weibliche Bedürfnisse etc. nicht gesehen worden seien. Daß man sich die Befreiung der Frau „ökonomistisch" vorstelle (es reicht aus, die materiellen Bedingungen zu ändern, dann ändern sich auch automatisch Herrschaftsstrukturen zwischen Mann und Frau).

Die weitgehende Übernahme dieser bei Marx und Engels angeblich angelegten Auffassung durch die Linke habe dazu geführt, daß diese der Frauenbewegung negativ gegenüberstände.

Ich stimme mit den Thesen der SOST darin überein, daß ein Rückgriff auf Engels oder ein Vatermord desselben wenig hilft, um die heutigen Probleme zu erkennen und politisch zu handeln. Daß auch die Versuche, mit der Kritik an Marx und Engels eigene, selbst zu verantwortende Fehler zu übersehen, wenig fruchtbar sind für die heutige Diskussion. Richtig ist meiner Meinung nach, daß eine dogmatische Übertragung der Schriften von Marx und Engels bei großen Teilen der Linken den Boden dafür abgegeben hat, die Frauenfrage als Nebenproblem und somit gar nicht zu behandeln.

Es bleibt meines Erachtens aber auch eine Aufgabe von uns, vom heutigen Kenntnisstand aus rückblickend die Geschichte im Hinblick auf die Rolle der Frau und die Entwicklung der Familie zu untersuchen, auch um die heutige Entwicklung besser zu verstehen.

Das heutige Erscheinungsbild der Familie ...

Die Thesen der SOST gehen davon aus, daß die Frauenbewegung sich auf Grund „der zivilisatorischen Entwicklung der Lebensbereiche, die gemeinhin als Wurzel allen Übels angesehen werden – der Familie und der Lebensbereiche, die Marx als Überbauten bezeichnet hat", entwickelt hat (These 4).

„Alle Momente, die das heutige Erscheinungsbild der Familie bestimmen, beruhen auf erweiterten Spielräumen, die in den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiterbewegung fixiert worden sind. Schon deshalb ist die These von der Determination aller Lebensbereiche durch das Kapital falsch." (These 8)

Diese Teile der Thesen richten sich ausdrücklich gegen die Positionen von Engels und Bebel, die die Auflösung der Familie prognostizierten. Um Streit um Begriffe zu vermeiden: Meiner Meinung nach haben Marx, Engels und Bebel, wenn sie von der Auflösung der Familie gesprochen haben, meistens von der bürgerlichen Familie gesprochen, die durch Besitz, Erbe etc. zusammengehalten wird. Sie gingen davon aus, daß menschliche Beziehungen und Ehe aufgrund von Zuneigung im wesentlichen nur bei den Besitzlosen möglich seien, die in diesem ursprünglichen Familiensinn ohnedies keine Familie hätten.

In den Thesen wird jetzt festgestellt, daß die Familie sich nicht nur nicht aufgelöst habe, sondern auch die Grundlage biete für eine emanzipatorische Entwicklung. Hier möchte ich widersprechen. Ich halte es nicht für richtig, alle Bereiche außerhalb der Arbeit unter dem Begriff der Familie zu subsumieren und denke auch, daß nicht richtig ist, die zivilisatorischen Fortschritte im Bereich der Überbauten darunter zusammenzufassen, daß die Familie sich im wesentlichen fortentwickelt und bereichert hätte. Die heutige Entwicklung ist meiner Meinung nach besser faßbar, wenn wir von einer Entwicklung der Individualität sprechen, und diese Entwicklung hat meiner Meinung nach am allerwenigsten mit der Entwicklung der Familie (in ihrem ursprünglichen Sinn) zu tun.

Die Tatsachen, die in den Thesen angeführt werden (mehr freie Zeit, größere gesellschaftliche Möglichkeiten, höhere Scheidungsraten, andere Einstellung zur Sexualmoral ...) sprechen auch eher gegen diese neue Begrifflichkeit von Familie. Unter Entwicklung der Individualität verstehe ich die Möglichkeit (wenn auch bei uns unter beschränkter ökonomischer Selbständigkeit), kulturelle, politische, gesellschaftliche, zwischenmenschliche Bedürfnisse zu entwickeln und zu befriedigen. Haben nicht die Entwicklung der Arbeiterbewegung und das Erreichen von gesellschaftlichen Positionen gerade dazu geführt, daß diese verschiedensten Bedürfnisse zunehmend außerhalb der Familie entwickelt und befriedigt werden? Ist nicht nach wie vor die Familie als Wirtschaftseinheit und soziale Einheit in der Gesellschaft ökonomisch rückständig und sozial oft einschnürend, um es vorsichtig auszudrücken? Wird nicht in der Hausarbeit die unterdrückte Stellung konserviert und teilweise kultiviert?

Der Versuch der CDU, jetzt z.B. anläßlich der wirtschaftlichen Krise die Familie erneut als Auffangbecken für die industrielle Reservearmee zu propagieren, zeigt doch auch, daß die Familie als Wirtschaftseinheit zur Beschönigung der Zustände genutzt wird und auf das Individuum abwälzt, was die Gesellschaft leisten sollte.

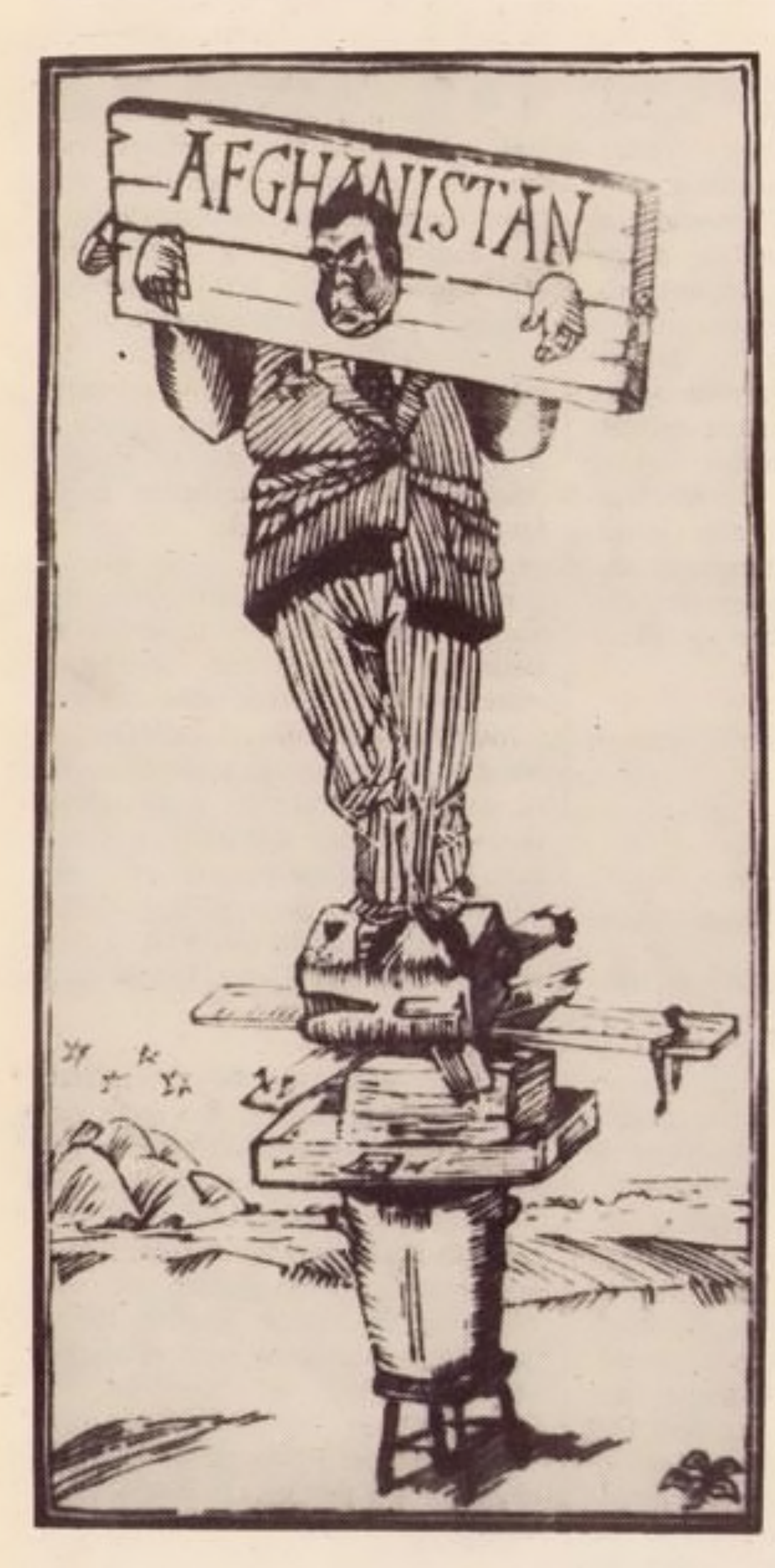
Mir geht es nicht darum, die These von der Determination aller Lebensbereiche durch das Kapital hochzuhalten. Die halte ich auch für falsch. Ich sehe die Sache so: Solange die Gesellschaft nicht dazu in der Lage ist, allen Individuen eine selbständige Entwicklung zu sichern, wird sie versuchen, auf Relikte wie die Familie zurückzugreifen und gesellschaftliche Aufgaben auf diese abzuwälzen. Dazu gehört natürlich auch eine entsprechende Familienideologie. Wir treten für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die die freie Entwicklung aller Individuen ermöglichen soll, wo auf freiwilliger Basis zum Beispiel entschieden werden kann, mit wem und in welcher Form man zusammenleben will etc. Die bürgerliche Gesellschaft ist z.B. überhaupt nicht fähig, allen Frauen zu ermöglichen zu arbeiten, auch nicht allen Männern, genausowenig wie sie dazu in der Lage ist, die gesellschaftlichen Bedürfnisse in der Kindererziehung, an Wohnungen etc. zu befriedigen. Diesen Mangel versucht sie teilweise durch die Familie abzudecken, die zugegebenermaßen heute besser lebt (betrachtet man den Konsum, die Wohnungsgröße etc.) als vor hundert Jahren.

Ich würde es für einen Fehler halten, wenn wir etwas zur Bildung eines positiven Familienbegriffs beitragen wollten. Meiner Meinung nach wird in den Thesen die Entwicklung jedweder zwischenmenschlicher Beziehung der Individuen dem Oberbegriff der Familie zugeschlagen. Das halte ich für gefährlich, gerade angesichts des Versuches der Reaktion, zu einer bürgerlichen Renaissance der Familie zu kommen. Unter der Hand kommen in den SOST-Thesen auch die Unterdrückungsverhältnisse in der heutigen Familie und die Stellung der Frau in dieser zu gut weg.

Das heutige Erscheinungsbild ist nach wie vor davon geprägt, daß überwiegend Frauen Hausarbeit leisten, für die Kindererziehung zuständig sind, in ihrer gesellschaftlichen Betätigung eingeschränkt sind etc. Auch der Umfang der Arbeit im einzelnen Haushalt hat zeitmäßig (zumindest sagt das die Statistik) nicht abgenommen. Das führen die SOST an anderer Stelle auf steigende ästhetische Bedürfnisse an Essenszubereitung z.B. zurück. In der Diskussion schien uns das eher darauf zurückzuführen zu sein, daß z.B. die Entwicklung der Städte, das Auseinanderreißen von Leben und Arbeiten, von Arbeitsplatz, Schule und Einkaufszentrum erhebliche zusätzliche Belastungen neu geschaffen hat und immer noch schafft. Falls die Thesen unter Familie jedwede Form des menschlichen Zusammenlebens verstehen, müßte man sich darüber verständigen, ob es Sinn hat, diesen Begriff zu benutzen, wenn hier nicht an Vorstellungen angeknüpft werden soll, die gemeinhin damit verbunden sind.

Soweit zu den Thesen. Zu dem Leserbrief in der KVZ 47 (S. 4). In dem Leserbrief wurde Kritik geübt daran, daß bereits die Überschrift über den Thesen der SOST „Patriarchat oder Klassengesellschaft" einen Widerspruch behaupte, den die Frauenbewegung so nie gesehen habe. Außerdem wird der Vorwurf erhoben, es würde die alte Fehler aufrechterhalten, den Widerspruch zwischen Mann und Frau zu ignorieren oder ihn „als Unterpunkt bzw. abgeleiteten Nebenfall vom Hauptwiderspruch zu behandeln".

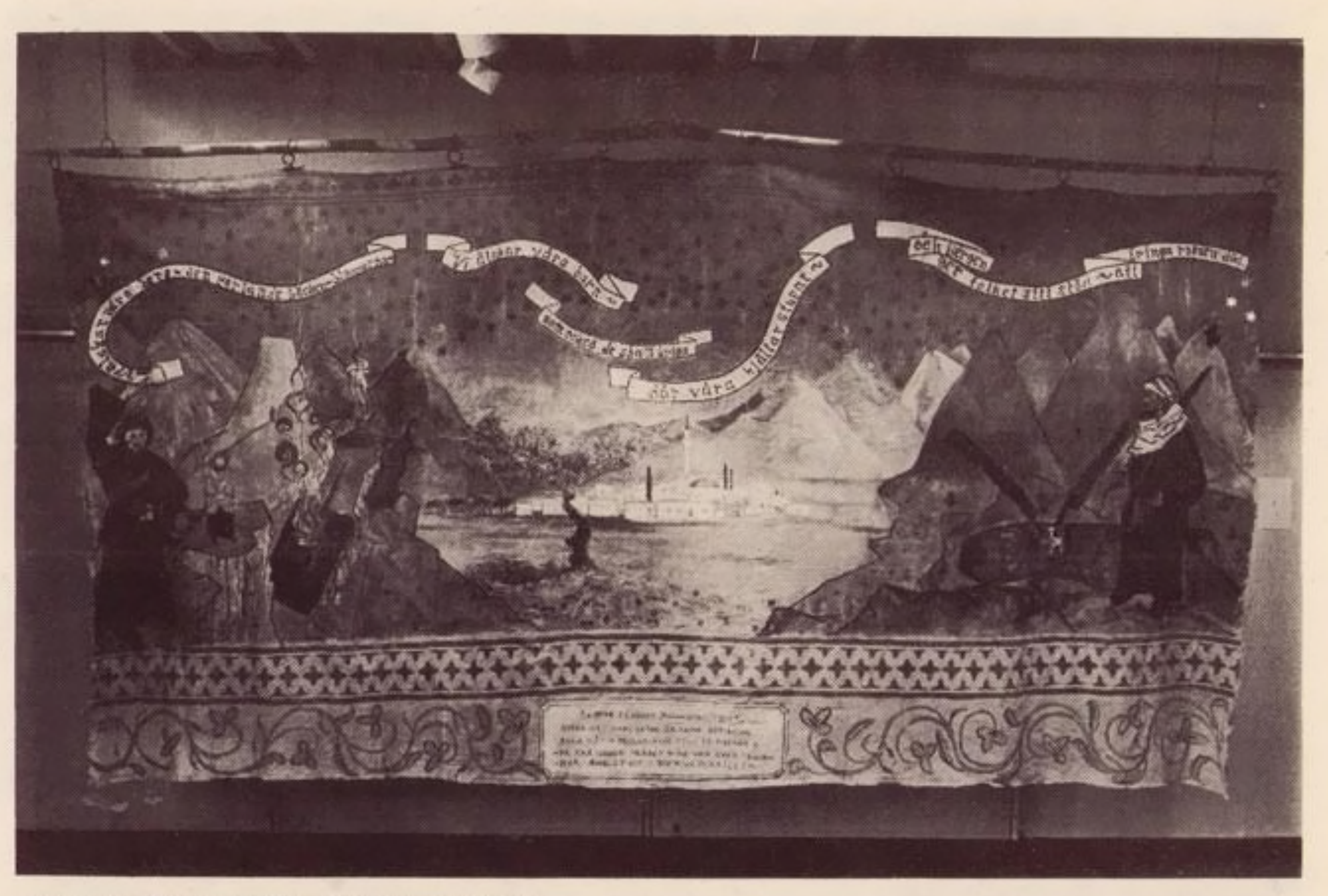
Die Haupt- und Nebenwiderspruchsdebatte löst überhaupt kein Problem: Der Widerspruch zwischen Mann und Frau existiert seit Bestehen der Menschheit und hat in den unterschiedlichen Gesellschaftsformationen unterschiedliche Gestalt angenommen. Wir haben früher so getan, als sei er im großen und ganzen überwunden. Das ist offensichtlich falsch. Mit dieser Feststellung ist aber höchstens die Bedingung für eine weitere Behandlung der Frage gegeben, sonst aber nichts. Es schlankweg von sich zu weisen, daß *die* Frauenbewegung jemals die gesellschaftlichen Faktoren übersehen hätte, die zur Unterdrückung in der Gesellschaft führen, oder auch die Faktoren ihrer Befreiung, scheint mir zumindest problematisch, weil ich überhaupt die Vorstellung, daß *die* Frauenbewegung hierzu *eine* einheitliche Auffassung gehabt hätte, für falsch halte. Weil bisher in allen Gesellschaftsformationen Unterdrückung der Frau geherrscht habe, „erscheint es uns von daher logisch, in dieser Hinsicht die gesellschaftlichen Strukturen von Familie, Bewußtsein und Sexualität zu analysieren". Logisch vielleicht, berechtigt sicher, aber ob das ausreicht, ist halt die Frage.



Die „ungeliebten“ Bilder einer Kunstausstellung in Stockholm gegen den sowjetischen Expansionismus

„Ein Monument“. Holzschnitt von Torsten Jurell

Zu diesem Bild hat der Maler nachträglich ein Gedicht zu Breschnews 75. Geburtstag geschrieben. *Siehe unten*



„Kerala“. Wandteppich von Torsten Jurell

Der Text im Bild lautet: Wir lieben unsere Berge, den perlenden Bach, die Blumen – wir lieben unsere Kinder, die auch kämpfen werden, wo unsere Helden gefallen sind – und die Berge geben dem Volk ihre Unterstützung, dem Russen den Tod zu bringen. – *Text unter dem Bild:* Im Jahre 1979, im Lande Afghanistan, im Dorf Kerala, russische Berater führten Soldaten an, alle Männer zu töten – Jungen, gerade zwölf geworden – auf den Knien unter dem Baum – sie waren über tausend – weitere schlossen sich dem Befreiungskrieg an.

Schwedische Künstler gegen die sowjetische Okkupation Afghanistans

An Leonid, 75 Jahre

Einer längeren Würdigung bist du nicht wert
ich würde dann dastehen als weniger gebildet,
aber daß gerade du ganz oben im Staate hockst
und an den überlaufenden Töpfen schlemmst und rülpst,
während das Volk stundenlang nach Brot ansteht,
macht mich hoffen, daß der da unten die Glut anrührt
einen extra Scheit für deine unersättliche Gier nach Luxus einlegt
und dich nicht zu lange auf der Styx frieren läßt.
Denn du warst dabei und hast mitgewirkt,
aus des Volkes stolzen Sowjet
ein erbärmliches und verachtetes Monument zu schaffen.

coi.Stockholm. „Herrlich ist die Erde“ ist der Titel einer Kunstausstellung, die vom 23.12.1981 bis zum 11.1. 1982 im Kulturhaus der Stadt Stockholm gezeigt wurde. Ausgestellt wurden Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen und Wandteppiche einer Gruppe junger Künstler aus Göteborg, die als „Kriegserklärung gegen den Krieg“ den sowjetischen Expansionismus anprangern und insbesondere die Okkupation Afghanistans geißeln.

Bereits früher hatten sie mit ihren künstlerischen Fertigkeiten zur Unterstützung des Befreiungskampfes der indochinesischen Völker gegen den US-Imperialismus beigetragen. Mitte der 70er Jahre reifte angesichts der sich verschärfenden Rivalität der beiden Supermächte und der daraus wachsenden Kriegsgefahr der Gedanke, eine Kunstausstellung mit dem Titel „Gib dem Frieden eine Chance“ durchzuführen. Sollte die Ausstellung ursprünglich gegen beide Supermächte gerichtet sein, so begann sich bei ihnen angesichts der zunehmenden sowjetischen Aggressivität die Überzeugung

darstellt. Der Überfall der SU auf das blockfreie Afghanistan setzte für sie die Unterstützung des afghanischen Volkes und damit die Durchführung der Ausstellung unmittelbar auf die Tagesordnung. Mit dem Ausstellungstitel „Herrlich ist die Erde“ wollten sie gleichzeitig ihren Optimismus zum Ausdruck bringen, daß diese Welt eine Zukunft hat und daß es sich lohnt zu kämpfen.

Bereits im Sommer 1980 konnten sie ihre erste Ausstellung in Göteborg in städtischen Räumen durchführen. Die sowjetische Reaktion ließ auch nicht auf sich warten. Der sowjetische Generalkonsul in Göteborg, Klimenkov forderte vom Bürgermeister der Stadt die Entfernung gewisser Ausstellungsstücke, die den sowjetischen Staatspräsidenten beleidigten und die Sowjetunion schmähten. Auch andere Kommunalpolitiker wurden aufgesucht, die Verschlechterung der schwedisch-sowjetischen Beziehungen wurde angedroht, und der sowjetische Kulturattache an der Stockholmer Botschaft wur-

Wirkung der sowjetischen Drucks zeigte sich jedoch bei nachfolgenden Versuchen, die Ausstellung in anderen Städten zu zeigen. Die Stadtverwaltung von Malmö zog die bereits erteilte Genehmigung zurück, in Stockholm wurde Desinteresses bekundet. Doch die Künstler gaben nicht auf und konnten, gestützt auf einen Teil der öffentlichen Meinung, die Ausstellung in Uppsala und jetzt schließlich in Stockholm durchsetzen. Allerdings weigerte sich die Stockholmer Stadtverwaltung, entgegen bisheriger Praxis, für die Unkosten der bewilligten Ausstellung in Höhe von 9000 Skr aufzukommen.

Die Auswahl der hier abgebildeten Ausstellungsstücke stellt keinen repräsentativen Querschnitt der insgesamt 66 ausgestellten Kunstwerke dar. Sie stehen vielmehr für die den künstlerischen Laien am stärksten beeindruckenden. Das Verständnis der Ausstellung sowie ihres Zustandekommens wurde durch ein Gespräch mit einem der Künstler vertieft. Er brachte im Übrigen das Interesse der Gruppe zum



Gedicht zu Breschnews 75. Geburtstag geschrieben. *Siehe unten*

Schwedische Künstler gegen die sowjetische Okkupation Afghanistans

An Leonid, 75 Jahre

Einer längeren Würdigung bist du nicht wert
ich würde dann dastehen als weniger gebildet,
aber daß gerade du ganz oben im Staate hockst
und an den überlaufenden Töpfen schlemmst und rülpst,
während das Volk stundenlang nach Brot ansteht,
macht mich hoffen, daß der da unten die Glut anrührt
einen extra Scheit für deine unersättliche Gier nach Luxus einlegt
und dich nicht zu lange auf der Styx frieren läßt.
Denn du warst dabei und hast mitgewirkt,
aus des Volkes stolzen Sowjet
ein erbärmliches und verachtetes Monument zu schaffen.

coi.Stockholm. „Herrlich ist die Erde“ ist der Titel einer Kunstausstellung, die vom 23.12.1981 bis zum 11.1. 1982 im Kulturhaus der Stadt Stockholm gezeigt wurde. Ausgestellt wurden Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen und Wandteppiche einer Gruppe junger Künstler aus Göteborg, die als „Kriegserklärung gegen den Krieg“ den sowjetischen Expansionismus anprangern und insbesondere die Okkupation Afghanistans geißeln.

Bereits früher hatten sie mit ihren künstlerischen Fertigkeiten zur Unterstützung des Befreiungskampfes der indochinesischen Völker gegen den US-Imperialismus beigetragen. Mitte der 70er Jahre reifte angesichts der sich verschärfenden Rivalität der beiden Supermächte und der daraus wachsenden Kriegsgefahr der Gedanke, eine Kunstausstellung mit dem Titel „Gib dem Frieden eine Chance“ durchzuführen. Sollte die Ausstellung ursprünglich gegen beide Supermächte gerichtet sein, so begann sich bei ihnen angesichts der zunehmenden sowjetischen Aggressivität die Überzeugung durchzusetzen, daß in erster Linie die Sowjetunion die Hauptkriegsgefahr darstellt. Der Überfall der SU auf das blockfreie Afghanistan setzte für sie die Unterstützung des afghanischen Volkes und damit die Durchführung der Ausstellung unmittelbar auf die Tagesordnung. Mit dem Ausstellungstitel „Herrlich ist die Erde“ wollten sie gleichzeitig ihren Optimismus zum Ausdruck bringen, daß diese Welt eine Zukunft hat und daß es sich lohnt zu kämpfen.

Bereits im Sommer 1980 konnten sie ihre erste Ausstellung in Göteborg in städtischen Räumen durchführen. Die sowjetische Reaktion ließ auch nicht auf sich warten. Der sowjetische Generalkonsul in Göteborg, Klimenkov forderte vom Bürgermeister der Stadt die Entfernung gewisser Ausstellungsstücke, die den sowjetischen Staatspräsidenten beleidigten und die Sowjetunion schmähten. Auch andere Kommunalpolitiker wurden aufgesucht, die Verschlechterung der schwedisch-sowjetischen Beziehungen wurde angedroht, und der sowjetische Kulturattache an der Stockholmer Botschaft wurde gar beim Außenministerium vorstellig. Doch fürs erste ohne Erfolg. Die Wirkung der sowjetischen Drucks zeigte sich jedoch bei nachfolgenden Versuchen, die Ausstellung in anderen Städten zu zeigen. Die Stadtverwaltung von Malmö zog die bereits erteilte Genehmigung zurück, in Stockholm wurde Desinteresses bekundet. Doch die Künstler gaben nicht auf und konnten, gestützt auf einen Teil der öffentlichen Meinung, die Ausstellung in Uppsala und jetzt schließlich in Stockholm durchsetzen. Allerdings weigerte sich die Stockholmer Stadtverwaltung, entgegen bisheriger Praxis, für die Unkosten der bewilligten Ausstellung in Höhe von 9000 Skr aufzukommen.

Die Auswahl der hier abgebildeten Ausstellungsstücke stellt keinen repräsentativen Querschnitt der insgesamt 66 ausgestellten Kunstwerke dar. Sie stehen vielmehr für die den künstlerischen Laien am stärksten beeindruckenden. Das Verständnis der Ausstellung sowie ihres Zustandekommens wurde durch ein Gespräch mit einem der Künstler vertieft. Er brachte im Übrigen das Interesse der Gruppe zum Ausdruck, die Ausstellung auch außerhalb Schwedens zu zeigen.



„Afghanische Mahlzeit“. Skulptur von Britt Marie Jern

Diese Skulptur, die Breschnew als Afghanen-fressenden Kannibalen zeigt, hat den sowjetischen Repräsentanten in Schweden den größten Verdruß bereitet. Um so mehr als die Künstlerin an eine alte Tradition fortschrittlicher russischer Künstler anknüpft, die den Zaren oft als Menschenfresser dargestellt haben.

„David und Goliath“. Wandteppich von Thorsten Jurell

Der Ausspruch „Goliath ist nur gefährlich, wenn David feige ist“, stammt aus einer schwedischen antifaschistischen Zeitschrift während des zweiten Weltkrieges. Sie richtete sich gegen Bestrebungen von Teilen der schwedischen Bourgeoisie, mit den deutschen Imperialisten zusammenzuarbeiten.





„Und nun meine Damen und Herren ...“. Holzschnitt von Torsten Jurell

Breschnew auf der Weltbühne vor dem Propagandaplakat für „den kernwaffenfreien Norden“, aufgespannt vor der fleischlosen Verkörperung seiner tödlichen Absichten.